

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	1
1. Der Begriff Verein .....	1
2. Der Begriff Verband .....	3
3. Der Verein in rechtshistorischer Sicht .....	3
4. Der Verein als Grundform aller privatrechtlichen Körperschaften .....	6
5. Arten, Strukturen und Betätigungen heutiger Vereine .....	7
5.1. Rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine .....	7
5.2. Nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Vereine .....	7
5.3. »Werbender« Verein und Liquidationsverein .....	8
5.4. Weltlicher Verein und religiöser Verein bzw. Weltanschauungsgemeinschaft .....	8
5.5. Monoverein .....	8
5.6. Mehrspartenverein .....	8
5.7. Hauptverein .....	9
5.8. Vereinsverband .....	9
5.9. Gesamtverein .....	10
5.10. Tätigkeitsgebiete von Vereinsverbänden und Gesamtvereinen ..	11
5.11. Heutige Verwendungsformen des Vereins .....	12
5.12. Internationaler Verband; Ausländerverein .....	12
5.13. Deutsche Sektionen ausländischer Personenvereinigungen .....	13
5.14. Der Verein als Kaufmann .....	13
<b>A. Das private Vereinsrecht</b> .....	15
<b>I. Die Entstehung des rechtsfähigen Vereins</b> .....	15
1. Die Vorengagementsgesellschaft .....	15
2. Die Vereinsgründung .....	16
2.1. Die Fähigkeit, Gründungsbeteiligter sein zu können .....	16
2.1.1. Unbeschränkt geschäftsfähige natürliche Personen .....	16
2.1.2. Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige und unter Betreuung stehende Personen .....	16
2.1.3. Juristische Personen .....	17
2.1.4. Andere Personengemeinschaften .....	18
2.1.5. Vertragliche Beteiligungsbeschränkungen .....	18
2.1.6. Treuhänderische Gründungsbeteiligung .....	18
2.2. Der werdende Verein (Vorverein) .....	18
2.2.1. Der Vertragsschluss der Gründer .....	18
2.2.2. Der errichtete Vorverein .....	19
2.2.3. Die Beachtung staatlicher Vorschriften bei der Gründung bestimmter Vereine .....	19
2.2.4. Die Rechtsnatur der Satzung .....	19
2.3. Mängel der Vereinsgründung .....	20
2.3.1. Erheblichkeit bis zur Erlangung der Rechtsfähigkeit .....	20
2.3.2. Unmaßgeblichkeit von Gründungsmängeln nach der Erlangung der Rechtsfähigkeit .....	21
3. Der Verein im Stadium der werdenden juristischen Person .....	21
3.1. Der Vorverein .....	21
3.1.1. Begriff .....	21

## Inhaltsverzeichnis

---

3.1.2.	Die Rechtsfähigkeit und zivilprozessuale Parteifähigkeit des Vorvereins . . . . .	21
3.1.3.	Zweck und Dauer des Vorvereins . . . . .	22
3.1.4.	Innenrecht des Vorvereins . . . . .	22
3.1.5.	Außenrecht des Vorvereins . . . . .	23
3.1.6.	Haftung der Mitglieder des Vorvereins und der für diesen Handelnden . . . . .	23
3.1.6.1.	Haftung der Mitglieder des nichtwirtschaftlichen Vereins . . . . .	23
3.1.6.2.	Haftung der Mitglieder des wirtschaftlichen Vorvereins . . . . .	23
3.1.6.3.	So genannte Handelndenhaftung . . . . .	24
4.	Voraussetzung für die Erlangung der Rechtsfähigkeit durch den nichtwirtschaftlichen Verein . . . . .	25
4.1.	Die Eintragungsfähigkeit . . . . .	25
4.1.1.	Der Normzweck der §§ 21, 22 BGB . . . . .	25
4.1.2.	Idealverein und nichtwirtschaftlicher Verein . . . . .	25
4.1.3.	Der Nachweis der nichtwirtschaftlichen Vereinsbetätigung . . . . .	26
4.1.4.	Fälle nichtwirtschaftlicher Vereinsbetätigung . . . . .	26
4.2.	Die Abgrenzung des nichtwirtschaftlichen Vereins vom Wirtschaftsverein . . . . .	28
4.2.1.	Allgemeines . . . . .	28
4.2.2.	Abgrenzungskriterien . . . . .	28
4.2.3.	Innerer Geschäftsbetrieb . . . . .	29
4.2.4.	Eigenvermögensverwaltung . . . . .	30
4.2.5.	Halten von Beteiligungen . . . . .	30
4.3.	Wirtschaftliche Vereinsbetätigungen . . . . .	32
4.3.1.	Die unternehmerische Betätigung . . . . .	32
4.3.2.	Wirtschaftliche Vereinsaktivitäten infolge Binnenmarkttätigkeit . . . . .	34
4.3.3.	Wirtschaftliche Vereinsaktivitäten infolge genossenschaftsähnlicher Kooperation . . . . .	36
4.4.	Das Nebentätigkeitsprivileg . . . . .	37
4.4.1.	Bedeutung . . . . .	37
4.4.2.	Voraussetzungen für das Eingreifen . . . . .	37
5.	Die Erlangung der verbandsrechtlichen Rechtsfähigkeit durch Eintragung im Vereinsregister . . . . .	38
5.1.	Die Anmeldung des Vereins . . . . .	38
5.1.1.	Die Anmeldepflicht . . . . .	38
5.1.2.	Das zuständige Amtsgericht (Registergericht) . . . . .	39
5.1.3.	Die Anmeldung des Vereins durch den Vorstand . . . . .	40
5.1.4.	Die Vertretung der Vorstandsmitglieder . . . . .	41
5.1.5.	Der Inhalt der Anmeldeerklärung; die Unterschriftbeglaubigung; die Einreichung durch den Urkundsnotar . . . . .	41
5.1.5.1.	Der Inhalt der Anmeldeerklärung; die Unterschriftbeglaubigung . . . . .	41
5.1.5.2.	Das Antragsrecht der Notare . . . . .	42
5.1.6.	Die der Anmeldung beizufügenden Urkunden . . . . .	42
5.1.6.1.	Der Nachweis von mindestens sieben Mitgliedern . . . . .	42
5.1.6.2.	Vorzulegende Urkunden . . . . .	43
5.1.7.	Rechtsnatur der Anmeldung . . . . .	44
5.2.	Die Prüfung der Anmeldung des Vereins durch das Registergericht . . . . .	45

5.2.1.	Die Zuständigkeit des Rechtspflegers . . . . .	45
5.2.2.	Der Rechtsgrund und die Notwendigkeit der Prüfung . . . . .	45
5.2.3.	Allgemeine Grundsätze zum Gegenstand und Umfang der Prüfung sowie deren Zeitpunkt . . . . .	45
5.2.4.	Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Anmeldung . . . . .	47
5.2.4.1.	Form der Anmeldungen . . . . .	47
5.2.5.	Die Anmeldungen und Einreichungen beim Registergericht in elektronischer Form . . . . .	47
5.2.6.	Die Prüfung der formellen und materiellen Ordnungsmäßigkeit der Gründung des Vorvereins oder des Bestands eines älteren nichtrechtsfähigen Vereins, der die Eintragung anstrebt . . . . .	48
5.2.7.	Die Prüfung des Rechtsbestands der Satzung . . . . .	48
5.2.7.1.	Der Gesetzesverstoß . . . . .	48
5.2.7.2.	Der Verstoß gegen allgemeine Grundsätze des Vereinsrechts (Körperschaftsrechts) . . . . .	50
5.2.7.3.	Die Prüfung und Behandlung teilnichtiger Satzungen . . . . .	50
5.2.8.	Die Prüfung der nichtwirtschaftlichen Vereinsbetätigung; Erholung einer Stellungnahme . . . . .	51
5.3.	Die Beanstandung der Anmeldung durch Zwischenverfügung; die Aussetzung des Eintragungsverfahrens . . . . .	51
5.3.1.	Die Zwischenverfügung; Beschlussfordernisse . . . . .	51
5.3.2.	Die Anfechtung der Zwischenverfügung durch den Vorverein . . . . .	52
5.3.3.	Satzungsänderungen auf Grund der Beanstandung . . . . .	53
5.3.4.	Die Aussetzung des Eintragungsverfahrens . . . . .	53
5.4.	Die Zurückweisung der Anmeldung des Vereins . . . . .	53
5.4.1.	Verfahrensgrundsätze . . . . .	53
5.4.2.	Die Anfechtung . . . . .	54
5.4.3.	Unzulässigkeit und Zulässigkeit der Wiederholung eines abgelehnten Eintragungsantrags . . . . .	54
5.5.	Wegfall der Beteiligung der Verwaltungsbehörde . . . . .	54
5.6.	Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister . . . . .	55
5.6.1.	Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit . . . . .	55
5.6.2.	Grundsätze zur Registereintragungsfähigkeit . . . . .	55
5.6.3.	Der Anspruch auf Eintragung . . . . .	56
5.6.4.	Die Verfügung der Eintragung . . . . .	56
5.6.5.	Der gesetzlich notwendige Eintragungsinhalt . . . . .	56
5.6.6.	Nicht eintragungsfähige Tatsachen . . . . .	59
5.6.7.	Die konstitutive Wirkung der Eintragung des Vereins, die nur deklaratorische Wirkung der weiteren Eintragungen . . . . .	59
5.6.8.	Angabe des Tages der Eintragung und Unterschrift . . . . .	59
5.7.	Die Rechtswirkungen der Eintragung . . . . .	59
5.7.1.	Das Entstehen einer juristischen Person . . . . .	59
5.7.2.	Beseitigung der Rechtswirkungen der Eintragung . . . . .	61
5.7.3.	Die Pflicht zur Führung des Namenszusatzes »eingetragener Verein« . . . . .	61
5.7.4.	Die Bekanntmachung der Eintragung an den Verein und Aufbewahrung von Dokumenten, Bekanntmachung der Ersteintragung . . . . .	61
5.7.5.	Die Mitteilung der Eintragung bei möglichen Ausländervereinen und bei ausländischen Vereinen sowie bei Vereinen, die sich mit dem Abschluss von Versicherungen befassen . . . . .	62

## Inhaltsverzeichnis

---

5.7.6.	Steuerliche Anzeigepflicht . . . . .	62
5.8.	Rechtsmittel im Zusammenhang mit der Eintragung . . . . .	62
5.9.	Erreichbarkeit des Vereins . . . . .	63
5.10.	Das Legitimationszeugnis für den Vorstand . . . . .	63
6.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen wirtschaftlichen Verein sowie an einen ausländischen Verein . . . . .	64
6.1.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen inländischen Wirtschaftsverein . . . . .	64
6.1.1.	Allgemeines . . . . .	64
6.1.2.	Die für die Verleihung zuständigen Behörden . . . . .	64
6.1.3.	Der Verleihungsantrag und die vorzulegenden Urkunden . . . . .	66
6.1.4.	Die Prüfung der Verleihungsbehörde . . . . .	66
6.1.5.	Das Ermessen der Verleihungsbehörde; Ausnahmen . . . . .	68
6.1.6.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit . . . . .	69
6.1.7.	Die Zulässigkeit von Nebenbestimmungen . . . . .	69
6.1.8.	Kosten . . . . .	70
6.1.9.	Steuerliche Anzeigepflicht . . . . .	70
6.1.10.	Die Aufhebung des Verwaltungsakts der Verleihung . . . . .	70
6.2.	Die Anfechtung von Nebenbestimmungen des Verleihungsakts, der Versagung der Verleihung sowie der Aufhebung der Verleihung . . . . .	71
6.2.1.	Ziele der Anfechtung . . . . .	71
6.2.2.	Das Widerspruchsverfahren und die verwaltungsgerichtliche Klage . . . . .	71
6.3.	Einsicht in die bei der Verleihungsbehörde eingereichte Satzung und in sonstige den Verein betreffende Schriftstücke . . . . .	72
7.	Sonderfall: Die Erlangung der privaten Rechtsfähigkeit der Landesinnnnungsverbände und des Bundesinnungsverbandes durch staatliche Genehmigung der Satzung . . . . .	72
7.1.	Rechtshistorisches . . . . .	72
7.2.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit durch staatliche Genehmigung der Satzung . . . . .	72
7.3.	Nur teilweise Anwendung des Rechts der privaten Vereine . . . . .	73
7.4.	Rechtswegzuständigkeit . . . . .	73
8.	Bedeutung, Inhalt und Umfang der Rechtsfähigkeit . . . . .	73
8.1.	Die Bedeutung der Rechtsfähigkeit für den Verein . . . . .	73
8.1.1.	Die Identitätstheorie und die Kontinuitätstheorie . . . . .	73
8.1.2.	Der Übergang der vom Vorverein begründeten Rechtsverhältnisse einschließlich der Verbindlichkeiten auf den rechtsfähigen Verein . . . . .	74
8.1.3.	Prozesse . . . . .	75
8.2.	Inhalt und Umfang der Rechtsfähigkeit . . . . .	75
8.2.1.	Allgemeines; die »ultra-vires-Lehre« . . . . .	75
8.2.2.	Die Rechtsfähigkeit im privatrechtlichen Bereich . . . . .	76
8.2.3.	Die Rechtsfähigkeit im Bereich des öffentlichen Rechts . . . . .	78
9.	Die staatliche Anerkennung bestimmter Vereine . . . . .	79
9.1.	Die Anerkennung als Tätigkeitsvoraussetzung . . . . .	79
9.1.1.	Lohnsteuerhilfvereine . . . . .	79
9.1.2.	Betreuungsvereine . . . . .	80
9.1.3.	Vereinsvormundschaft . . . . .	80
9.1.4.	Schießsportverbände . . . . .	80
9.2.	Die Anerkennung als Voraussetzung staatlicher Förderung . . . . .	80
9.2.1.	Tierzuchtvereine . . . . .	80

9.2.2.	Forstbetriebsgemeinschaften . . . . .	80
9.2.3.	Erzeugergemeinschaften . . . . .	81
9.3.	Anerkennung als Voraussetzung für eine Verfahrensbeteiligung . . . . .	81
9.4.	Anerkennung von Vereinen nach Landesrecht . . . . .	81
<b>II.</b>	<b>Das für den Verein verbindliche Recht . . . . .</b>	<b>82</b>
1.	Grundsätze des staatlichen Verfassungsrechts . . . . .	82
1.1.	Die Vereinsautonomie . . . . .	82
1.2.	Die Satzungsautonomie . . . . .	82
1.3.	Die Satzungsgestaltungsfreiheit als Kernstück der Vereinsautonomie . . . . .	82
1.4.	Zulässige Einschränkungen durch staatliche Regelungen . . . . .	83
2.	Die Verfassung des Vereins . . . . .	83
2.1.	Begriff und Bedeutung der Vereinsverfassung . . . . .	83
2.2.	Die notwendige satzungsmäßige Regelung der Vereinsorganisation	84
2.3.	Die notwendige satzungsmäßige Regelung der Mitgliedschaft . . . . .	86
2.4.	Notwendigkeit einer Satzungsregelung auf Grund der Betätigung des Vereins . . . . .	86
2.5.	Zwingende gesetzliche Bestandteile der Vereinsverfassung . . . . .	86
2.6.	Weitere disponibile gesetzliche Verfassungsbestandteile . . . . .	87
3.	Das vom Verein kraft seiner Autonomie gesetzte Recht . . . . .	88
3.1.	Die Rechtsnatur des vereinsrechtlichen Binnenrechts . . . . .	88
3.2.	Die Selbstregelungsbefugnis durch satzungsgleiche oder satzungsnachrangige Ordnungen . . . . .	90
3.3.	Die Beachtung des Bestimmtheitsgrundsatzes . . . . .	90
4.	Die Vereinssatzung . . . . .	90
4.1.	Die Satzung im materiellen und formellen Sinne . . . . .	90
4.2.	Unechte Satzungsbestandteile . . . . .	90
4.3.	Der Mindestinhalt der Satzung . . . . .	91
4.4.	Die Verbindlichkeit von Fremdsatzungen; die Übernahme von Mustersatzungen . . . . .	92
4.5.	Die Grenzen der Satzungsgestaltungsfreiheit; die richterliche Inhaltskontrolle . . . . .	92
4.6.	Die Auslegung der Satzung . . . . .	93
4.7.	Die Auslegung der Satzung in der Rechtsbeschwerde- und in der Revisionsinstanz . . . . .	94
4.8.	Teilnichtigkeit der Satzung; salvatorische Klauseln . . . . .	94
4.9.	Die Satzungsergänzung . . . . .	95
4.10.	Undurchführbarkeit einer Satzungsbestimmung . . . . .	95
5.	Vereinsregelungen außerhalb der Satzung . . . . .	95
5.1.	Vereinsordnungen mit Satzungsqualität; erforderliche Einreichung beim Registergericht . . . . .	95
5.2.	Unwirksamkeit von nicht zum Satzungsbestandteil erklärteten Vereinsordnungen . . . . .	96
5.3.	Satzungsnachrangige Vereinsordnungen . . . . .	97
5.4.	Übernahme von Fremdordnungen . . . . .	98
5.5.	Vereinsregelungen zur Ausführung von Vereinsordnungen . . . . .	99
5.6.	Möglichkeit der Kenntnisnahme von Vereinsordnungen . . . . .	99
6.	Die Geschäftsordnung . . . . .	99
6.1.	Kein einheitlicher Begriff . . . . .	99
6.2.	Kompetenz zum Erlass und zur Änderung von Geschäftsordnungen . . . . .	100
6.3.	Verbindlichkeit und Verletzung der Geschäftsordnung . . . . .	101

## Inhaltsverzeichnis

---

7.	Die Verbindlichkeit der Satzung und der Vereinsordnungen . . . . .	101
7.1.	Der Geltungsbereich beim Verein mit nur eigener Satzung oder Nebenordnung. . . . .	101
7.2.	Die Verbindlichkeit der Satzung des Mehrspartenvereins beim Vorhandensein einer Abteilungssatzung . . . . .	102
7.3.	Die Verbindlichkeit mehrerer Satzungen bei Gesamtvereinen. . . . .	102
7.4.	Die Verbindlichkeit des Regelungswerks eines übergeordneten Vereinsverbands für die Einzelmitglieder der Mitgliedsvereine . . . . .	102
7.5.	Die Verbindlichkeit von Verbandsrecht für Nichtmitglieder durch einzelvertragliche Anerkennung . . . . .	103
8.	Das Vereinsgewohnheitsrecht (Observanz) als Quelle des Vereinsrechts . . . . .	103
8.1.	Der Begriff ständige Übung . . . . .	103
8.2.	Der Begriff Vereinsgewohnheitsrecht . . . . .	104
8.3.	Der persönliche Geltungsbereich des Vereinsgewohnheitsrechts . . . . .	104
8.4.	Rangordnung und sachlicher Geltungsbereich des Vereinsgewohnheitsrechts . . . . .	105
8.5.	Die Veränderung und die Unverbindlichkeit der ständigen Übung und des Vereinsgewohnheitsrechts . . . . .	106
9.	Der Name, Sitz und Zweck des Vereins sowie der Namensschutz . . . . .	106
9.1.	Der Vereinsname . . . . .	106
9.1.1.	Die grundsätzlich freie Namenswahl . . . . .	106
9.1.2.	Das Erfordernis der deutlichen Unterscheidbarkeit von Namen der Vereine in der gleichen Gemeinde . . . . .	108
9.1.3.	Der Grundsatz der Namenswahrheit . . . . .	109
9.2.	Der Schutz des Vereinsnamens . . . . .	113
9.2.1.	Gesetzesvorschrift . . . . .	113
9.2.2.	Persönlicher Schutzbereich . . . . .	113
9.2.3.	Erweiterter sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	113
9.2.4.	Beginn und Ende des Namensschutzes . . . . .	114
9.2.5.	Bestreiten des Vereinsnamens . . . . .	115
9.2.6.	Namensanmaßung . . . . .	115
9.2.7.	Einzelfälle . . . . .	115
9.2.8.	Schutz der Vereinswappen und Vereinsembleme . . . . .	116
9.2.9.	Bezeichnungsschutz nach § 15 MarkenG . . . . .	116
9.2.10.	Der Namensschutz politischer Parteien . . . . .	117
9.2.11.	Der gerichtliche Schutz . . . . .	117
9.3.	Der Sitz des Vereins . . . . .	118
9.3.1.	Die erforderliche Festlegung des Satzungssitzes . . . . .	118
9.3.2.	Die grundsätzlich freie Wahl des Satzungssitzes und die Grenzen der Festlegung . . . . .	118
9.3.3.	Grundsätze für die Festlegung des Satzungssitzes . . . . .	119
9.3.4.	Die Verlegung des Satzungssitzes als Satzungsänderung . . . . .	119
9.3.5.	Die Sitzverlegung eines rechtsfähigen Wirtschaftsvereins in ein anderes Bundesland . . . . .	119
9.3.6.	Die Sitzverlegung ins Ausland . . . . .	120
9.3.7.	Die Sitzverlegung eines ausländischen Vereins in das Inland . . . . .	120
9.3.8.	Registertechnische Behandlung der Sitzverlegung . . . . .	120
9.3.9.	Rechtliche Anknüpfungen an den Satzungssitz . . . . .	120
9.3.10.	Andere Anknüpfungen hinsichtlich der Vereinstätigkeit als an den Satzungssitz . . . . .	121
9.3.10.1.	Der Verwaltungssitz . . . . .	121
9.3.10.2.	Bedeutung des Verwaltungssitzes . . . . .	121
9.3.10.3.	Anknüpfungen bei unternehmerischer Tätigkeit des Vereins . . . . .	122

9.3.10.4.	Zuständigkeit der Verbotsbehörde . . . . .	122
a)	Zuständigkeit des Handelsregistergerichts . . . . .	122
b)	Zuständigkeit des Insolvenzgerichts . . . . .	122
c)	Zuständigkeit des Finanzamtes . . . . .	122
d)	Örtliche Zuständigkeit des Unfallversicherungsträgers . . . . .	122
9.4.	Der Zweck des Vereins . . . . .	123
9.4.1.	Vereinszweck und Vereinstätigkeit . . . . .	123
9.4.2.	Die freie Festlegung des Vereinszwecks und die Grenzen . . . . .	124
10.	Die Änderung der Satzung . . . . .	125
10.1.	Die grundsätzliche Abänderbarkeit. . . . .	125
10.1.1.	Der Ausschluss durch die Satzung . . . . .	125
10.1.2.	Die Grenzen der Abänderbarkeit . . . . .	125
10.2.	Die Begriffe Satzungsänderung und Zweckänderung . . . . .	125
10.2.1.	Die Änderung korporativer Satzungsbestandteile . . . . .	125
10.2.2.	Der Begriff Satzungsänderung . . . . .	125
10.2.3.	Der Begriff Zweckänderung . . . . .	126
10.3.	Das formelle Recht der Satzungsänderung einschließlich der Zweckänderung . . . . .	127
10.3.1.	Das zuständige Organ . . . . .	127
10.3.2.	Die Ankündigung in der Tagesordnung . . . . .	128
10.3.3.	Die Mehrheitsverhältnisse bei der Satzungsänderung . . . . .	128
10.3.4.	Die Mehrheitsverhältnisse bei der Zweckänderung . . . . .	129
10.3.5.	Protokollierung . . . . .	130
10.3.6.	Zur Zustimmung Dritter bei Satzungsänderungen (Zweckänderungen) . . . . .	131
10.3.7.	Satzungsänderungen beim Vorverein sowie beim Verein im Liquidations- und Insolvenzstadium . . . . .	131
10.3.8.	Befristete, bedingte und rückwirkende Satzungsänderungen . . . . .	131
10.3.9.	Zur Bindung an den satzungsändernden Beschluss vor der Eintragung bzw. der staatlichen Genehmigung. . . . .	132
10.3.10.	Die Prüfungen des Vorstands vor der Anmeldung . . . . .	132
10.4.	Die Anmeldung und Eintragung der Satzungsänderung beim eingetragenen Verein . . . . .	133
10.4.1.	Die Bedeutung des § 71 BGB . . . . .	133
10.4.2.	Die erforderliche Anmeldung. . . . .	134
10.4.3.	Der anmeldende Vorstand . . . . .	134
10.4.4.	Gerichtszuständigkeit; Form und Inhalt der Anmeldung; beizufügende Urkunden. . . . .	135
10.4.5.	Die Rücknahme der Anmeldung . . . . .	136
10.4.6.	Die Prüfung des Registergerichts . . . . .	136
10.4.7.	Die Prüfungen bei einer Sitzverlegung in den Bezirk eines anderen Registergerichts und innerhalb des gleichen Gerichtsbezirks . . . . .	137
10.4.8.	Die Zwischenverfügung und ihre Anfechtung; die Mängelbehebung . . . . .	137
10.4.9.	Die Zurückweisung der Anmeldung und ihre Anfechtung. . . . .	138
10.4.10.	Das Verlangen nach einer fortlaufend lesbaren Satzung . . . . .	138
10.4.11.	Der Inhalt der Eintragungen und deren Bekanntmachung. . . . .	138
10.4.12.	Keine Anfechtung der Eintragung . . . . .	139
10.4.13.	Die Wirkung der Eintragung . . . . .	139
10.4.14.	Insbesondere: Das Wirksamwerden ausführender Beschlüsse . . . . .	140
10.4.15.	Die Mitteilungspflicht bei Ausländervereinen . . . . .	140

## Inhaltsverzeichnis

---

10.5.	Die staatliche Genehmigung bei kraft Verleihung rechtsfähigen Vereinen . . . . .	140
10.6.	Die Pflicht des Vorstands zur Mitteilung einer Satzungsänderung . . . . .	141
10.7.	Sonderfälle . . . . .	141
10.7.1.	Vereinsabspaltungen . . . . .	141
10.7.2.	Die Ausgliederung von Vereinsabteilungen . . . . .	142
10.7.3.	Satzungsdurchbrechungen . . . . .	142
10.7.3.1.	Der Begriff . . . . .	142
10.7.3.2.	Die zustandsbegründende Satzungsdurchbrechung . . . . .	142
10.7.3.3.	Die punktuelle Satzungsdurchbrechung . . . . .	143
10.7.4.	Faktische Satzungsdurchbrechung . . . . .	143
10.7.5.	Keine Verpflichtung Dritten gegenüber zur Satzungsänderung . . . . .	144
<b>III.</b>	<b>Die Mitgliedschaft im Verein . . . . .</b>	<b>145</b>
1.	Das Wesen der Mitgliedschaft . . . . .	145
1.1.	Die Mitgliedschaft als Rechtsverhältnis zum Verein . . . . .	145
1.2.	Die Mitgliedschaft als subjektives Recht und als sonstiges Recht i. S. d. § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	146
1.3.	Nur eine Mitgliedschaft im gleichen Verein . . . . .	146
1.4.	Rechtsbeziehungen unter Mitgliedern . . . . .	146
1.5.	Der höchstpersönliche Charakter der Mitgliedschaft . . . . .	146
1.6.	Die Übertragung und Vererbung der Mitgliedschaft sowie Überlassung der Ausübung der Mitgliedschaftsrechte bei satzungsmäßiger Gestattung . . . . .	148
2.	Arten von Mitgliedschaften . . . . .	150
2.1.	Die »gewöhnliche« Mitgliedschaft und die Selbstorganschaft . . . . .	150
2.2.	Ordentliche Mitgliedschaften . . . . .	150
2.2.1.	Inhalt einer ordentlichen Mitgliedschaft . . . . .	150
2.2.2.	Die ordentliche Mitgliedschaft unter Beschränkung auf eine Vereinsabteilung . . . . .	150
2.2.3.	Die auf korporative Mitglieder beschränkte Mitgliedschaft (Vereinsverbände) . . . . .	151
2.3.	Die automatisch erworbene Mehrfachmitgliedschaft . . . . .	151
2.3.1.	Zentralverein/Gesamtverein mit eingegliederten Zweigvereinen . . . . .	151
2.3.2.	Satzungsmäßige Doppel- oder Mehrfachverankerung . . . . .	151
2.3.3.	Die durch jeweiligen Beitritt begründete Doppelmitgliedschaft . . . . .	152
2.3.4.	Faktische Doppelmitgliedschaften . . . . .	152
2.4.	Mitgliedschaften anderer Art als Vollmitgliedschaften . . . . .	152
2.4.1.	Die satzungsmäßige Grundlage einer außerordentlichen Mitgliedschaft . . . . .	152
2.4.2.	Mindestrechte bei einer außerordentlichen Mitgliedschaft . . . . .	153
2.5.	Einzelne außerordentliche Mitgliedschaften . . . . .	153
2.5.1.	Auswärtiges Mitglied . . . . .	153
2.5.2.	Förderndes Mitglied . . . . .	153
2.5.3.	Gastmitglied . . . . .	153
2.5.4.	Jugendmitglied . . . . .	154
2.5.5.	Korrespondierendes Mitglied . . . . .	154
2.5.6.	Passives Mitglied . . . . .	154
2.5.7.	Probemitglied . . . . .	154
2.6.	Die Zahl der Vereinsmitglieder . . . . .	154

2.7.	Das Ehrenmitglied; der Ehrenvorstand. . . . .	155
2.7.1.	Die bloße Ehrung ohne mitgliedschaftlichen oder organschaftlichen Bezug. . . . .	155
2.7.2.	Die Ehrung als Sonderrecht . . . . .	156
2.7.3.	Ehrung ohne Sonderrechtscharakter. . . . .	156
2.8.	Mittelbare bzw. indirekte Mitgliedschaften sowie mitgliedschaftsähnliche Rechtsverhältnisse. . . . .	156
2.8.1.	Begriff und Notwendigkeit der mittelbaren Mitgliedschaft. . . . .	156
2.8.2.	Die Begründung von mittelbaren Mitgliedschaften bzw. von mitgliedschaftsähnlichen Rechtsverhältnissen. . . . .	157
2.8.2.1.	Die Vertragslösung im nichtarbeitsrechtlichen Bereich bei mittelbaren Mitgliedern. . . . .	157
2.8.2.2.	Vertragsverhältnisse bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern . . . . .	157
2.8.2.3.	Die nichtarbeitsrechtliche Vertragslösung bei Außenstehenden; mitgliedschaftsähnliche Rechtsverhältnisse. . . . .	158
2.8.2.4.	Die Vertragslösung im arbeitsrechtlichen Bereich, insbesondere die Vereinbarung von Vertragsstrafen . . . . .	159
2.9.	Die Quasi-Mitgliedschaft bei Fremdorganschaft . . . . .	160
2.9.1.	Die notwendige Mitgliedschaft . . . . .	160
2.9.2.	Umfang mitgliedschaftlicher Rechte und Pflichten . . . . .	161
2.9.3.	Erforderliche Vertragsgestaltung. . . . .	161
3.	Die Mitgliederrrechte . . . . .	161
3.1.	Arten von Mitgliedschaftsrechten. . . . .	161
3.1.1.	Allgemeine Mitgliedschaftsrechte und Sonderrechte. . . . .	161
3.1.2.	Die Mitverwaltungsrechte . . . . .	162
3.1.3.	Die Schutzrechte . . . . .	162
3.1.4.	Die Wertrechte. . . . .	162
3.1.5.	Die Drittgläubigerrechte . . . . .	163
3.1.6.	Die gläubigerrechtsähnlichen Wertrechte bzw. die Gläubigerrechte auf Grund Vereinsmitgliedschaft . . . . .	163
3.2.	Die Änderung, Einschränkung und Entziehung der Mitgliedschaftsrechte durch den Verein . . . . .	164
3.2.1.	Allgemeines und Vergleich mit verwandten Rechtsgebieten . . . . .	164
3.2.2.	Der Stand der herrschenden Ansicht im Vereinsrecht. . . . .	165
3.2.3.	Absolut unentziehbare Mitgliedschaftsrechte . . . . .	166
3.2.4.	Relativ unentziehbare Mitgliedschaftsrechte. . . . .	166
3.2.5.	Grundsätze für die Abänderung anderer Mitgliedschaftsrechte durch den Verein . . . . .	166
3.2.6.	Keine einseitige Abänderbarkeit von Drittgläubigerrechten und gläubigerrechtsähnlichen Rechten. . . . .	168
3.2.7.	Schadensersatzanspruch bei unberechtigter Verletzung von Mitgliedschaftsrechten durch Vereinsorgane. . . . .	168
3.3.	Der Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .	168
3.3.1.	Der Anspruch des Mitglieds auf Gleichbehandlung . . . . .	168
3.3.2.	Der Inhalt des Anspruchs; zulässige Differenzierungen. . . . .	169
3.3.3.	Die Rechtsfolgen einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung . . . . .	170
3.3.4.	Gleichbehandlung auf Grund höherrangigen EU-Rechts . . . . .	171
3.4.	Sonderrechte eines Mitglieds oder einer Mitgliedergruppe . . . . .	171
3.4.1.	Der Begriff Sonderrecht . . . . .	171
3.4.2.	Keine Vorzugsrechte für alle Mitglieder . . . . .	172
3.4.3.	Keine Vorzugsrechte: erlangte Erlaubnisse, Lizzenzen oder sportliche Qualifikationen . . . . .	172

## Inhaltsverzeichnis

---

3.4.4.	Keine Sonderrechte bei allgemeinen Mitgliedschaftsrechten . . . . .	172
3.4.5.	Keine Sonderrechte: die Drittgläubigerrechte und die gläubigerrechtsähnlichen Wertrechte . . . . .	173
3.4.6.	Die Entstehung des Sonderrechts . . . . .	173
3.4.7.	Einzelne Sonderrechte . . . . .	174
3.4.7.1.	Mitverwaltungsrechte . . . . .	174
3.4.7.2.	Vermögensrechtliche Vorteilsrechte . . . . .	175
3.4.8.	Die Schutzwirkungen des Sonderrechts . . . . .	175
3.4.9.	Die grundsätzlich erforderliche Zustimmung des Sonderbegünstigten zur Beeinträchtigung seines Rechts . . . . .	176
3.4.10.	Die Rechtsfolgen der erforderlichen, aber fehlenden Zustimmung . . . . .	176
3.4.11.	Der Wegfall des Sonderrechts durch Beendigung der Mitgliedschaft . . . . .	176
3.4.12.	Die Einschränkung oder die Entziehung des Sonderrechts durch den Verein ohne Zustimmung des Begünstigten . . . . .	176
3.4.13.	Der gerichtliche Rechtsschutz des Sonderberechtigten . . . . .	177
4.	Mitgliederpflichten . . . . .	177
4.1.	Rechtsgrundlagen für Mitgliederpflichten . . . . .	177
4.2.	Die Beitragspflicht . . . . .	177
4.2.1.	Der Begriff Beitrag . . . . .	177
4.2.2.	Die erforderliche Festlegung von Beitragspflichten in der Satzung; Beitragsordnung . . . . .	179
4.2.3.	Sonderfall: Gespaltene Beitragspflicht . . . . .	180
4.2.4.	Steuerliche Hinweise . . . . .	181
4.2.5.	Beitragsänderung . . . . .	182
4.2.6.	Beginn und Ende der Beitragspflicht sowie deren Wiederaufleben . . . . .	183
4.2.7.	Keine Verpflichtung eines Dritten durch Satzungsanordnung . . . . .	183
4.2.8.	Der Anspruch auf Beitragszahlung . . . . .	184
4.2.8.1.	Zahlungsverzug . . . . .	184
4.2.8.2.	Verjährung; Verwirkung . . . . .	185
4.2.8.3.	Zurückbehaltung, Abtretung, Aufrechnung, Pfändung . . . . .	185
4.3.	Die Pflicht zur Zahlung von Umlagen; keine Zahlungspflicht bei Fälligstellung nach dem Ausscheiden . . . . .	185
4.4.	Zur Verpflichtung Vereinsschulden zu begleichen . . . . .	186
4.5.	Mitverwaltungspflichten . . . . .	186
4.6.	Sonstige satzungsmäßig angeordnete Pflichten . . . . .	187
4.7.	Die Einführung neuer und die Vermehrung bestehender nichtvermögensrechtlicher Pflichten . . . . .	188
4.8.	Sonderpflichten . . . . .	188
4.9.	Steuerliche Höchstgrenzen für Mitgliedsbeiträge, Mitgliedsumlagen und Aufnahmegebühren . . . . .	188
4.10.	Arbeits- bzw. Dienstleistungen als Mitgliederpflicht . . . . .	189
4.11.	Auftragsgemäße Geschäftsbesorgungen von Mitgliedern für den Verein; zum Anspruch auf Haftungsfreistellung bei gefährneigten Tätigkeiten . . . . .	189
5.	Die Treuepflicht der Mitglieder und des Vereins . . . . .	190
5.1.	Begriff und Adressaten der Treuebindung . . . . .	190
5.2.	Grundsätze zu Inhalt und Umfang der Treuepflicht . . . . .	190
5.3.	Die aktiven Mitglieder-Förderpflichten . . . . .	191
5.4.	Die passiven Förderpflichten . . . . .	192

5.5.	Die Rücksichtspflicht des Vereins gegenüber seinen Mitgliedern . . . . .	192
5.6.	Treuepflicht der Mitglieder untereinander . . . . .	193
5.7.	Organschaftliche Treuepflichten . . . . .	193
5.8.	Rechtsfolgen bei Treuepflichtverletzungen . . . . .	194
6.	Die Erlangung der Mitgliedschaft . . . . .	195
6.1.	Die Mitgliedsfähigkeit . . . . .	195
6.2.	Arten des Erwerbs der Mitgliedschaft . . . . .	195
6.3.	Der Vereinsbeitritt . . . . .	196
6.3.1.	Der Aufnahmevertrag . . . . .	196
6.3.2.	Das mit einer Bedingung verbundene Aufnahmegerüste; die befristete Aufnahme; keine rückwirkende Aufnahme . . . . .	198
6.3.3.	Das zeitliche Ende der Aufnahmefähigkeit . . . . .	198
6.3.4.	Zur Wirksamkeit von durch eignungsstiftige Gründe des Vorstands zustande gekommene Aufnahmeverträgen . . . . .	198
6.3.5.	Satzungsbestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern . . . . .	199
6.3.6.	Die autonome Festsetzung der Bedingungen der Mitgliedschaft; die Aufnahmegerüste . . . . .	199
6.3.7.	Aufnahmeverfahren . . . . .	200
6.3.8.	Zur Frage der Begründungspflicht für eine ablehnende Aufnahmeentscheidung . . . . .	201
6.3.9.	Die vereinsintern zulässige Anfechtung der Ablehnung der Aufnahme . . . . .	201
6.3.10.	Beitrittsmängel . . . . .	202
6.3.11.	Die rechtlichen Wirkungen der Aufnahme . . . . .	203
6.3.12.	Die Wiederaufnahme . . . . .	203
6.4.	Recht zur Mitgliederwerbung . . . . .	203
7.	Der Anspruch auf Aufnahme in einen Verein . . . . .	204
7.1.	Die Aufnahmefreiheit . . . . .	204
7.2.	Der Aufnahmeanspruch auf Grund einer Selbstbindung des Vereins und kraft Gesetzes . . . . .	204
7.2.1.	Die vertragliche Bindung . . . . .	204
7.2.2.	Die satzungsmäßige Bindung . . . . .	205
7.2.3.	Die gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme . . . . .	205
7.3.	Der kartellrechtliche Aufnahmeanspruch und der Aufnahmeanspruch wegen Monopol- oder monopolähnlicher Stellung . . . . .	206
7.3.1.	Der kartellrechtliche Aufnahmeanspruch . . . . .	206
7.3.2.	Der nichtkartellrechtliche Anspruch auf Aufnahme in einen Monopolverband oder in einen Verband mit monopolähnlicher Stellung . . . . .	208
7.3.3.	Die erforderliche Interessenabwägung bei einer Zwangsaufnahme . . . . .	209
7.3.4.	Die Durchsetzung des kartellrechtlichen Aufnahmeanspruchs . . . . .	210
7.3.5.	Die Aufnahmeklage bei Monopol- oder monopolähnlicher Stellung . . . . .	211
7.3.6.	Einstweilige Verfügung . . . . .	211
8.	Das Ende der Mitgliedschaft und deren Ruhenerhalt . . . . .	211
8.1.	Übersicht über die Beendigungsgründe . . . . .	211
8.2.	Der Austritt aus dem Verein . . . . .	212
8.2.1.	Die Austrittsfreiheit . . . . .	212
8.2.2.	Die Austrittserklärung . . . . .	212
8.2.3.	Satzungsmäßige Formvorschriften für die Austrittserklärung . . . . .	213
8.2.4.	Die satzungsmäßige Befristung der Wirkungen des Austritts . . . . .	214

## Inhaltsverzeichnis

---

8.2.5.	Die Mitgliedschaft während des Laufs einer Austrittsfrist . . . . .	216
8.2.6.	Unzulässige Austrittser schwerungen . . . . .	216
8.2.7.	Der sofort wirksame Austritt trotz satzungsmäßiger Befristung . . . . .	217
8.2.8.	Die Prüfung der Austrittserklärung . . . . .	219
8.2.9.	Sonderfall: Konkludente Austrittserklärung bei jahrelangem Fehlen eines Vorstands durch Einstellung der Beitragszahlung . . . . .	219
8.2.10.	Der Austritt eines Anschlussvereins aus einem übergeordneten Verband . . . . .	219
8.3.	Die Kündigung des Mitgliedschaftsverhältnisses durch den Verein . . . . .	219
8.4.	Der Vereinsausschluss . . . . .	219
8.5.	Die Streichung aus der Liste der Mitglieder . . . . .	219
8.6.	Der Verlust der Mitgliedschaft wegen Eintritts satzungsmäßig bestimmter Beendigungsgründe . . . . .	220
8.7.	Der Verlust der Mitgliedschaft durch Satzungsänderung . . . . .	221
8.8.	Erlöschen der Mitgliedschaft durch Tod oder Vollbeendigung eines korporativen Mitglieds . . . . .	221
8.9.	Die Rechtsfolgen der Beendigung der Mitgliedschaft . . . . .	222
8.9.1.	Die Erhaltung der vor der Beendigung bereits begründeten Rechte und Pflichten . . . . .	222
8.9.2.	Sonstige vermögensrechtliche Fragen . . . . .	223
8.9.3.	Nachwirkungen des beendeten personenrechtlichen Verhältnisses . . . . .	224
8.10.	Das Ruhen der Mitgliedschaft . . . . .	224
IV.	<b>Die Vereinsorgane . . . . .</b>	225
1.	<b>Abschnitt. Allgemeine Grundsätze zu den Vereinsorganen und Organmitgliedern . . . . .</b>	225
1.1.	Der Begriff Organ . . . . .	225
1.2.	Die Selbst- und Drittorganschaft . . . . .	225
1.3.	Rechtliche Möglichkeiten der Einbindung von Fremdorganen in die Vereinsordnung . . . . .	226
1.4.	Die notwendigen Vereinsorgane . . . . .	226
1.4.1.	Die Mitgliederversammlung . . . . .	226
1.4.2.	Die Vertreter- oder Delegiertenversammlung anstelle einer Mitgliederversammlung . . . . .	227
1.4.3.	Ausnahme: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften . . . . .	227
1.4.4.	Der notwendige Vorstand . . . . .	227
1.5.	Die fakultativen Vereinsorgane . . . . .	227
1.6.	Das faktische Vereinsorgan . . . . .	230
1.7.	Zur Zulässigkeit der Mitgliedschaft in mehreren Vereinsorganen . . . . .	230
1.8.	Hierarchie und Gleichordnung der Vereinsorgane . . . . .	230
1.8.1.	Grundsätzlich keine satzungsmäßige Abbedingung der Mitgliederversammlung . . . . .	230
1.8.2.	Die Mitglieder-(Vertreter-)Versammlung als oberstes Vereinsorgan . . . . .	231
1.8.3.	Der grundsätzliche Gleichrang der übrigen Vereinsorgane . . . . .	233
1.8.4.	Die grundsätzliche Unwirksamkeit von Entscheidungen oder Maßnahmen bei Unzuständigkeit eines Organs . . . . .	233
1.9.	Organstellung und Anstellungsverhältnis – ehrenamtliche und besoldete Organstellung . . . . .	234

<b>2. Abschnitt. Die Mitgliederversammlung . . . . .</b>	<b>238</b>
1. Die Einberufung der Mitgliederversammlung durch das zuständige Vereinsorgan . . . . .	238
1.1. Die satzungsmäßig bestimmte Zuständigkeit . . . . .	238
1.2. Die Einberufungszuständigkeit des Vorstands bei Schweigen der Satzung . . . . .	238
1.3. Das Einberufungsrecht des ausgeschiedenen, aber noch eingetragenen Vorstands sowie des faktischen Vorstands . . . . .	239
1.4. Grundsätzlich kein Vorstandsbeschluss über Einberufung . . . . .	239
1.5. Keine Delegierung des Einberufungsrechts . . . . .	240
1.6. Zuständigkeit des Einberufungsbefugten auch bei schriftlicher Abstimmung . . . . .	240
1.7. Widerruf der Einberufung und Verlegung . . . . .	240
1.8. Doppeleinberufungen . . . . .	241
1.9. Rechtsfolgen der Einberufung durch Unbefugte und sonstiger Einberufungsfehler . . . . .	241
2. Die Pflicht zur Einberufung der Mitgliederversammlung . . . . .	242
2.1. Der durch die Satzung bestimmte Einberufungsgrund; ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlung . . . . .	242
2.2. Der gesetzliche Einberufungsgrund: Vereinsinteresse . . . . .	243
2.3. Die Folgen der Verletzung der Einberufungspflicht . . . . .	243
2.4. Die Einberufungspflicht auf Grund Minderheitsverlangens sowie das Recht einer Vereinsminderheit auf Ankündigung von Tagungsordnungspunkten . . . . .	244
2.4.1. Das Verlangen auf Einberufung einer Mitgliederversammlung . . . . .	244
2.4.1.1. Gesetz, Rechtsvergleichung sowie allgemeine Grundsätze zum Minderheitenschutz . . . . .	244
2.4.1.2. Die erforderliche Vereinsminderheit . . . . .	244
2.4.1.3. Der Anspruch auf Kenntnisverlangung von Mitgliederanschriften . . . . .	246
2.4.1.4. Der erforderliche Inhalt des Verlangens . . . . .	246
2.4.1.5. Die Fristsetzung . . . . .	246
2.4.1.6. Die Prüfungspflicht des Einberufungsorgans; nur ausnahmsweise Zurückweisung des Verlangens . . . . .	247
2.4.1.7. Die Ablehnung des Verlangens und die Einberufung der Mitgliederversammlung . . . . .	247
2.4.2. Das Verlangen nach Ankündigung von Tagesordnungspunkten . . . . .	247
2.4.3. Die Rücknahme des Verlangens . . . . .	248
2.5. Die Vereinsminderheit als Einberufungsberechtigte nach gerichtlicher Ermächtigung . . . . .	248
2.5.1. Die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens; der Verein als Antragsgegner . . . . .	248
2.5.2. Die Anrufung des Gerichts und dessen Prüfung . . . . .	249
2.5.3. Die beschränkte sachliche Antragsprüfung . . . . .	250
2.5.4. Die Zurückweisung des Antrags . . . . .	251
2.5.5. Beschwerde der Antragsteller . . . . .	251
2.5.6. Die erfolglose und die erfolgreiche Beschwerde; bei Zurückweisung der Beschwerde/nur Rechtsbeschwerde . . . . .	251
2.5.7. Die gerichtliche Ermächtigung und ihre Wirksamkeit . . . . .	252
2.5.8. Die Durchführung der gerichtlichen Ermächtigung . . . . .	253
2.5.9. Mängel der gerichtlichen Ermächtigung . . . . .	254
2.5.10. Erledigung der Hauptsache . . . . .	254
2.5.11. Kosten . . . . .	255
2.5.11.1. Einberufungskosten . . . . .	255

## Inhaltsverzeichnis

---

2.5.11.2.	Gerichtskosten . . . . .	255
2.5.12.	Beschwerde des Vereins gegen den Ermächtigungsbeschluss bzw. wegen der gerichtlichen Ermächtigung zur Ergänzung der Tagesordnung . . . . .	255
2.6.	Rechtsmittel des Vereins bei Ermächtigung an eine Vereinsminderheit . . . . .	256
2.7.	Die Anwendung des § 37 BGB bei Delegiertenversammlungen . . . . .	256
2.8.	Die entsprechende Anwendung des § 37 BGB . . . . .	256
3.	Die Vornahme der Einberufung . . . . .	257
3.1.	Ort und Zeit der Mitgliederversammlung . . . . .	257
3.1.1.	Der Ort und der Raum der Versammlung . . . . .	257
3.1.2.	Die Versammlungszeit . . . . .	258
3.2.	Form und Frist der Einberufung sowie die Bekanntmachung der Tagesordnung . . . . .	258
3.2.1.	Form und Inhalt der Einberufung . . . . .	258
3.2.2.	Die Einberufungsfrist . . . . .	260
3.2.3.	Die Mitteilung der Tagesordnung und deren Ergänzung . . . . .	262
3.2.3.1.	Gesetzliche Regelung sowie der Zweck der Tagesordnung . . . . .	262
3.2.3.2.	Abweichende Satzungsregelungen . . . . .	263
3.2.3.3.	Die Aufstellung der Tagesordnung . . . . .	263
3.2.3.4.	Die Aufnahme von Mitgliederanträgen in die Tagesordnung . . . . .	264
3.2.3.5.	Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge . . . . .	264
3.2.3.6.	Inhaltliche Anforderungen an die Ankündigung von Tagesordnungspunkten mit beabsichtigter Beschlussfassung . . . . .	265
3.2.3.7.	Die Zugänglichmachung von Versammlungsunterlagen . . . . .	267
3.2.3.8.	Ankündigungsfehler . . . . .	267
3.2.4.	Die Eventualeinberufung zu einer zweiten Versammlung am gleichen Tag; die Einberufung zu einer Wiederholungsversammlung; Hinweispflichten . . . . .	268
3.2.5.	Die individuelle Einladung aller Teilnahmeberechtigten . . . . .	268
3.2.6.	Die Ladung anwesenheitsberechtigter Personen . . . . .	270
3.2.7.	Unterrichtung der Aufsichtsbehörde bei Lohnsteuerhilfvereinen . . . . .	270
3.3.	Die Vollversammlung (Universalversammlung) . . . . .	270
4.	Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie Teilnahmeberechtigter in der Mitgliederversammlung . . . . .	271
4.1.	Übersicht über die Rechte . . . . .	271
4.2.	Das Teilnahmerecht . . . . .	272
4.2.1.	Der Inhalt des Rechts . . . . .	272
4.2.2.	Satzungsregelungen . . . . .	272
4.2.3.	Der Träger des Rechts (ohne Vertretungsfall) . . . . .	273
4.2.4.	Zum Teilnahmerecht bei Drittorganschaft . . . . .	273
4.2.5.	Kein Teilnahmerecht Geschäftsunfähiger . . . . .	274
4.2.6.	Zum Teilnahmerecht Minderjähriger und Betreuter . . . . .	274
4.2.7.	Teilnahmerecht der gesetzlichen Vertreter von Körperschaften, Kapitalgesellschaften usw. . . . .	275
4.2.8.	Zum Teilnahmerecht des Insolvenzverwalters hinsichtlich des Vermögens eines Vereins sowie eines Vereinsmitglieds . . . . .	275
4.2.9.	Teilnahmerecht rechtsgeschäftlich Bevollmächtigter . . . . .	275
4.2.10.	Gesetzliches Teilnahmerecht bei Lohnsteuerhilfvereinen . . . . .	275
4.3.	Das Rederecht . . . . .	276
4.3.1.	Das Rederecht als Mitgliedschaftsrecht . . . . .	276

4.3.2.	Die Besonderheiten bei Vereinsverbänden und bei Delegiertenversammlungen .....	276
4.3.3.	Vereinsregelungen zum Rederecht .....	276
4.3.4.	Die Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung .....	276
4.3.5.	Bedeutung des Rederechts für die Beschlussanfechtung .....	276
4.4.	Das Auskunfts- und Einsichtsrecht .....	277
4.4.1.	Das Auskunftsrecht in der Mitgliederversammlung .....	277
4.4.2.	Informationsverweigerung .....	278
4.4.3.	Das Recht auf Auskunft und auf Einsicht in die Schriften und Bücher des Vereins außerhalb einer Mitgliederversammlung .....	278
4.4.4.	Anspruchsdurchsetzung .....	279
4.5.	Das Antragsrecht .....	279
4.5.1.	Begriff .....	279
4.5.2.	Das Antragsrecht vor der Mitgliederversammlung .....	279
4.5.3.	Die Antragstellung in der Mitgliederversammlung .....	279
4.6.	Das Stimmrecht .....	280
4.6.1.	Das Stimmrecht als Mitgliedschaftsrecht .....	280
4.6.2.	Die Stimmenzahl (Stimmkraft) .....	281
4.6.3.	Die Stimmrechtsausübung bei gesetzlicher Vertretung .....	282
4.6.4.	Die Stimmvollmacht .....	284
4.6.4.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Verankerung .....	284
4.6.4.2.	Weitere mögliche Satzungsregelungen, insbesondere hinsichtlich der Person des Vertreters und der Zahl seiner Vollmachtstimmen .....	285
4.6.4.3.	Der Nachweis der Vollmacht .....	285
4.6.4.4.	Zur Frage des Vertretungsverbots wegen eines Insichgeschäfts nach § 181 BGB .....	286
4.6.4.5.	Zur Genehmigung einer Stimmabgabe ohne – nachgewiesene – Vertretungsbefugnis .....	286
4.6.4.6.	Die Rechte und Pflichten des nicht vereinsangehörigen Stimmbevollmächtigten .....	286
4.6.4.7.	Zum Teilnahmerecht sowohl des Trägers der Stimmrechtsvollmacht als auch des vollmachtgebenden Vereins- oder Organmitglieds ..	287
4.6.4.8.	Verfahrensfehler bei Nichtberücksichtigung einer oder mehrerer Vollmachtstimmen; Feststellung des richtigen Beschlussergebnisses auf Klage durch das Gericht .....	287
4.6.4.9.	Keine Stimmrechtsübertragung durch Delegierte .....	287
4.6.5.	Einheitliche Stimmrechtsausübung und gespaltene Stimmabgabe .....	287
4.6.6.	Unzulässigkeit einer Stimmrechtsbündelung .....	287
4.6.7.	Die grundsätzliche Freiheit zur Stimmrechtsausübung .....	288
4.6.8.	Beginn und Ende des Stimmrechts .....	288
4.7.	Die gesetzlichen und statutarischen Stimmverbote .....	289
4.7.1.	Die gesetzlichen Stimmverbote als zwingendes Recht .....	289
4.7.2.	Allgemeines zum sachlichen Geltungsbereich der gesetzlichen Stimmverbote .....	289
4.7.3.	Der persönliche Geltungsbereich des Stimmverbots .....	289
4.7.4.	Das Stimmverbot wegen Vornahme eines Rechtsgeschäfts zwischen dem Verein und einem Mitglied .....	290
4.7.5.	Kein Stimmverbot bei Geschäften mit eindeutig körperschaftsrechtlichem Charakter (körperschaftliche Sozialakte) .....	291

## Inhaltsverzeichnis

---

4.7.6.	Das Stimmverbot bei der Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits . . . . .	292
4.7.7.	Das Stimmverbot aus dem Gesichtspunkt der Billigung oder Missbilligung eigenen Verhaltens . . . . .	293
4.7.8.	Regelung des Stimmverbots durch die Satzung . . . . .	294
4.7.9.	Rechtsfolgen des Stimmverbots . . . . .	294
4.8.	Stimmbindungsvereinbarungen . . . . .	294
4.8.1.	Zulässigkeit und Rechtsnatur . . . . .	294
4.8.2.	Partner der Stimmbindung . . . . .	295
4.8.3.	Unwirksame Stimmbindungen . . . . .	295
4.8.4.	Satzungsklausel zur Stimmbindung . . . . .	296
4.8.5.	Nichtbefolgung der Stimmbindung . . . . .	296
4.8.6.	Die gerichtliche Durchsetzung der Stimmbindung . . . . .	296
5.	Der Ablauf der Mitgliederversammlung . . . . .	297
5.1.	Die Versammlungsleitung . . . . .	297
5.1.1.	Allgemeines . . . . .	297
5.1.2.	Versammlungsleiter bei fehlender Satzungsregelung . . . . .	297
5.1.3.	Bestimmung des Leiters durch die Mitgliederversammlung . . . . .	297
5.1.4.	Bestimmung des Leiters durch die Satzung . . . . .	298
5.1.5.	Abberufung des durch die Satzung bestimmten Leiters . . . . .	298
5.1.6.	Abberufung des durch die Mitgliederversammlung bestellten Leiters . . . . .	298
5.1.7.	Amtsniederlegung . . . . .	298
5.1.8.	Amtsstellung des Versammlungsleiters . . . . .	299
5.1.9.	Befugnisse des Versammlungsleiters . . . . .	299
5.1.9.1.	Maßgeblichkeit einer Geschäftsordnung . . . . .	299
5.1.9.2.	Befugnisse auf Grund der übertragenen Aufgabe . . . . .	299
5.1.9.3.	Ausübung des Hausrechts . . . . .	299
5.1.10.	Allgemeines zu den Aufgaben des Leiters . . . . .	300
5.1.11.	Leiter als nachteilig Betroffener . . . . .	300
5.1.12.	Übersicht über die Befugnisse des Leiters . . . . .	301
5.1.12.	Gerichtliche Anfechtung von Leitungsfehlern . . . . .	301
5.1.13.	Anfechtung von Leitungsmaßnahmen in der Versammlung . . . . .	302
5.1.14.	Ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliederversammlung (Übersicht) . . . . .	302
5.2.	Eröffnung der Mitgliederversammlung und die hierbei zu treffenden Prüfungen, Feststellungen und Bekanntmachungen . . . . .	303
5.2.1.	Die Versammlungseröffnung . . . . .	303
5.2.2.	Feststellung und Bekanntgabe der erschienenen und stimmberechtigten Mitglieder bzw. der Vertreter . . . . .	303
5.2.3.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung . . . . .	304
5.2.4.	Feststellung der Beschlussfähigkeit u. U. vor der Abstimmung über jeden Beschlussgegenstand; keine Beschlussfähigkeit eines Vereins mit weniger als drei Mitgliedern . . . . .	304
5.2.5.	Bekanntgabe der Tagesordnung und deren Genehmigung . . . . .	305
5.2.6.	Die grundsätzliche Behandlung der Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge der Tagesordnung . . . . .	306
5.3.	Die Zulassung nichtteilnahmeberechtigter Personen . . . . .	306
5.3.1.	Gäste in der Mitgliederversammlung . . . . .	306
5.3.2.	Die Zulassung eines Beistands oder Beraters . . . . .	307
5.4.	Sachanträge und Verfahrensanträge in der Versammlung . . . . .	308
5.4.1.	Die Begrenzung der Sachanträge durch die Tagesordnung; Ausnahmen kraft ausdrücklicher Satzungsanordnung . . . . .	308

5.4.2.	Die Verfahrensanträge . . . . .	308
5.4.3.	Die Behandlung von Verfahrensanträgen . . . . .	309
5.5.	Der Bericht des Vorstands, sonstiger Vereinsorgane oder von Vereinsabteilungen . . . . .	309
5.5.1.	Allgemeines zur Berichterstattung in Vereins- und Verbandsversammlungen . . . . .	309
5.5.2.	Der Geschäfts- und/oder Rechenschaftsbericht des Vorstands . . . . .	310
5.5.2.1.	Der Geschäftsbericht . . . . .	310
5.5.2.2.	Der Rechenschaftsbericht . . . . .	311
5.5.2.2.1.	Gesetzliche Vorgaben . . . . .	311
5.5.2.2.2.	Inhalt des Rechenschaftsberichts . . . . .	311
5.5.3.	Die Berichte weiterer Vereinsorgane sowie der Rechnungs- und Kassenprüfer . . . . .	312
5.5.4.	Auskunfts- und Einsichtsrechte der Mitglieder . . . . .	312
5.6.	Grundsätze für die Beratung (Aussprache, Debatte) . . . . .	312
5.6.1.	Die Verwirklichung des Rede-, Antrags- und Auskunftsrechts . . . . .	312
5.6.2.	Die Freiheit der Meinungsausübung und ihre Grenzen . . . . .	313
5.6.2.1.	Die Verwirklichung des Rede-, Antrags- und Auskunftsrechts . . . . .	313
5.6.2.2.	Tatsachenbehauptungen . . . . .	313
5.6.2.3.	Schmähkritik . . . . .	313
5.6.2.4.	Meinungsausußerungen bzw. Werturteile . . . . .	313
5.6.2.5.	Würdigung des vollständigen Aussagegehalts bei Zweifeln, ob Tatsachenbehauptung oder Meinungsausußerung . . . . .	314
5.6.2.6.	Wertung mehrdeutiger Äußerungen . . . . .	314
5.6.2.7.	Weitere Fälle der Versagung des Grundrechtsschutzes . . . . .	314
5.6.2.8.	Beweislast . . . . .	314
5.6.2.9.	Grundrechtskollision . . . . .	314
5.6.2.10.	Einzelfälle . . . . .	315
5.6.2.11.	Zurückhaltung bei Redebeiträgen in Mitgliederversammlungen auf Grund mitglied- oder organschaftlicher Treueverpflichtungen vor allem vor Abstimmungen . . . . .	315
5.6.3.	Die für die Beratung und Abstimmung erforderliche ausreichende Information der Mitglieder . . . . .	316
5.7.	Der verfahrensmäßige Ablauf der Beratung . . . . .	316
5.7.1.	Vereinsregelungen . . . . .	316
5.7.2.	Worterteilung und Rednerliste . . . . .	317
5.7.3.	Allgemeine Beschränkung der Redezeit; keine Einrechnung der Zeit des Fragerechts . . . . .	317
5.7.4.	Individuelle Redezeitbeschränkung durch Wortentzug aus Ordnungsgründen . . . . .	318
5.7.5.	Der Saalverweis . . . . .	318
5.7.6.	Zur Zulässigkeit des Antrags auf »Schluss der Rednerliste« und auf »Schluss der Debatte« . . . . .	320
5.7.7.	Zulässigkeit der Benutzung von Tonbandgeräten, von Film- und Fernsehaufnahmen sowie von Übertragungen im Internet . . . . .	320
5.7.8.	Die Unterbrechung . . . . .	321
5.7.9.	Die Vertagung . . . . .	321
5.7.10.	Der vorzeitige Abbruch . . . . .	322
5.7.11.	Zur Anfechtung von Geschäftsordnungsbeschlüssen . . . . .	322
5.8.	Die Abstimmung . . . . .	323
5.8.1.	Die u. U. erforderliche Feststellung der Beschlussfähigkeit . . . . .	323
5.8.2.	Die Reihenfolge der Abstimmungsgegenstände . . . . .	323
5.8.3.	Abstimmungsunfähige Anträge . . . . .	323

## Inhaltsverzeichnis

---

5.8.4.	Zur Zulässigkeit von Sammel- bzw. Blockabstimmungen . . . . .	324
5.8.5.	Die Formulierung des Beschlussantrags . . . . .	325
5.8.6.	Die Art und Weise der Stimmabgabe . . . . .	325
5.8.7.	Die kombinierte Abstimmung . . . . .	326
5.8.8.	Die Stimmabgabe als Willenserklärung . . . . .	327
5.8.9.	Stimmabgabe durch gewillkürte oder gesetzliche Vertreter . . . . .	328
5.8.10.	Die einheitliche und uneinheitliche Stimmabgabe bei Mehrstimmrechten . . . . .	328
5.9.	Die für die Annahme eines Beschlussantrags erforderlichen Mehrheiten . . . . .	328
5.9.1.	Die einfache oder absolute Stimmenmehrheit . . . . .	328
5.9.2.	Die qualifizierte Mehrheit . . . . .	329
5.9.3.	Die Einstimmigkeit . . . . .	329
5.9.4.	Die relative Mehrheit . . . . .	329
5.9.5.	Die absolute Stimmenmehrheit . . . . .	329
5.9.6.	Satzungsgestaltungen . . . . .	329
5.10.	Rechtsnatur, Wirksamkeit und Abänderbarkeit von Versammlungsbeschlüssen . . . . .	330
5.10.1.	Rechtsnatur; positiver und negativer Beschluss . . . . .	330
5.10.2.	Wirksamkeit . . . . .	331
5.10.3.	Die Wiederholung der Abstimmung bei unklarem Abstimmungsergebnis, bei behebbaren Verfahrensfehlern sowie kraft Satzungsanordnung in derselben Versammlung . . . . .	332
5.10.4.	Die nur eingeschränkt mögliche Aufhebung eines fehlerfreien Sachbeschlusses und die Unzulässigkeit der Aufhebung einer Personalentscheidung . . . . .	332
5.10.5.	Der einen Beschluss bestätigende Beschluss . . . . .	335
5.11.	Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses . . . . .	335
5.11.1.	Das Additionsverfahren . . . . .	335
5.11.2.	Das Subtraktionsverfahren . . . . .	335
5.11.3.	Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses . . . . .	336
5.11.4.	Die Beanstandung des verkündeten Abstimmungsergebnisses . . . . .	336
5.12.	Die Schließung der Versammlung und deren ausnahmsweise zulässige Fortsetzung . . . . .	336
5.12.1.	Die unbedingte Verbindlichkeit der Schließungserklärung nach Erledigung aller Tagesordnungspunkte . . . . .	336
5.12.2.	Die grundsätzliche Verbindlichkeit der Schließungserklärung vor der Erledigung aller Tagesordnungspunkte . . . . .	337
5.12.3.	Die Fortsetzung der Versammlung nach rechtlich unverbindlicher Schließungserklärung . . . . .	337
5.13.	Die Kosten der Versammlung . . . . .	337
6.	Die Wahl des Vorstands und sonstiger Organmitgliedern . . . . .	338
6.1.	Das Vorschlagsrecht . . . . .	338
6.2.	Das Präsentations- bzw. Benennungsrecht mit und ohne Bindungswirkung . . . . .	338
6.3.	Aktives und passives Wahlrecht; Vorstandsfähigkeit . . . . .	339
6.4.	Wahlabsprachen . . . . .	339
6.5.	Wahlvorstand . . . . .	339
6.6.	Die Wahl nach gesetzlicher Regel . . . . .	340
6.6.1	Allgemeines . . . . .	340
6.6.2.	Einzelwahl . . . . .	340
6.6.3.	Gesamtwahl . . . . .	341

6.7.	Insbesondere: geheime Wahl bei Mehrstimmrechten oder Vollmachtstimmen . . . . .	341
6.8.	Wahlen nach satzungsmäßiger Abbedingung der Regelungen in § 32 BGB . . . . .	341
6.8.1.	Wahlzuständigkeit eines anderen Organs als der Mitgliederversammlung . . . . .	341
6.8.2.	Kooperationsbefugnis des Vorstands . . . . .	342
6.8.3.	Ermessen des Satzungsgebers hinsichtlich der Auswahl des Wahlsystems und der Festlegung der Wahlrechtsgrundsätze . . . . .	342
6.8.4.	Wahlarten in Abweichung von § 32 BGB . . . . .	342
6.8.4.1.	Stimmzählung unter Berücksichtigung der anwesenden Mitglieder . . . . .	342
6.8.4.2.	Stichwahl . . . . .	342
6.8.4.3.	Die Global- oder Listenwahl . . . . .	342
6.8.4.4.	Listen-Mehrheitswahl . . . . .	343
6.8.4.5.	Verhältniswahl mit gebundenen Listen . . . . .	344
6.9.	Notwendige Annahme der Wahl . . . . .	344
6.10.	Anfechtung der Wahl . . . . .	345
6.10.1.	Vereinsinterne Anfechtung; Beschleunigungsgebot . . . . .	345
6.10.2.	Gerichtliche Anfechtung; Anfechtungsberechtigte . . . . .	346
6.11.	Wahlfehler als Anfechtungsgründe . . . . .	346
6.11.1.	Beweislast . . . . .	346
6.11.2.	Urteilswirkungen . . . . .	346
6.12.	Kein Nachrücken in Vorstandämter bei Ausscheiden des Gewählten . . . . .	347
7.	Die Protokollierung von Beschlüssen und sonstigen Vorgängen in einer Mitgliederversammlung . . . . .	347
7.1.	Die erforderliche Protokollierung . . . . .	347
7.2.	Das Protokoll als Privaturkunde i. S. d. § 416 ZPO und seine Bedeutung . . . . .	347
7.3.	Satzungsregelungen . . . . .	348
7.3.1.	Protokoll als Wirksamkeitsvoraussetzung . . . . .	348
7.3.2.	Sonstige Satzungsvorregelungen bzw. Regelungen in einer Geschäftsordnung . . . . .	348
7.4.	Zeit der Niederschrift . . . . .	349
7.5.	Belege . . . . .	349
7.6.	Unterzeichnung und deren Fehlen . . . . .	349
7.7.	Änderung, Berichtigung, Anspruch auf Berichtigung . . . . .	349
7.8.	Zulässigkeit einer von einem Versammlungsteilnehmer privat erstellten Niederschrift über den Versammlungsverlauf; eingeschränkte Zulassung eines Tonbandmitschnitts . . . . .	350
7.9.	Zum Anspruch eines teilnahmeberechtigten Mitglieds auf Einsicht in das Versammlungsprotokoll und auf Erteilung einer Protokollschrift . . . . .	350
7.10.	Die Aufbewahrungspflicht . . . . .	350
7.11.	Das notarielle Protokoll über die Beurkundung eines Verschmelzungsbeschlusses . . . . .	350
7.12.	Der Inhalt eines Ergebnisprotokolls . . . . .	350
7.13.	Änderung und Berichtigung des Protokolls . . . . .	352
7.14.	Übersendung bzw. Einsicht in das Versammlungsprotokoll, Erteilung einer Abschrift; Information über einen Redebeitrag . . . . .	352
7.15.	Die Folgen des unterlassenen Widerspruchs gegen den Protokollinhalt . . . . .	352

## Inhaltsverzeichnis

---

7.16.	Die Anlagen (Belege) zum Protokoll . . . . .	353
7.17.	Ausnahmsweise öffentliche Beglaubigung der Protokollunterschriften . . . . .	353
8.	Die schriftliche Abstimmung ohne Mitgliederversammlung . . . . .	354
8.1.	Die Beschlussfassung in einer Mitgliederversammlung und ohne eine solche. . . . .	354
8.2.	Satzungsregelungen zur schriftlichen Beschlussfassung ohne Versammlung. . . . .	354
8.3.	Online-Versammlung. . . . .	355
8.4.	Beschlussfassung per Telefon- oder Videokonferenz . . . . .	356
9.	Die Prüfungspflicht des Vorstands bei ausführenden Beschlüssen der Mitgliederversammlung. . . . .	356
10.	Der unwirksame (noch nicht wirksame) Beschluss der Mitgliederversammlung. . . . .	356
11.	Der fehlerhafte Beschluss der Mitgliederversammlung. . . . .	357
11.1.	Keine kassatorische Anfechtungsklage; Feststellungsklage. . . . .	357
11.2.	Unterscheidung bei Vereinsbeschlüssen zwischen richtigen und fehlerhaften mit Rügeerfordernis. . . . .	358
11.3.	Der aus materiellen Gründen nichtige Vereinsbeschluss . . . . .	358
11.3.1.	Vorbemerkung . . . . .	358
11.3.2.	Materielle Nichtigkeitsgründe . . . . .	358
11.4.	Der aus verfahrensrechtlichen Gründen nichtige Versammlungsbeschluss . . . . .	360
11.4.1.	Vorbereitungs- und Einberufungsmängel . . . . .	360
11.4.2.	Fehler in der Versammlung . . . . .	361
11.4.3.	Fehler bei schriftlicher Abstimmung. . . . .	363
11.4.4.	Rechtsfolgen der Nichtigkeit; keine Heilung durch Fristablauf; amtswegige Beachtung durch das Registergericht . . . . .	363
11.5.	Fehlerhafte, aber nicht unwirksame Versammlungsbeschlüsse . .	363
11.5.1.	Rechtslage . . . . .	363
11.5.2.	Herrschende Ansicht: Rüge bei Verletzung mitgliederschützender Verfahrensvorschriften. . . . .	364
11.5.3.1.	Notwendigkeit einer Korrektur . . . . .	364
11.5.3.2.	Aus materiellen Gründen fehlerhafte Beschlüsse. . . . .	364
11.5.3.3.	Aus verfahrensrechtlichen Gründen fehlerhafte Versammlungsbeschlüsse . . . . .	365
11.5.3.4.	Der erforderliche Widerspruch. . . . .	365
11.5.3.5.	Die Widerspruchsberechtigten . . . . .	366
11.5.3.6.	Widerspruchsfrist; Verwirkung. . . . .	367
11.5.3.7.	Registergerichtliche Behandlung . . . . .	367
11.5.4.	Darlegungs- und Beweislast . . . . .	367
11.5.5.	Die Relevanz von Verfahrensfehlern. . . . .	367
11.6.	Der teilnichtige Beschluss; Folgewirkungen eines nichtigen Beschlusses. . . . .	368
11.7.	Die Heilung der Nichtigkeit . . . . .	369
11.7.1.	Heilung durch Vollzugsgeschäft . . . . .	369
11.7.2.	Mängelheilung durch rügelose Vollversammlung . . . . .	369
11.8.	Die Bereinigung der Beschlussnichtigkeit durch den Verein . . .	369
11.8.1.	Die Prüfungspflicht des Vorstands . . . . .	369
11.8.2.	Keine Bestätigung nichtiger Versammlungsbeschlüsse . . . . .	369
11.8.3.	Die Wiederholung der mängelfreien Beschlussfassung . . . . .	370
12.	Die Verbindlichkeit der Versammlungsgesetze des Bundes und der Länder in Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen. . . . .	370

12.1.	Vorbemerkung . . . . .	370
12.2.	Der Begriff Versammlung; die nichtöffentliche und die öffentliche Versammlung . . . . .	370
12.3.	Geltung versammlungsgesetzlicher Bestimmungen für nichtöffentliche Versammlungen . . . . .	371
12.3.1.	Uniformverbot; Ausnahmen nach Bundesrecht . . . . .	371
12.3.2.	In Bayern: Militanzverbot . . . . .	371
12.3.3.	Störungsverbot . . . . .	371
12.3.4.	Aufrufverbot (Bayern) . . . . .	372
12.4.	Verbindlichkeit von Bestimmungen des Versammlungsrechts des Bundes bei öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen . . . . .	372
12.4.1.	Vorbemerkung . . . . .	372
12.4.2.	Teilnahmebegrenzung . . . . .	372
12.4.3.	Der erforderliche Leiter und seine Befugnisse . . . . .	372
12.4.4.	Anwesenheitsrecht der Polizei und deren Befugnis . . . . .	373
12.5.	Versammlungsverbot . . . . .	373
<b>3. Abschnitt. Der Vorstand . . . . .</b>		<b>375</b>
1.	Allgemeines . . . . .	375
1.1.	Die zwingende Vorstandsbestellung . . . . .	375
1.2.	Die Freiheit der Organbezeichnung . . . . .	375
1.3.	Die Zahl der Vorstandsmitglieder . . . . .	375
1.4.	Die Rechtsfolgen bei Fehlen eines Vorstands . . . . .	376
2.	Die Vorstandsfähigkeit . . . . .	376
2.1.	Amtsfähigkeit nicht voll Geschäftsfähiger . . . . .	376
2.2.	Vorstandsfähigkeit von Ausländern . . . . .	376
2.3.	Vorstandsfähigkeit von juristischen Personen oder nichtrechtsfähigen Personengemeinschaften . . . . .	377
2.4.	Beschränkungen durch Dienstrecht oder Arbeitslosigkeit . . . . .	377
2.5.	Satzungsregelungen zur Vorstandsfähigkeit . . . . .	377
2.6.	Rechtsfolgen der Bestellung Amtsunfähiger . . . . .	378
3.	Die Bestellung des Vorstands nach dem jeweiligen Organisationsrecht des Vereins . . . . .	378
3.1.	Bestellung durch die Satzung; grundsätzlich zulässige Selbstergänzung (Kooptation) . . . . .	378
3.2.	Die Bestellung durch Wahl in der Mitgliederversammlung . . . . .	379
3.3.	Sonderrecht auf Vorstandsstellung oder -bestellung . . . . .	379
3.4.	Zulässigkeit der Bestellung durch Dritte; Zustimmungsrecht eines Dritten . . . . .	379
3.5.	Die Unzulässigkeit einer nur bedingten Bestellung zum Mitglied des Vertretungsvorstandes . . . . .	380
3.6.	Die notwendige Annahme der Bestellung . . . . .	381
3.7.	Dauer der Bestellung . . . . .	381
3.8.	Die Rechtsnatur der Bestellung . . . . .	382
4.	Das Anstellungsverhältnis mit Vorstandsmitgliedern . . . . .	383
4.1.	Organstellung und Anstellung . . . . .	383
4.2.	Der nach Auftragsgrundsätzen tätige ehrenamtliche Vorstand . . . . .	383
4.3.	Der entgeltliche Geschäftsbesorgungsvertrag mit Vorstandsmitgliedern . . . . .	383
4.3.1.	Allgemeines . . . . .	383
4.3.2.	Zuständigkeit zum Vertragsabschluss . . . . .	383
4.3.3.	Inhalt des Anstellungsvertrages . . . . .	384

## Inhaltsverzeichnis

---

4.3.4.	Der Vergütungsanspruch . . . . .	384
4.3.5.	Sozialversicherungspflicht von Vorstandsmitgliedern . . . . .	385
4.3.6.	Zur Geltung arbeitsrechtlicher Grundsätze und von Schutzbestimmungen für persönlich Dienstleistende . . . . .	385
4.3.7.	Die ordentliche Kündigung des Anstellungsvertrages . . . . .	386
4.3.8.	Die Kündigung aus wichtigem Grund . . . . .	386
4.3.9.	Die Gerichtszuständigkeit bei Kündigungsstreitigkeiten zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verein . . . . .	390
4.3.10.	Sonstige Gründe für die Beendigung des Anstellungsverhältnisses . . . . .	391
4.3.11.	Das Verhältnis des Endes der Organstellung und des Anstellungsvertrages zueinander . . . . .	391
5.	Die Vorstandsbestellung durch das Gericht (Notvorstand) . . . . .	392
5.1.	Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich . . . . .	392
5.2.	Die Antragsberechtigung . . . . .	392
5.3.	Die Bestellungsvoraussetzung: Fehlen der erforderlichen Vorstandsmitglieder . . . . .	393
5.4.	Die Bestellungsvoraussetzung: dringender Fall; zur Frage, ob die Bestellung eines Prozesspflegers gem. § 57 ZPO die Dringlichkeit entfallen lässt . . . . .	395
5.5.	Das gerichtliche Bestellungsverfahren . . . . .	396
5.5.1.	Zuständigkeit . . . . .	396
5.5.2.	Ausnahmsweise amtsweiges Verfahren . . . . .	396
5.5.3.	Evtl. erforderliche Beteiligungen und Anhörungen . . . . .	397
5.5.4.	Die Prüfung des Gerichts; Erfordernis eines Kostenvorschusses . . . . .	397
5.5.5.	Der Bestellungsbeschluss und seine Wirksamkeit . . . . .	398
5.5.6.	Die Organstellung des Bestellten und sein Rechtsverhältnis zum Verein; Weiterbestand bestehender Vorstandssämter . . . . .	399
5.5.7.	Gerichtliche Abberufung und Neubestellung eines Notvorstands . . . . .	400
5.5.8.	Das Ende des Notvorstandsamtes aus anderen Gründen als durch gerichtliche Abberufung . . . . .	401
5.5.9.	Die Rechtsbehelfe und Rechtsmittel . . . . .	402
5.5.10.	Die Registereintragungen . . . . .	403
6.	Der faktische Vorstand . . . . .	404
6.1.	Begriff und Entstehung faktischer Organschaftsverhältnisse . . . . .	404
6.2.	Das Rechtsverhältnis zwischen dem faktischen Vorstand und dem Verein . . . . .	404
6.3.	Das Außenhandeln des faktisch tätigen Vorstands; Anwendung der Grundsätze der Rechtsschein Vollmacht . . . . .	405
6.3.1.	Anwendung der Grundsätze der Duldungsvollmacht . . . . .	405
6.4.	Das Innenhandeln des faktischen Vorstands . . . . .	406
6.5.	Die Erfüllung gesetzlicher Pflichten . . . . .	406
6.6.	Die Haftung des Vereins für den faktischen Vorstand . . . . .	406
6.7.	Die Haftung des faktischen Vorstands gegenüber Dritten und dem Verein . . . . .	406
7.	Das Ende des Vorstandsamtes . . . . .	407
7.1.	Die Abberufung des Vorstands . . . . .	407
7.1.1.	Die jederzeitige Abberufungsmöglichkeit . . . . .	407
7.1.2.	Die Beschränkung der freien Abberufung durch die Satzung, insbesondere auf das Vorliegen eines wichtigen Grundes . . . . .	408
7.1.3.	Insbesondere: Zerstrittenheit . . . . .	410
7.1.4.	Die Abberufungszuständigkeit . . . . .	410
7.1.5.	Verfahrensfragen . . . . .	411

7.1.5.1.	Mitteilung der Tagesordnung . . . . .	411
7.1.5.2.	Stimmrecht des Betroffenen . . . . .	412
7.1.5.3.	Anhörung des Betroffenen . . . . .	413
7.1.6.	Der Abberufungsbeschluss . . . . .	413
7.1.7.	Zum Erfordernis einer Begründung . . . . .	414
7.1.8.	Wirksamwerden der Abberufung und die Rechtsfolgen . . . . .	414
7.1.9.	Die fehlerhafte Abberufung; der Streit um deren Wirksamkeit . . . . .	414
7.1.10.	Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	416
7.2.	Amtsenthebung, Tätigkeitsverbot und vorläufige Amtsenthebung . . . . .	416
7.2.1.	Die Amtsenthebung bzw. das Tätigkeitsverbot aus disziplinären Gründen . . . . .	416
7.2.2.	Das gerichtliche Tätigkeitsverbot . . . . .	417
7.2.3.	Die vorläufige Amtsenthebung (Suspendierung) . . . . .	417
7.3.	Die entsprechende Anwendung der Grundsätze für die Vorstandsbaberufung bei der Abberufung anderer Organmitglieder . . . . .	418
7.4.	Die Amtsniederlegung des Vorstands . . . . .	419
7.4.1.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	419
7.4.2.	Korporationsrechtliche Wirksamkeit der grundlosen Kündigungserklärung; Ausnahme . . . . .	419
7.4.3.	Rückgängigmachung, Befristung der Erklärung . . . . .	420
7.4.4.	Zulässige Satzungsregelungen . . . . .	420
7.4.5.	Amtsniederlegung und Anstellung . . . . .	420
7.5.	Der Aufhebungsvertrag . . . . .	421
7.6.	Das Ende des Vorstandsamtes aus anderen Gründen . . . . .	421
7.6.1.	Ablauf der Bestelldauer . . . . .	421
7.6.2.	Austritt und Ausschluss aus dem Verein . . . . .	421
7.6.3.	Auflösung des Vereins . . . . .	422
7.6.4.	Geschäftsunfähigkeit . . . . .	422
7.6.5.	Tod . . . . .	422
7.6.6.	Verschmelzung . . . . .	422
7.6.7.	Wegfall der satzungsmäßigen Bestellungsvoraussetzungen . . . . .	423
7.6.8.	Tätigkeitsverbot . . . . .	423
7.6.9.	Grundsätzlich kein Beendigungsgrund: der Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins . . . . .	423
7.7.	Die Folgen der Beendigung des Vorstandsamtes; keine automatische Nachfolge in ein erloschenes Vorstandamt . . . . .	423
7.8.	Die Anmeldung und Eintragung der Vorstandsänderung . . . . .	424
7.8.1.	Die Änderung des Vorstands . . . . .	424
7.8.2.	Die Anmeldung der Änderung der Vertretungsbefugnis . . . . .	425
7.8.3.	Die Anmeldung der Vorstandsänderung beim Registergericht und ihr Inhalt . . . . .	425
7.8.4.	Vorzulegende Urkunden . . . . .	428
7.8.5.	Die Prüfung des Registergerichts . . . . .	429
7.8.6.	Die Zwischenverfügung; die Ablehnung der Eintragung . . . . .	429
7.8.7.	Die Eintragung der Änderungen im Vorstand und ihre Wirkung . . . . .	430
7.8.8.	Die Wiedereintragung des Vorstands im Wege der Löschung . . . . .	430
7.8.9.	Die formlose Mitteilung der erneuten Bestellung . . . . .	431
7.8.10.	Die Erzwingung der Anmeldung; die Rechte ausgeschiedener Vorstandsmitglieder; Amtslösung . . . . .	431
7.9.	Die Mitteilung an die Verleihungsbehörde . . . . .	431
8.	Die (grundsätzlich) dem Vorstand obliegende Vertretung des Vereins vor Gerichten und Verwaltungsbehörden . . . . .	432

## Inhaltsverzeichnis

---

8.1.	Allgemeines . . . . .	432
8.1.1.	Vertretungsgrundsätze und Ausnahmen . . . . .	432
8.1.2.	Keine gesetzliche oder satzungsmäßige Befugnis des Vorstands zur Vertretung von Vereinsmitgliedern . . . . .	433
8.1.3.	Einschränkungen der Vertretungsbefugnis des Vorstands . . . . .	433
8.1.4.	Der mehrgliedrige Vorstand als Vertretungsorgan . . . . .	434
8.2.	Die gerichtliche Vertretung im Einzelnen . . . . .	434
8.2.1.	Die Vertretung im Erkenntnisverfahren . . . . .	434
8.2.2.	Die Vertretung im Vollstreckungsverfahren (der ZPO) . . . . .	436
8.2.3.	Die Vertretung des Vereins in Verfahren auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung . . . . .	436
8.3.	Die Vertretung des Vereins durch den Vorstand bei Rechtsgeschäften mit Dritten . . . . .	438
8.4.	Das erkennbare Handeln für den Verein . . . . .	439
8.5.	Die Vertretung des Vereins im Innenverhältnis . . . . .	439
8.5.1.	Die Vertretung durch den Vorstand . . . . .	439
8.5.2.	Die Vertretung des Vereins im Innenbereich durch andere Organe . . . . .	439
8.6.	Der Umfang der (Außen-)Vertretungsbefugnis des Vorstands . . . . .	440
8.6.1.	Die nach dem Gesetz unbeschränkte (Außen-)Vertretungsmacht des Vorstands . . . . .	440
8.6.2.	Sachliche Vertretungsbeschränkungen durch die Satzung . . . . .	440
8.6.3.	Die Grenzen der satzungsmäßigen Beschränkung der Vertretungsbefugnis . . . . .	441
8.7.	Die Ausübung der Aktivvertretung beim mehrgliedrigen Vorstand . . . . .	442
8.7.1.	Gesamtvertretung oder mehrheitliche Vertretung . . . . .	442
8.7.2.	Satzungsgestaltungen . . . . .	442
8.7.3.	Mögliche Gestaltungen des Außenhandelns bei notwendiger gemeinsamer Vertretung . . . . .	443
8.7.4.	Verhinderung und Wegfall eines Gesamtvertreters . . . . .	445
8.7.5.	Widersprechende Erklärungen bei Einzelvertretungsbefugnis . . . . .	445
8.7.6.	Die Passivvertretung des Vereins durch jedes Mitglied des Vorstands . . . . .	446
8.7.7.	Die Vereinszurechnung von Umständen in der Person eines Gesamtvertreters . . . . .	447
8.7.7.1.	Die Wissens- bzw. Kenntnisszurechnung . . . . .	447
8.7.7.2.	Die Zurechnung von Willensmängeln und die Geltendmachung von Anfechtungen . . . . .	448
8.7.7.3.	Die Zurechnung tatsächlichen Verhaltens . . . . .	448
8.8.	Die zulässige und unzulässige gemischte Gesamtvertretung . . . . .	449
8.8.1.	Vertretung durch ein Vorstandsmitglied und durch den besonderen Vertreter . . . . .	449
8.8.2.	Vertretung durch Vorstand und Prokuristen bzw. Handlungsbewollmächtigten . . . . .	449
8.8.3.	Keine Gesamtvertretung durch Vorstand und Vereinsbediensteten . . . . .	449
8.9.	Gesetzliche Vertretungsbeschränkung durch § 181 BGB . . . . .	449
8.9.1.	Beschränkung der Vertretungsmacht bei In-Sich-Geschäften . . . . .	449
8.9.2.	Ausnahmen vom Vertretungsverbot, insbesondere die Gestattung . . . . .	451
8.9.3.	Registereintragung der Befreiung . . . . .	452

8.10.	Die Vertretung des Vereins durch einen Geschäftsführer oder durch einen Bevollmächtigten .....	453
8.10.1.	Zur heutigen Vertretungsstruktur von Verbänden .....	453
8.10.2.	Die Außenvertretung durch den Geschäftsführer .....	453
8.10.3.	Personalunion zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vereinsgeschäftsführer .....	453
8.11.	Die Vollmachterteilung durch den Vorstand .....	454
8.11.1.	Grundsätze .....	454
8.11.2.	Unzulässigkeit einer Generalvollmacht .....	454
8.11.3.	Grenzen des Weisungsrechts des Vorstands .....	455
8.12.	Die fehlerhafte Vertretung des Vereins .....	455
8.12.1.	Handeln für einen nicht existierenden Verein .....	455
8.12.2.	Handeln für den Verein durch einen nicht wirksam bestellten oder bereits ausgeschiedenen Vorstand .....	455
8.12.3.	Die Überschreitung der Vertretungsbefugnis durch den Vorstand sowie durch sonstige den Verein nach außen vertretende Personen .....	456
8.12.3.1.	Die grundsätzliche Eigenhaftung .....	456
8.12.3.2.	Keine Eigenhaftung des Vereinsvertreters bei Fahrlässigkeit des Vertragsgegners; zur Erkundigungspflicht über die Vertretungsverhältnisse in einem Verein .....	456
8.12.3.3.	Verpflichtung des Vereins trotz Überschreitung der Vertretungsbefugnis .....	456
8.12.3.4.	Haftung des Vereins oder seines Vertreters bei Verschulden bei einem Vertragsschluss .....	457
8.13.	Die Bindung des Vereins an eine Rechtsscheinsvollmacht .....	457
8.13.1.	Allgemeines .....	457
8.13.2.	Die Anscheinsvollmacht .....	458
8.13.3.	Die Duldungsvollmacht .....	458
8.14.	Der Missbrauch der Vertretungsbefugnis .....	459
9.	Die Beschlussfassung beim mehrgliedrigen Vorstand .....	460
9.1.	Allgemeines; gesetzliche Regelung .....	460
9.2.	Abdingbarkeit der gesetzlichen Regelung für Vorstandsbeschlüsse durch die Satzung .....	460
9.3.	Erweiterter Vorstand .....	460
9.4.	Keine Anwendung des § 28 BGB als Voraussetzung für ein gültiges Vertretungshandeln des Vorstands .....	460
9.5.	Sitzungsvorbereitung .....	461
9.5.1.	Zuständigkeit .....	461
9.5.2.	Einberufungszeitpunkt; Antragsrecht .....	461
9.5.3.	Ladung; Mitteilung der Tagesordnung; Einberufungsfrist .....	461
9.5.4.	Absage .....	462
9.6.	Sitzungsblauf .....	462
9.6.1.	Eröffnung und Schließung der Sitzung .....	462
9.6.2.	Insbesondere: Sitzungsleitung; grundsätzlich kein Recht des Leiters, ein Vorstandsmitglied durch Saalverweis von der Sitzung auszuschließen .....	462
9.6.3.	Teilnahmeberechtigung; keine Stellvertretung .....	462
9.6.4.	Nichtöffentlichkeit .....	462
9.6.5.	Anwesenheitsliste .....	463
9.6.6.	Gegenstand der Beratung und Abstimmung .....	463
9.6.7.	Beschlussfähigkeit .....	463
9.6.8.	Stimmrecht; Beschlussfassung; Vetorecht; Stichentscheid .....	464

## Inhaltsverzeichnis

---

9.6.9.	Stimmrechtsausschluss . . . . .	464
9.6.10.	Niederschrift . . . . .	464
9.7.	Vorstandsbeschlüsse außerhalb einer Sitzung . . . . .	465
9.8.	Entbehrlichkeit von Vorstandsbeschlüssen . . . . .	465
9.9.	Wirksamkeit und Fehlerhaftigkeit von Vorstandsbeschlüssen . . . . .	465
9.10.	Gerichtliche Nichtigkeitsfeststellung . . . . .	466
9.11.	Wirksame Aktivvertretung trotz Beschlussfehler. . . . .	467
10.	Der Vorstand als Geschäftsführungsorgan . . . . .	467
10.1.	Allgemeines . . . . .	467
10.1.1.	Der Begriff Geschäftsführung . . . . .	467
10.1.2.	Der Vorstand als Geschäftsführungsorgan, mögliche weitere Geschäftsführungsorgane . . . . .	468
10.2.	Die Aufteilung der Gegenstände der Gesamtgeschäftsführung auf einzelne Sachgebiete (Ressorts). . . . .	468
10.2.1.	Der Grundsatz vom Gleichlauf von Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis . . . . .	468
10.2.2.	Gründe für eine Ressortaufteilung . . . . .	468
10.2.3.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage . . . . .	469
10.2.4.	Die Zuweisungsfähigkeit . . . . .	469
10.2.5.	Die schriftliche Zuweisung. . . . .	470
10.2.6.	Die erforderliche Qualifikation . . . . .	470
10.2.7.	Vorrangige Zuständigkeit des Ressortleiters; Überwachungspflicht der übrigen Mitglieder des Kollegiums . . . . .	470
10.2.8.	Die Beschränkung der Ressortzuweisung auf das Haushaltswesen . . . . .	471
10.2.9.	Änderung und Aufhebung der Ressortzuweisung . . . . .	471
10.2.10.	Die Delegierung von Geschäftsführungsaufgaben auf Mitarbeiter. . . . .	472
10.3.	Die Geschäftsführung nach Auftragsgrundsätzen; die Weisungsgebundenheit des Vorstands und die Grenzen der Folgepflicht . . . . .	472
10.3.1.	Die einschlägigen Auftragsbestimmungen des BGB . . . . .	472
10.3.2.	Der Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen; Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch eine zu Unrecht erhobene Beschuldigung als Organmitglied entstanden sind . . . . .	473
10.3.3.	Die Weisungsgebundenheit und die Grenzen der Folgepflicht . . . . .	474
10.4.	Insbesondere: die Vermögensverwaltung . . . . .	475
10.4.1.	Allgemeines . . . . .	475
10.4.2.	Der Verein als Träger des Vereinsvermögens . . . . .	475
10.4.3.	Die Regelung der Vereinsfinanzwirtschaft in einer Finanzordnung. . . . .	475
10.4.4.	Der Haushaltsplan . . . . .	476
10.4.5.	Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten . . . . .	476
10.5.	Die Prüfung der Vermögensverwaltung des Vorstands . . . . .	477
10.5.1.	Gesetzliche Pflichtprüfungen . . . . .	477
10.5.2.	Freiwillige Prüfung durch Außenstehende . . . . .	478
10.5.3.	Vereinsinterne Prüfung durch Rechnungsprüfer, Revisoren oder Kassenprüfer . . . . .	478
10.6.	Die Entlastung des Vorstands, eines sonstigen Vereinsorgans sowie des Geschäftsführers . . . . .	479
10.6.1.	Satzungsregelungen . . . . .	479
10.6.2.	Die Funktion der Entlastung . . . . .	479
10.6.3.	Die Rechtsnatur der Entlastung . . . . .	480

## Inhaltsverzeichnis

---

10.6.4.	Der Entlastungszeitraum . . . . .	480
10.6.5.	Die Entlastung in persönlicher Hinsicht . . . . .	481
10.6.6.	Der Beschluss über die Entlastung oder Nichtentlastung . . . . .	481
10.6.6.1.	Die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung . . . . .	481
10.6.6.2.	Die erforderliche Ankündigung in der Tagesordnung . . . . .	481
10.6.6.3.	Einzel- und Gesamtabstimmung über die Entlastung; Stimmverbote . . . . .	482
10.6.6.4.	Bedeutung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts des Vorstands für das Stimmverhalten . . . . .	482
10.6.6.5.	Die grundsätzliche Freiheit des Abstimmungsverhaltens; unzulässige Beeinflussungen . . . . .	483
10.6.6.6.	Mehrheiten . . . . .	483
10.6.6.7.	Der Inhalt des Entlastungsbeschlusses; konkludente Entlastung . . . . .	483
10.6.6.8.	Zur Zulässigkeit der Aufhebung eines Entlastungs- bzw. Nichtentlastungsbeschlusses . . . . .	484
10.6.6.9.	Die Vertagung der Entlastungsentscheidung . . . . .	484
10.6.7.	Die Präklusionswirkung der Entlastung im Einzelnen . . . . .	484
10.6.8.	Keine Präklusion beim Verein im Insolvenzverfahren . . . . .	485
10.6.9.	Die vereinsinterne Wirkung der Entlastung . . . . .	485
10.6.10.	Die fehlerhafte Entlastungsentscheidung . . . . .	486
10.6.10.1.	Nichtigkeit . . . . .	486
10.6.10.2.	Sonstige Fehler . . . . .	486
10.6.10.3.	Die Nichtigkeitsfeststellung . . . . .	486
10.6.11.	»Durchschlagen« eines Entlastungsfehlers auf anschließende Vorstandswahlen . . . . .	486
10.6.12.	Die (Un-) Zulässigkeit der Entlastungsklage; die Klage auf Feststellung des Nichtbestehens von Vereinsansprüchen . . . . .	487
10.6.12.1.	Allgemeines . . . . .	487
10.6.12.2.	Kein Anspruch auf Entlastung . . . . .	487
10.6.12.3.	Ausnahmsweise zulässige Entlastungsklage . . . . .	487
10.6.12.4.	Die zulässige Klage auf Feststellung des Nichtbestehens von Vereinsansprüchen . . . . .	488
10.6.13.	Entscheidung der Mitgliederversammlung über die Verfolgung von Ansprüchen gegen nicht entlastete Organmitglieder . . . . .	488
10.6.14.	Die Generalbereinigung . . . . .	488
10.7.	Die Pflicht des Vorstands zur Stellung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . . .	489
10.7.1.	Der Insolvenzgrund Überschuldung . . . . .	489
10.7.2.	Der Insolvenzgrund Zahlungsunfähigkeit . . . . .	489
10.7.3.	Die gesetzliche und organ schaftliche Pflicht des Vorstands zur Antragstellung bei einem Insolvenzgrund . . . . .	489
10.7.4.	Die Antragspflicht des faktischen Vorstands . . . . .	490
10.7.5.	Insolvenzverfahren; Haftung des Vorstands (Hinweis) . . . . .	490
10.8.	Die Erfüllung der den Verein treffenden steuerlichen Pflichten durch den Vorstand (die Liquidatoren) . . . . .	490
10.8.1.	Die steuerlichen Pflichten (Übersicht) . . . . .	490
10.8.2.	Die Pflichterfüllung durch den Vorstand (die Liquidatoren) . . . . .	491
10.8.3.	Die Pflichterfüllung durch einen gem. § 81 AO bestellten Vertreter . . . . .	491
10.8.4.	Der Beginn und das Ende der steuerlichen Vertretung . . . . .	491
10.8.5.	Die steuerliche Haftung . . . . .	492
10.9.	Die Bedeutung des Bundesdatenschutzgesetzes für den Verein . . . . .	492
10.9.1.	Schutzbereich . . . . .	492

## Inhaltsverzeichnis

---

10.9.2.	Die Datenerhebung . . . . .	492
10.9.3.	Wahrung des Datengeheimnisses; Verpflichtung des Vorstands. . . . .	492
10.9.4.	Die Bekanntgabe der Mitgliederanschriften an Mitglieder zur Wahrung der Minderheitsrechte nach § 37 BGB durch den Verein . . . . .	493
10.9.5.	Weitergabe von Mitgliederdaten an Nichtvereinsmitglieder . . . . .	493
10.9.6.	Zum Erfordernis der Bestellung eines Datenschutzbeauftragten und zu dessen Rechtsstellung . . . . .	494
10.9.7.	Bei Fehlen einer gesetzlichen Verpflichtung zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, Sicherstellung des Datenschutzes durch den Vorstand . . . . .	494
10.9.8.	Haftungsfragen . . . . .	495
10.9.9.	Keine Geltung des BDSG für korporative Vereinsmitglieder. . . . .	495
10.9.10.	Datenschutzrechtliche Verpflichtungen des Vereins als Arbeitgeber . . . . .	496
11.	Rechtsfragen zu Vereinszeitschriften . . . . .	496
11.1.	Allgemeines, insbesondere Satzungserfordernisse, Zuständigkeit . . . . .	496
11.2.	Die Beachtung der Landespressgesetze . . . . .	497
11.3.	Der presserechtliche Gegendarstellungsanspruch . . . . .	497
11.4.	Die gerichtliche Geltendmachung . . . . .	499
11.5.	Zivilgerichtlicher Berichtigungs- bzw. Widerrufsanspruch, Schadensersatz in Geld. . . . .	499
12.	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Vorstandes und sonstiger Organpersonen sowie von Bevollmächtigten wegen Veruntreuung von Vereinsvermögen . . . . .	500
12.1.	Strafvorschrift . . . . .	500
12.2.	Verantwortliche Personen: Vorstand und andere Organmitglieder. . . . .	500
12.3.	Die Pflicht zur Vermögensbetreuung und ihre Verletzung . . . . .	501
12.4.	Zum gerechtfertigten Verhalten auf Grund Zustimmung der Mitgliederversammlung . . . . .	503
12.5.	Die erforderliche Schädigung des Vereinsvermögens. . . . .	504
12.6.	Vorsatz . . . . .	504
12.7.	Tatbeteiligungen . . . . .	504
12.8.	Zur Untreue wegen Empfangnahme von Vergütungen bzw. überhöhter Aufwandsentschädigungen durch Vorstands- oder sonstige Organmitglieder . . . . .	505
4.	Abschnitt. Weitere Vereinsorgane . . . . .	506
1.	Der besondere Vertreter. . . . .	506
1.1.	Bestellung kraft Satzungsanordnung . . . . .	506
1.2.	Der Verbandsgeschäftsführer . . . . .	507
1.3.	Bestellungsorgan; Amtsfähigkeit. . . . .	507
1.4.	Anstellung . . . . .	507
1.5.	Arbeitsrechtliche Behandlung des besonderen Vertreters . . . . .	508
1.6.	Personalunion zwischen Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer . . . . .	508
1.7.	Ausschließliche Innenbereichszuständigkeit des besonderen Vertreters. . . . .	508
1.8.	Innen- und Außenzuständigkeit. . . . .	508
1.9.	Von der Satzung/dem Gesetz nicht gedeckte Vertretung. . . . .	509
1.10.	Die Beendigung der Organstellung . . . . .	510
1.11.	Parteivernehmung des besonderen Vertreters . . . . .	510

1.12.	Die Eintragungen im Vereinsregister . . . . .	510
1.13.	Analoge Anwendung des § 64 BGB auf den besonderen Vertreter. . . . .	510
1.14.	Der Haftungsvertreter (Repräsentantenhaftung) . . . . .	511
2.	<b>Die fakultativen Vereinsorgane . . . . .</b>	512
2.1.	Der Aufsichtsrat . . . . .	512
2.2.	Der Ausschuss und der Hauptausschuss . . . . .	514
2.3.	Das Präsidium, der geschäftsführende bzw. erweiterte Vorstand und der Gesamtvorstand . . . . .	514
2.4.	Das für die Durchsetzung der Vereinsordnung zuständige Organ (Rechtsorgan) . . . . .	514
V.	<b>Die Ordnung im Verein und deren Durchsetzung . . . . .</b>	516
1.	<b>Die autonome Vereinsordnung mit disziplinären Folgen . . . . .</b>	516
1.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage . . . . .	516
1.1.1.	Allgemeines . . . . .	516
1.1.2.	Die erforderliche Normierung des sanktionsbedrohten Verhaltens; der Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	516
1.1.3.	Vereinsbezogene Verhaltensbestimmungen mit Sanktionsandrohung . . . . .	517
1.1.4.	Zur Strafbefugnis wegen eines nicht unmittelbar vereinsbezogenen Verhaltens, insbesondere wegen der staatlichen Bestrafung eines Mitglieds ohne unmittelbaren Vereinsbezug . . . . .	517
1.1.5.	Durch Satzungsänderung neu eingeführte Verhaltensbestimmungen . . . . .	519
1.1.6.	Maßgeblichkeit der Sanktionsbestimmung zur Zeit der Tat . . . . .	519
1.1.7.	Die ausnahmsweise zulässige Sanktion ohne satzungsmäßige Verhaltensfestlegung . . . . .	519
1.1.8.	Verhaltenspflichten auf Grund Fremdsatzung oder -ordnung . . . . .	519
1.1.9.	Die Zurechnung des Verhaltens eines Dritten . . . . .	520
1.1.10.	Unzulässigkeit von satzungsmäßigen Sanktionen zur Erfüllung vertraglicher Pflichten . . . . .	521
1.2.	Die Rechtsfolgen von Ordnungsverstößen . . . . .	521
1.2.1.	Der Begriff Vereinsstrafe; keine Vertragsstrafe . . . . .	521
1.2.2.	Vertragsstrafen gegen Mitglieder und Nichtmitglieder . . . . .	521
1.2.3.	Erfordernisse einer Vertragsstrafenvereinbarung an Stelle einer Vereinsstrafe . . . . .	522
1.2.4.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage für die Festsetzung eines Ordnungsmittels . . . . .	523
1.2.5.	Übliche Vereinsstrafen . . . . .	523
1.2.6.	Zum Verschulden . . . . .	524
1.2.7.	Zum Verschuldensnachweis bei Doping . . . . .	525
1.2.7.1.	Satzungsregelungen . . . . .	525
1.2.7.2.	Fehlen von Verbandsregelungen . . . . .	526
1.2.7.3.	Exkurs: Dopingeinwand und Spielwertung . . . . .	527
1.2.8.	Die Sanktionsvoraussetzungen Vereinsmitgliedschaft oder vertragliche Unterwerfung . . . . .	527
1.2.9.	Keine unzulässige Drittewirkung . . . . .	527
2.	<b>Die Ausschließung aus dem Verein . . . . .</b>	528
2.1.	Formen der einseitigen Beendigung des Mitgliedschaftsverhältnisses durch den Verein . . . . .	528
2.2.	Die freie Ausschließung (Kündigung) kraft Satzungsanordnung . . . . .	528
2.3.	Faktische Ausschließungen . . . . .	529

## Inhaltsverzeichnis

---

2.4.	Verlust der Mitgliedschaft durch Satzungsänderung . . . . .	530
2.5.	Die automatische Beendigung der Mitgliedschaft kraft Satzungsanordnung . . . . .	530
2.6.	Die Ausschließung eines Mitglieds wegen Verwirklichung eines satzungsmäßig festgelegten Grundes . . . . .	531
2.6.1.	Satzungsmäßige Grundlage: Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Mitgliedschaftsverhältnisses . . . . .	531
2.6.2.	Der gelockerte Bestimmtheitsgrundsatz . . . . .	531
2.6.3.	Zum Verschulden . . . . .	531
2.6.4.	Kein Ausschluss eines Nichtmitglieds; grundsätzlich auch kein wirksamer Ausschluss eines Ehrenmitglieds . . . . .	532
2.7.	Die Ausschließung aus dem Verein aus einem wichtigen Grund bei Fehlen eines in der Satzung benannten konkreten Ausschlusstatbestandes . . . . .	532
2.7.1.	Grundsätzlich kein Vereinsausschluss aus wichtigem Grund bei Benennung konkreter Ausschlusstatbestände in der Satzung . . .	532
2.7.2.	Der wichtige Ausschließungsgrund . . . . .	533
2.7.3.	Fälle möglicher Ausschlussgründe und Verneinung solcher Gründe . . . . .	533
2.7.4.	Ausschluss einer Vereinsminderheit . . . . .	533
2.7.5.	Frage des Verschuldens . . . . .	534
2.7.6.	Ausschließungsermessens . . . . .	534
2.7.7.	Verfahrensfragen . . . . .	534
2.8.	Ausschluss von Organmitgliedern; Unwirksamkeit des Ausschlusses von Vorstandskollegen; Ausnahmen . . . . .	534
2.9.	Die bedingte und die zeitweise Ausschließung . . . . .	535
2.10.	Die Ausschließung auf Grund echt und unecht rückwirkender Satzungsänderungen . . . . .	535
2.11.	Ausschluss als ultima ratio . . . . .	536
2.12.	Fälle nichtiger Vereinsausschließungen . . . . .	536
2.13.	Folgewirkungen gerichtlich für unwirksam erklärter Vereinsausschließungen . . . . .	537
3.	Ordnungsmaßnahmen des Vereins ohne disziplinären Charakter . . . . .	537
4.	Das Verfahren zur Durchsetzung der Vereinsordnung . . . . .	538
4.1.	Die Organzuständigkeit . . . . .	538
4.1.1.	Die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung oder des Vorstands . . . . .	538
4.1.2.	Die Zuständigkeit von Vereinsgerichten . . . . .	539
4.1.2.1.	Die Befugnis des Vereins zur Anordnung einer eigenen Gerichtsbarkeit . . . . .	539
4.1.2.2.	Satzungserfordernisse . . . . .	539
4.1.2.3.	Das Vereinsgericht als Organ des Vereins . . . . .	539
4.2.	Der persönliche Geltungsbereich der Vereinsgerichtsbarkeit . . .	540
4.2.1.	Beginn und Ende bei Mitgliedern . . . . .	540
4.2.2.	Organmitglieder ohne Vereinsmitgliedschaft . . . . .	540
4.2.3.	Die Verbindlichkeit der Verbandsgerichtsbarkeit bei Zentralvereinen; Unterwerfungsverhältnisse . . . . .	540
4.3.	Der sachliche Geltungsbereich der Vereinsgerichtsbarkeit . . . .	541
4.3.1.	Disziplinärer Ordnungsbereich . . . . .	541
4.3.1.1.	Ausschließungsstreitigkeiten . . . . .	541
4.3.1.2.	Streitigkeiten aus dem disziplinären Ordnungsbereich . . . .	541
4.3.2.	Nichtdisziplinärer Ordnungsbereich . . . . .	541
4.3.2.1.	Rechtsstatsächliches . . . . .	541

4.3.2.2.	Die Nachprüfung von Beschlüssen von Vereinsorganen . . . . .	541
4.3.2.3.	Die Zuweisung von Organstreitigkeiten. . . . .	541
4.3.2.4.	Die Zuweisung nichtdisziplinärer Streitigkeiten zwischen dem Verein (Verband) und seinen Mitgliedern. . . . .	542
4.3.2.5.	Die Zuweisung von Streitigkeiten unter Mitgliedern, die sich aus dem Mitgliedschaftsverhältnis ergeben. . . . .	542
4.4.	Verfahrensgrundsätze . . . . .	543
4.4.1.	Verfahrensordnung des Vereins; Vorschusspflicht . . . . .	543
4.4.2.	Die Verfahrenseinleitung . . . . .	543
4.4.2.1.	Die Antragstellung in Ordnungsverfahren mit disziplinärem Charakter sowie beim Vereinsausschluss. . . . .	543
4.4.2.2.	Zur Zulässigkeit eines Rehabilitationsverfahrens . . . . .	544
4.4.2.3.	Die amtswegige Einleitung eines Disziplinar-Ordnungsverfahrens durch besondere Kontrollorgane . . . . .	544
4.4.2.4.	Die Beachtung etwaiger Fristen . . . . .	544
4.4.2.5.	Keine Zuständigkeit des Vorstands zur Ausschließung von Vorstandskollegen oder von Mitgliedern anderer Vereinsorgane . . . . .	545
4.4.2.6.	Die Verwirkung des Anspruchs auf Verhängung von disziplinären Ordnungsmaßnahmen einschließlich des Ausschließungsrechts . . . . .	545
4.4.2.7.	Die Prüfung bei Einleitung eines Ordnungsverfahrens . . . . .	546
4.4.3.	Das Verfahren bis zur Beratung über den Ordnungstatbestand . . . . .	546
4.4.3.1.	Die Mitteilung der Tagesordnung im Falle der Zuständigkeit der Mitgliederversammlung oder des Vorstands . . . . .	546
4.4.3.2.	Satzungsmäßige Besetzung des Ordnungsorgans; Ersatzzuständigkeit der Mitgliederversammlung . . . . .	546
4.4.3.3.	Keine Mitwirkungspflicht des »Beschuldigten«. . . . .	547
4.4.3.4.	Die Gewährung rechtlichen Gehörs . . . . .	547
4.4.3.5.	Die Entscheidung vorbereitende Maßnahmen; der u. U. erforderliche Sühnever such . . . . .	548
4.4.4.	Verfahrensgrundsätze für die Beratung bzw. Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme . . . . .	549
4.4.4.1.	Die Ablehnung von Mitgliedern des Ordnungsorgans . . . . .	549
4.4.4.2.	Zur Frage der Zulassung von Vertretern eines Mitglieds, insbesondere eines Rechtsanwalts . . . . .	549
4.4.5.	Entscheidungsgrundsätze bei Ordnungsmaßnahmen . . . . .	550
4.4.5.1.	Die eigenständige Verhaltensbeurteilung . . . . .	550
4.4.5.2.	Zum Ermessen, eine Ordnungsmaßnahme zu verhängen . . . . .	551
4.4.5.3.	Die Beachtung der Treuepflicht und des Gleichbehandlungsgrundsatzes . . . . .	551
4.4.5.4.	Die Beachtung des Grundsatzes »ne bis in idem« . . . . .	552
4.4.5.5.	Keine Verfahrensmitwirkung eines durch den Ordnungsverstoß unmittelbar betroffenen Mitglieds oder Organmitglieds oder bei »Richten in eigener Sache« . . . . .	552
4.4.5.6.	Selbstablehnung des durch eine Ordnungswidrigkeit verletzten Mitglieds eines Ordnungsorgans . . . . .	552
4.4.5.7.	Zuständigkeit der Mitgliederversammlung bei Betroffenheit des an sich zuständigen Vorstands . . . . .	553
4.4.5.8.	Zum Stimmrechtsausschluss des Betroffenen im Falle der Zuständigkeit der Mitgliederversammlung für die Entscheidung über Ordnungsmaßnahmen . . . . .	553
4.4.5.9.	Einzelabstimmung bei Ordnungsverfahren gegen mehrere Mitglieder; zum Stimmrechtsausschluss . . . . .	553
4.4.5.10.	Kein Stimmrechtsausschluss wegen Vorbefassung . . . . .	553

## Inhaltsverzeichnis

---

4.4.5.11.	Beachtung der zur Tatzeit geltenden Vereinssanktionsbestimmungen . . . . .	553
4.4.5.12.	Erforderliche Abstimmungsmehrheiten . . . . .	553
4.4.6.	Bekanntgabe der Ordnungsentscheidung an den Betroffenen. . . . .	554
4.4.6.1.	Grundsätzliche Bekanntgabe des Vereinsausschlusses durch den Vorstand . . . . .	554
4.4.6.2.	Bekanntgabe anderer Ordnungsentscheidungen . . . . .	554
4.4.6.3.	Satzungsbestimmungen zur Eröffnung bzw. zum Zugang der Ordnungsentscheidung . . . . .	554
4.4.7.	Die Wirksamkeit der Ordnungsentscheidung . . . . .	555
4.4.8.	Zum Erfordernis der Begründung einer Vereinsordnungsmaßnahme . . . . .	555
4.4.9.	Zur Kostengrundentscheidung . . . . .	556
4.4.10.	Ersatz von Anwaltskosten durch den Verein im Falle einer unbegründeten Anschuldigung . . . . .	556
4.4.11.	Nach bestandskräftiger Ablehnung einer Ordnungsmaßnahme grundsätzlich keine Neubehandlung . . . . .	557
4.4.12.	Zur Zulässigkeit der erneuten Entscheidung über eine Vereinsstrafe und ihrer Aufhebung durch die letzte zuständige Vereinsinstanz . . . . .	557
4.5.	Zulässigkeit der Bekanntgabe einer Vereinsstrafe an die Mitglieder sowie deren Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift . . . . .	557
4.6.	Tatsachenentscheidungen des (Sport-)Schiedsrichters und deren eingeschränkte vereins- und staatsgerichtliche Nachprüfung . . . . .	558
4.6.1.	Rechtsgrundlagen . . . . .	558
4.6.2.	Der Begriff Tatsachenentscheidungen . . . . .	559
4.6.3.	Fehlerhafte Regelanwendung . . . . .	560
4.6.4.	Ausnahmsweise verbands- und staatsgerichtliche Nachprüfung von Tatsachenentscheidungen . . . . .	560
5.	Vereinsinterne Rechtsmittel im disziplinären und nichtdisziplinären Ordnungsbereich . . . . .	561
5.1.	Satzungsmäßige Belehrung der Rechtsfolgen der Nichtanrufung oder nicht rechtzeitigen Anrufung einer vereinsinternen Rechtsmittelinstanz . . . . .	561
5.2.	Vor einer gerichtlichen Klage grundsätzlich Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelwegs . . . . .	561
5.3.	Satzungsmäßige Festlegung des Rechtsmittelweges; zur Zulässigkeit einer bloßen Verfahrensordnung . . . . .	561
5.4.	Vereinsregelungserfordernisse im Einzelnen . . . . .	562
5.4.1.	Bestimmung der Rechtsmittelinstanz . . . . .	562
5.4.2.	Bestimmung des Rechtsmittelberechtigten . . . . .	562
5.4.3.	Form der Rechtsmitteleinlegung . . . . .	562
5.4.4.	Bestimmung einer Frist zur Rechtsmitteleinlegung; Verwirkung im Falle des Fehlens einer solchen Anordnung . . . . .	562
5.4.5.	Beschränkung der Rechtsmittelbefugnis . . . . .	563
5.4.6.	Zahlung eines Kostenvorschusses; Folgen der Nichtentrichtung . . . . .	563
5.4.7.	Verfahrensgrundsätze für die Rechtsmittelinstanz . . . . .	563
5.4.7.1.	Beachtung nur elementarer Verfahrensgrundsätze . . . . .	563
5.4.7.2.	Zweite Instanz grundsätzlich Fortsetzung der ersten Instanz . . . . .	563
5.4.7.3.	Dritte Vereinsinstanz als Rechtsbeschwerdeinstanz . . . . .	564
5.5.	Im disziplinären Bereich grundsätzlich aufschiebende Wirkung eines Rechtsmittels; Ausnahmen . . . . .	564

<b>VI. Vereinsstreitigkeiten vor Gericht . . . . .</b>	<b>565</b>
<b>1. Abschnitt. Vereinsstreitigkeiten vor dem ordentlichen Gericht . . . . .</b>	<b>565</b>
1. Allgemeine Grundsätze . . . . .	565
1.1. Der Begriff Vereinsstreitigkeit; Zuständigkeit der ordentlichen (Zivil-)Gerichte . . . . .	565
1.2. Grundsätzlich kein satzungsmäßiger Ausschluss des Rechtsweges zum (Schieds-)Gericht . . . . .	565
1.2.1. Der Grundsatz . . . . .	565
1.2.2. Die Ausnahmen . . . . .	566
1.3. Zur Anrufung des Staatsgerichts bzw. Schiedsgerichts bei Versäumung des vereinsinternen Rechtsmittelweges und bei satzungsmäßigen Klagefristen sowie zur Verwirkung des Klagerechts . . . . .	566
1.3.1. Gerichtliche Anfechtung von Vereinsmaßnahmen ohne Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelweges bei fehlender satzungsmäßiger Belehrung . . . . .	566
1.3.2. Gesetzliche und satzungsmäßige Klagefristen . . . . .	567
1.3.3. Zur Verwirkung des Klagerechts . . . . .	567
1.4. Notwendigkeit und Entbehrlichkeit der Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelweges (Vorschaltverfahren) . . . . .	569
1.4.1. Der Grundsatz . . . . .	569
1.4.2. Ausnahmen . . . . .	569
1.4.3. Grundsätzliche vorherige Anrufung der Mitgliederversammlung vor einer Klage bei Streit unter Vorstandsmitgliedern oder unter Mitgliedern sonstiger Vereinsorgane . . . . .	570
2. Die sachliche Zuständigkeit eines Amts- oder Landgerichts . . . . .	570
2.1. Die erstinstanzielle Zuständigkeit eines Landgerichts . . . . .	570
2.2. Die erstinstanzielle Zuständigkeit eines Amtsgerichts . . . . .	570
2.3. Zum Streitwert in Vereinsstreitigkeiten . . . . .	570
2.4. Die örtliche Zuständigkeit . . . . .	573
2.4.1. Klagen gegen den Verein . . . . .	573
2.4.2. Klagen des Vereins gegen seine Mitglieder oder der Mitglieder gegeneinander . . . . .	574
2.4.3. Beginn und Ende dieser Sitzgerichtsstände . . . . .	575
2.4.4. Der Gerichtsstand im Falle der Vereinsinsolvenz . . . . .	575
3. Der Verein (Insolvenzverwalter) als Partei; die gesetzliche Vertretung des Vereins . . . . .	575
3.1. Die Parteifähigkeit . . . . .	575
3.1.1. Beginn der Parteifähigkeit des rechtsfähigen Vereins . . . . .	575
3.1.2. Ende der Parteifähigkeit des rechtsfähigen Vereins . . . . .	575
3.1.3. Die Parteifähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins im Zivilprozess . . . . .	576
3.1.4. Die aktive und passive Parteifähigkeit von Vereinsuntergliederungen . . . . .	576
3.2. Der Insolvenzverwalter als Partei . . . . .	577
4. Die Vertretung des Vereins . . . . .	578
5. Zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe an den Verein . . . . .	578
6. Mögliche Klagen bei Vereinsstreitigkeiten . . . . .	578
6.1. Die Feststellungsklage . . . . .	578
6.1.1. Allgemeines . . . . .	578
6.1.2. Mögliche Klaganträge . . . . .	578
6.1.3. Die Beschränkung der Feststellungsklage auf Beschlussteile . . . . .	579

## Inhaltsverzeichnis

---

6.1.4.	Zur Pflicht eines Mitglieds zur Erhebung einer Feststellungsklage aus dem Treuegedanken heraus .....	579
6.1.5.	Die Klageberechtigten und das Feststellungsinteresse .....	579
6.1.6.	Der Verein als (grundsätzlich) Beklagter .....	580
6.1.7.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast bei Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung .....	581
6.1.7.1	Allgemeine Grundsätze .....	581
6.1.7.2.	Verfahrensrechtliche Pflichten des Anfechtungsklägers .....	582
6.1.7.3.	Sekundärpflichten des Vereins .....	582
6.1.7.4.	Darlegungs- und Beweislast des Vereins bei ins Feld geführten Verfahrensfehlern .....	582
6.1.7.5.	Offensichtliche Irrelevanz und offensichtliche Relevanz .....	583
6.1.7.6.	Ausnahmsweise Beweisbelastung des anfechtenden Mitglieds bei der Protokollgenehmigung .....	583
6.1.7.7.	Beweisbelastung des Vereins für materielle Fehlerfreiheit .....	583
6.1.8.	Rechtskraftwirkung .....	584
6.1.9.	Die positive Beschlussfeststellungsklage .....	584
6.1.10.	Grundsätzlich keine gerichtliche Anfechtung negativer Sachbeschlüsse .....	585
6.1.11.	Die Feststellungsklage des Vereins gegen den abberufenen Vorstand .....	585
6.2.	Die Leistungsklage .....	585
6.2.1.	Die Aufnahmeklage .....	585
6.2.2.	Klage des Vereins gegen Mitglieder .....	585
6.2.3.	Die Einrede der Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit eines Versammlungsbeschlusses .....	586
6.2.4.	Die Mitgliederklage (im engeren Sinne) gegen den Verein wegen unmittelbarer Rechtsverletzung .....	586
6.2.5.	Die Klage des ehrenamtlich für den Verein tätigen Mitglieds auf Freistellung von einer Verbindlichkeit nach Übernahme einer gefahrgeneigten Tätigkeit .....	587
6.2.6.	Klage des Mitglieds gegen den Verein wegen unberechtigten Ausschlusses .....	587
6.2.7.	Klage des Mitglieds gegen den Verein und/oder gegen den Vorstand wegen schuldhafter Verletzung der Verkehrssicherungspflicht .....	587
6.2.8.	Zur Klage eines Mitglieds gegen den Verein wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts .....	587
6.2.9.	Klage eines Mitglieds eines Züchtervereins gegen diesen auf Schadensersatz wegen fehlerhafter Verweigerung der Eintragung eines gekörten Tieres in das Zuchtbuch .....	588
6.2.10	Klage eines Sportvereins gegen den Sportverband auf Schadensersatz wegen unberechtigten Punkteabzugs .....	588
6.2.11.	Gerichtliche Anfechtung von Beschlüssen der Delegiertenversammlung eines Zentralverbandes durch ein Mitglied ohne Delegiertenstellung .....	588
6.2.12.	Klage von Mitgliedern gegen den Verein und gegen Organmitglieder oder nur gegen Organmitglieder .....	588
6.2.13.	Keine Widerrufsklage vor oder während der Anhängigkeit eines Vereinsordnungsverfahrens .....	588
6.2.14.	Zur Zulässigkeit der Mitgliederklage – <i>actio pro socio</i> – beim Verein .....	589
6.2.15.	Die Klagen von Mitgliedern gegeneinander .....	590

6.3.	Die Gestaltungsklage . . . . .	590
6.3.1.	Grundsätzliches zur Gestaltungsklage. . . . .	590
6.3.2.	Mögliche Gestaltungsklagen. . . . .	590
6.4.	Organstreitigkeiten . . . . .	591
6.4.1.	Der Begriff. . . . .	591
6.4.2.	Die Leistungsklage des Vereins gegen Organmitglieder . . . . .	591
6.4.2.1.	Mögliche Klagen . . . . .	591
6.4.2.2.	Darlegungs- und Beweislast bei Schadensersatzklagen wegen pflichtwidriger Amtsführung. . . . .	591
6.4.3.2.	Der Ausgleichsanspruch des Vereins gegen ein Organmitglied . . .	592
6.4.3.	Die Klage des Vorstands wegen Nichtentlastung . . . . .	593
6.4.3.1.	Die Beschlussfeststellungsklage. . . . .	593
6.4.3.2.	Die Leistungsklage auf Entlastung . . . . .	593
6.4.3.3.	Die Klage auf Beschlussfassung über die Entlastung. . . . .	593
6.4.3.4.	Die negative Feststellungsklage bei Verweigerung der Entlastung und Fehlen eines besonderen Entlastungsanspruchs. . . . .	593
6.4.4.	Klage des Vorstands gegen seine Abberufung . . . . .	594
6.4.5.	Streitigkeiten zwischen Vereinsorganen; erforderliche Anrufung der Mitgliederversammlung vor einer Feststellungsklage . . . . .	594
6.4.6.	Streitigkeiten zwischen verschiedenen Organen dieselben Vereins . . . . .	594
7.	Die gerichtlichen Prüfungen bei Vereinsstreitigkeiten . . . . .	595
7.1.	Die Inhaltskontrolle von Vereinsregelungen und -maßnahmen . .	595
7.1.1.	Gesetzmäßigkeitskontrolle und Inhaltskontrolle. . . . .	595
7.1.2.	Kritik und Zustimmung . . . . .	596
7.1.3.	Keine Inhaltskontrolle bei Satzungen und Maßnahmen von Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften bei fehlender Außenwirkung . . . . .	597
7.2.	Die gerichtlichen Prüfungen bei disziplinären Ordnungsmaßnahmen einschließlich des Vereinsausschlusses. . . . .	598
7.2.1.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen disziplinären Ordnungsmaßnahmen und Ausschließung . . . . .	598
7.2.2.	Übersicht über die gerichtlichen Prüfungen . . . . .	598
7.2.3.	Volle Nachprüfung der formellen Ordnungsmäßigkeit. . . . .	599
7.2.3.1.	Vorschaltverfahren . . . . .	599
7.2.3.2.	Erstreckung der Vereinsordnungsgewalt auf den Betroffenen . .	599
7.2.3.3.	Satzungsmäßige Grundlage der Ordnungsmaßnahme . . . . .	599
7.2.3.4.	Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens nach Gesetz und Satzung .	599
7.2.3.5.	Prüfung der Beachtung allgemein gültiger, ungeschriebener Verfahrensgrundsätze . . . . .	600
7.2.3.6.	Prüfung der Ordnungsmaßnahme auf Vereinbarkeit mit dem staatlichen Recht . . . . .	601
7.2.4.	Die unbeschränkte staatsgerichtliche Sachverhaltskontrolle . .	601
7.2.5.	Die beschränkte Nachprüfung der Subsumtion des festgestellten Sachverhalts unter eine Sanktionsnorm bei Vereinen ohne Aufnahmefzwang . . . . .	602
7.2.6.	Der Willkürtatbestand . . . . .	602
7.2.7.	Die grobe Unbilligkeit . . . . .	602
7.2.8.	Die uneingeschränkte Prüfung des wichtigen Grundes bei einem nicht in der Satzung geregelten Ausschluss. . . . .	603
7.2.9.	Die Billigkeitsprüfung bei Ausschluss aus einem Verein mit Aufnahmefzwang . . . . .	603
7.2.10.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast . . . . .	604

## Inhaltsverzeichnis

---

7.2.11.	Im Prozess kein Nachschieben von Gründen . . . . .	604
7.2.12.	Die staatsgerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit einer Vereinsmaßnahme; keine abändernde oder ersetzende Entscheidung der Vereinsinstanz . . . . .	605
7.2.13.	Einrede der Nichtigkeit . . . . .	605
7.3.	Die gerichtliche Überprüfung von nichtdisziplinären Ordnungsmaßnahmen von Verbänden und Vereinen . . . . .	606
7.3.1.	Beispiele für solche Streitfälle . . . . .	606
7.3.2.	Zur Prüfungsbefugnis des Gerichts bei nichtdisziplinären Ordnungsentscheidungen oder Vereinsmaßnahmen ohne Strafcharakter . . . . .	607
7.3.3.	Die sehr eingeschränkte gerichtliche Nachprüfung von Preisrichter- bzw. Rennausschussentscheidungen . . . . .	608
7.4.	Folgewirkungen rechtskräftiger Urteile in Vereinssachen . . . . .	609
7.4.1.	Unwirksamkeit einer Ausschließung . . . . .	609
7.4.2.	Schadensersatzansprüche des zu Unrecht ausgeschlossenen Mitglieds . . . . .	610
7.4.3.	Unwirksamkeit von Wahlen . . . . .	610
7.4.4.	Unwirksamkeit des Widerrufs des Vorstandsamtes . . . . .	610
7.4.5.	Registereinreichungen . . . . .	611
7.4.6.	Zur Bindung des Registergerichts an rechtskräftige Urteile und einstweilige Verfügungen des Prozessgerichts . . . . .	611
8.	Einstweiliger Rechtsschutz in Vereinssachen . . . . .	612
8.1.	Allgemeines . . . . .	612
8.2.	Antragsberechtigung . . . . .	612
8.3.	Verfügungsanspruch . . . . .	613
8.4.	Verfügungsgrund . . . . .	613
8.5.	Keine Ausschöpfung des vereinsinternen Rechtsweges . . . . .	613
8.6.	Zum verschlossenen und eröffneten einstweiligen Rechtsschutz in einer Angelegenheit der Freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	613
8.7.	Einzelfälle . . . . .	614
8.7.1.	Verhinderung der Abhaltung einer Mitgliederversammlung . . . . .	614
8.7.2.	Doppeleinberufungen . . . . .	614
8.7.3.	Einwirkung auf die Willensbildung in der Mitgliederversammlung . . . . .	614
8.7.4.	Zuziehung eines Beraters . . . . .	615
8.7.5.	Aussetzung von disziplinären Ordnungsmaßnahmen . . . . .	615
8.7.6.	Suspendierung von einer Organstellung; Tätigkeitsverbot . . . . .	615
8.7.7.	Abberufener Vorstand . . . . .	616
8.7.8.	Verbot der Anmeldung eines Vereinsbeschlusses zum Vereinsregister . . . . .	617
8.7.9.	Gendarstellung . . . . .	617
8.7.9.1.	Presserechtlicher Anspruch . . . . .	617
8.7.9.2.	Deliktsrechtlicher Anspruch . . . . .	617
8.7.10.	Einstweiliger Rechtsschutz bei Verletzung von Mitgliedschaftsrechten, insbesondere durch ungerechtfertigte Bestrafung oder durch Vereinsausschluss . . . . .	617
8.7.11.	Einstweiliger Rechtsschutz im Sportbereich . . . . .	618
8.7.12.	Einstweiliger Rechtsschutz durch das Vereinsschiedsgericht . . . . .	618
8.7.13.	Einstweilige Verfügung und Registergericht . . . . .	618
8.7.14.	Kein einstweiliger Rechtsschutz in einer Angelegenheit der Freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	619

<b>2. Abschnitt. Vereinsstreitigkeiten vor dem Schiedsgericht . . . . .</b>	<b>620</b>
1. Grundsätzliche Gleichstellung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit mit der staatlichen Rechtsprechung . . . . .	620
2. Die Einrede der bestehenden Schiedsklausel in einem Zivilprozess . . . . .	620
3. Mögliche Klagen zum Schiedsgericht . . . . .	620
3.1. Vorbehalt der bürgerlichen Rechtsstreitigkeit . . . . .	620
3.2. Leistungs- und Feststellungsklagen . . . . .	620
3.3. Die Gestaltungsklage . . . . .	620
3.4. Die Klage im Urkundenprozess . . . . .	621
4. Die aufschiebende Wirkung der Anrufung des Schiedsgerichts . . . . .	621
5. Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes durch ein Schiedsgericht . . . . .	621
5.1. Gesetzliche Entscheidungskompetenz . . . . .	621
5.2. Entscheidungszuständigkeit . . . . .	622
5.3. Glaubhaftmachung . . . . .	622
5.4. Gewährung des rechtlichen Gehörs . . . . .	622
5.5. Entscheidung; Verbot der Zwangsandrohung; Sicherheitsleistung . . . . .	622
5.6. Rechtsbehelfe . . . . .	623
5.7. Wirksamkeit und Vollziehbarkeit . . . . .	623
5.8. Originäre staats- und schiedsgerichtliche Zuständigkeit für einstweilige bzw. sichernde Maßnahmen . . . . .	624
5.9. Beachtung der schiedsgerichtlichen Hauptsachezuständigkeit durch das Staatsgericht . . . . .	625
<b>VII. Haftungsverhältnisse . . . . .</b>	<b>626</b>
1. Die sog. Organhaftung . . . . .	626
1.1. Der Normzweck des § 31 BGB und sein persönlicher und sachlicher Geltungsbereich . . . . .	626
1.1.1. Rechtsgrundlage der Organhaftung . . . . .	626
1.1.2. Normzweck . . . . .	626
1.1.3. Persönlicher Anwendungsbereich des § 31 BGB . . . . .	626
1.1.4. Sachlicher Anwendungsbereich des § 31 BGB: keine Haftungsbegründung . . . . .	627
1.2. Haftung des Vereins für verfassungsmäßig berufene Vertreter und weitere Vereinsrepräsentanten und Ausnahmen . . . . .	628
1.2.1. Unmittelbare Anwendung des § 31 BGB . . . . .	628
1.2.2. § 31 BGB in erweiterter Anwendung . . . . .	628
1.2.2.1. Haftung für Innenorgane . . . . .	628
1.2.2.2. Haftung für den faktisch tätigen Vorstand sowie für den ausgeschiedenen Vorstand . . . . .	629
1.2.2.3. Haftung für Vereinsrepräsentanten auch ohne Vertretungsbefugnis . . . . .	629
1.2.3. Keine Vereinshaftung für die Mitglieder des (echten) Vereinsschiedsgerichts . . . . .	630
1.3. Haftungsvoraussetzung: vereinsamtliche Tätigkeit . . . . .	631
1.3.1. Vereinsamtliche Tätigkeiten . . . . .	631
1.3.2. Keine Zurechnung bei außeramtlichem Verhalten . . . . .	631
1.3.3. Besonderheiten bei der Haftung aus Gefährdung . . . . .	632
1.4. Der Einfluss der Vertretungsordnung auf die Organhaftung . . . . .	632
1.5. Der haftungsbegünstigte Dritte . . . . .	633
1.5.1. Außenstehende Personen . . . . .	633
1.5.2. Vereinsmitglieder . . . . .	633
1.5.3. Organmitglieder . . . . .	634

## Inhaltsverzeichnis

---

1.6.	Der haftende Verein . . . . .	634
1.6.1.	Monoverein . . . . .	634
1.6.2.	Personalunion: mehrere haftende Vereine . . . . .	634
1.6.3.	Mehrpartenverein und Zentralverband . . . . .	634
1.6.4.	Personalunion im Verein und in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft sowie Entsendungsfall . . . . .	635
1.6.5.	Delegierte . . . . .	635
1.6.6.	Verschmelzung . . . . .	635
1.7.	Mitwirkendes Verschulden . . . . .	636
1.8.	Die persönliche Haftung des Vorstands; gesamtschuldnerische Haftung und Ausgleichspflicht; Beweisfragen . . . . .	636
1.8.1.	Die persönliche Haftung . . . . .	636
1.8.2.	Gesamtschuldnerische Haftung; Inanspruchnahme des Vorstandsvorsitzenden . . . . .	636
1.8.3.	Innenausgleich zwischen Verein und haftendem Organmitglied . . . . .	637
1.9.	Darlegungs- und Beweislast . . . . .	637
1.9.1.	Inanspruchnahme durch Dritte . . . . .	637
1.9.2.	Inanspruchnahme des Vorstands usw. durch den Verein . . . . .	638
1.10.	Kein Ausschluss und keine Milderung der sich aus § 31 BGB ergebenden Vereinshaftung durch die Satzung; vertragliche Haftungsbegrenzung . . . . .	638
1.10.1.	§ 31 BGB als zwingende Gesetzesvorschrift . . . . .	638
1.10.2.	Vertragliche Haftungsbegrenzung; Ausnahme . . . . .	639
1.11.	Gesetzliche Haftungsbeschränkungen bei ehrenamtlicher und unentgeltlicher Vorstandstätigkeit . . . . .	639
1.12.	Haftungseinschränkung bei ehrenamtlicher und gefahrgeneigter Vorstandstätigkeit nach der Rechtsprechung . . . . .	639
2.	Besondere Organhaftungsverhältnisse . . . . .	640
2.1.	Die Haftung des Vereins für Organisationsmängel . . . . .	640
2.1.1.	Grundsätze . . . . .	640
2.1.2.	Grundsätzlich keine Außenhaftung des Vereins bei einem vereinsinternen Organisationsmangel . . . . .	641
2.1.3.	Übersicht über die Haftung wegen Organisationsmängel . . . . .	641
2.1.4.	Einzelfälle . . . . .	642
2.1.5.	Zur Organisationspflicht eines Vereins als Träger eines Krankenhauses (Übersicht) . . . . .	643
2.2.	Die Haftung des Vereins und des Vorstands wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht . . . . .	644
3.	Besondere Vereins- und Vorstandshaftungsfälle . . . . .	644
3.1.	Keine Anwendung des § 31 BGB bei sozialversicherungsrechtlicher Haftung des Vereins als Unternehmer . . . . .	644
3.2.	Keine Anwendung des § 31 BGB bei der Vorstandshaftung nach § 25 Abs. 1 UmwG . . . . .	645
4.	Die Erweiterung der Vereinshaftung bei Vereinsvormundschaft und Vereinsbetreuung . . . . .	645
4.1.	Allgemeines zur Vereinsvormundschaft und Vereinsbetreuung . . . . .	645
4.2.	Haftungsverhältnisse . . . . .	645
4.2.1.	Haftung des Vereins bei Fehlen jeglichen Bezugs zur Vormundschaft oder Betreuung . . . . .	645
4.2.2.	Haftung des Vereins im Rahmen der Vereinsvormundschaft oder Vereinsbetreuung . . . . .	646
4.2.2.2.	Vereinsbetreuung . . . . .	646
4.2.2.3.	Einzelbetreuer . . . . .	646

5.	Die Haftungsverschärfung für Lohnsteuerhilfvereine . . . . .	647
6.	Die Haftungsverlagerung bei Tätigkeit des Vereins als öffentlich-rechtlich Beliehener . . . . .	647
6.1.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	647
6.2.	Einzelfälle öffentlich-rechtlicher Beleihungstätigkeiten . . . . .	648
6.3.	Grenzfälle; Haftung des beliehenen Vereins . . . . .	649
6.4.	Der Unfallversicherungsschutz . . . . .	649
6.4.1.	Der Verein als Unternehmer . . . . .	649
6.4.2.	Der Verein als Beitragspflichtiger . . . . .	650
6.4.3.	Allgemeines zur Versicherung gegen Arbeitsunfall . . . . .	650
6.4.4.	Der Unfallversicherungsschutz auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses von Nichtvereinsmitgliedern . . . . .	651
6.4.5.	Grundsätzlich kein Unfallversicherungsschutz für Vereinsmitglieder und deren ausnahmsweise versicherungsrechtliche Beschäftigung . . . . .	652
6.4.6.	Grundsätzlich kein Versicherungsschutz bei freiberuflicher Tätigkeit für einen Verein; Ausnahmen . . . . .	654
6.4.7.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit in Berufsverbänden der Landwirtschaft . . . . .	655
6.4.8.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege . . . . .	655
6.4.9.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit als Helfer in Unglückshilfe-Unternehmen und im Zivilschutz . . . . .	656
6.4.10.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit in bestimmten privatrechtlichen Verbänden . . . . .	656
6.4.11.	Versicherungsschutz im Rahmen der Entwicklungshilfe . . . . .	657
6.4.12.	Unfallversicherungsschutz für Organmitglieder bei Fehlen einer ausdrücklichen gesetzlichen Einbeziehung . . . . .	657
6.4.13.	Grundsätzlich kein Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Organtätigkeit . . . . .	657
6.4.14.	Versicherungsschutz des Betriebssports in der Organisation eines Vereins . . . . .	658
6.5.	Die Haftungsverlagerung vom Verein als Unternehmer oder von diesem Beschäftigten auf den Träger der gesetzlichen Unfallversicherung . . . . .	659
6.5.1.	Die Haftungsersetzung durch gesetzlichen Unfallversicherungsschutz . . . . .	659
6.5.2.	Die Haftungsbeschränkung zu Gunsten der Unternehmer . . . . .	659
6.5.3.	Haftungsverlagerung zu Gunsten anderer im Betrieb des Vereins tätiger Personen . . . . .	660
6.5.4.	Keine Haftungsverlagerung bei vorsätzlichen Handeln des Schädigers . . . . .	661
6.5.5.	Keine Haftungsverlagerung bei Wegeunfällen; Ausnahmen bei Betriebswegeunfällen . . . . .	661
7.	Die Haftung des Vereins für seine Angestellten und für seine Mitglieder . . . . .	662
7.1.	Die Haftung für Erfüllungsgehilfen . . . . .	662
7.1.1.	Der Begriff Erfüllungsgehilfe . . . . .	662
7.1.2.	Haftungsfälle und mögliche Erfüllungsgehilfen des Vereins . . . . .	663
7.1.3.	Die mögliche Haftungsbegrenzung . . . . .	663
7.2.	Die Haftung für Verrichtungsgehilfen . . . . .	664
7.2.1.	Der Begriff Verrichtungsgehilfe . . . . .	664
7.2.2.	Mögliche Verrichtungsgehilfen des Vereins . . . . .	664
7.2.3.	Verrichtungsgehilfe bei zweifelhaftem organschaftlichen Handeln . . . . .	665

## Inhaltsverzeichnis

---

8.	Die Haftung der Organmitglieder dem Verein und den Vereinsgläubigern gegenüber .....	665
8.1.	Die Haftung der Organmitglieder dem Verein gegenüber .....	665
8.1.1.	Die Haftungsgrundlagen .....	665
8.1.2.	Von der Haftung betroffene Organmitglieder sowie Beginn und Ende der Haftung .....	665
8.1.3.	Haftungsmaßstab .....	666
8.1.4.	Insbesondere: Die Pflicht der Vorstandsmitglieder zur Verschwiegenheit .....	669
8.1.5.	Der Inhalt der Haftung; Freistellungsanspruch des Vereins .....	670
8.1.6.	Haftungseinschränkung bei einer Geschäftsverteilung .....	670
8.1.7.	Haftungsausschluss bei Befolgung eines Weisungsbeschlusses der Mitgliederversammlung .....	671
8.1.8.	Darlegungs- und Beweislast .....	671
8.1.9.	Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Vorstandsmitglieder; zur Haftungserziehung nur des Vorstandsvorsitzenden .....	671
8.1.10.	Innenausgleich unter mehreren haftenden Vorstandsmitgliedern .....	672
8.1.11.	Der Verzicht und der Vergleich .....	672
8.1.12.	Die Verjährung .....	672
8.1.13.	Die gerichtliche Geltendmachung .....	672
8.2.	Die Haftung des Vorstands gegenüber Vereinsgläubigern .....	673
8.2.1.	Die allgemeine Delikthaftung .....	673
8.2.2.	Die Haftung wegen Herbeiführung eines Versicherungsfalles .....	673
8.2.3.	Die Haftung des Vorstands wegen schulhaft unterlassener Stellung des Insolvenzantrags .....	673
8.2.3.1.	Haftungsgrundsätze .....	673
8.2.3.2.	Haftung gegenüber sog. Altgläubigern .....	674
8.2.3.3.	Haftung gegenüber den sog. Neugläubigern .....	674
8.2.3.4.	Zum Verschulden der Vorstandsmitglieder .....	674
8.2.3.5.	Beweisfragen .....	675
8.2.3.6.	Verjährung .....	675
8.2.3.7.	Keine Haftung außerhalb des Schutzbereichs des § 42 Abs. 2 BGB .....	675
8.2.3.8.	Die Haftung dem Verein gegenüber .....	676
8.2.4.	Die Haftung des Vorstands wegen Nichtabführung der Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung oder zur Bundesanstalt für Arbeit .....	676
8.3.	Die Gläubigerhaftung der Liquidatoren .....	678
8.4.	Haftung des Vorstands und sonstiger Vereinsrepräsentanten für Steuerschulden des Vereins sowie Haftung auch des Vereins bei Spendenverstoß und Nichtabführung der Lohnsteuer .....	678
8.4.1.	Allgemeines .....	678
8.4.2.	Steuerliche Pflichten der Vertretungsorgane .....	678
8.4.3.	Beginn und Ende der steuerlichen Pflichten des Vorstands usw. ....	679
8.4.4.	Steuerliche Verantwortung bei mehreren Vorstandsmitgliedern ...	680
8.4.5.	Haftungsbefreiung bei Einschaltung eines Steuerberaters .....	680
8.4.6.	Mögliche Haftungsbegrenzung im Falle der schriftlichen Ressortaufteilung .....	680
8.4.7.	Steuerliche Haftungsgrundsätze für Organpersonen des Vereins ...	681
8.4.8.	Ermessen der Haftungsinanspruchnahme bei mehreren Haftenden .....	683
8.4.9.	Haftung des Vereins, des Vorstands und nicht vertretungsberechtigter Organmitglieder bei einem Spendenverstoß .....	684

8.4.10.	Haftung des Vereins und Vorstands wegen Nichtabführung der Lohnsteuer . . . . .	685
9.	Haftungsverhältnisse zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern . . . . .	685
9.1.	Die Haftung des Mitglieds dem Verein gegenüber . . . . .	685
9.1.1.	Die Erfüllungshaftung . . . . .	685
9.1.2.	Die Haftung aus unerlaubter Handlung . . . . .	685
9.2.	Die Haftung des Vereins den Mitgliedern gegenüber . . . . .	686
9.2.1.	Das Mitgliedschaftsrecht als sonstiges Recht i. S. d. § 823 Abs. 1 BGB und die Begründung einer Schadensersatzverpflichtung des Vereins »ähnlich der positiven Vertragsverletzung« . . . . .	686
9.2.2.	Mögliche Haftungstatbestände . . . . .	686
9.2.3.	Mitwirkendes Verschulden des Mitglieds . . . . .	687
9.2.4.	Haftende . . . . .	687
9.3.	Sonderfall: Ansprüche eines Mitglieds oder Nichtmitglieds nach rechts-widriger Bestrafung und der Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift . . . . .	687
9.3.1.	Sachverhalte aus der Vereinspraxis . . . . .	687
9.3.2.	Der presserechtliche Gegendarstellungsanspruch . . . . .	688
9.3.3.	Ansprüche des betroffenen Mitglieds oder Nichtmitglieds . . . . .	689
9.3.3.1.	Deliktsrechtlicher Anspruch auf rehabilitierende Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift . . . . .	689
9.3.3.2.	Schadensersatzansprüche gegen den Verein und gegen die verantwortlichen Organmitglieder . . . . .	690
9.3.3.3.	Anspruch auf Geldentschädigung wegen schwerer Persönlichkeitsverletzung . . . . .	690
9.4.	Die Haftung der Vereinsmitglieder untereinander (insbesondere im Bereich des Sports) . . . . .	691
9.4.1.	Der Anspruch des schädigenden Vereinsmitglieds auf Haftungsfreistellung durch den Verein . . . . .	691
10.	Haftungsmilderung . . . . .	691
10.1.	Haftungsmilderung wegen Schadensverursachung bei betrieblich veranlasster Arbeitsleistung . . . . .	691
10.1.1.	Allgemeines . . . . .	691
10.1.2.	Zur Haftungsmilderung zu Gunsten von Vereinsorganen und von Vereinsrepräsentanten . . . . .	692
10.1.3.	Haftungsmilderung zu Gunsten von Vereinsmitgliedern . . . . .	692
10.2.	Einzelvertragliche Haftungseinschränkungen mit Dritten . . . . .	693
10.2.1.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	693
10.2.2.	Enthaftungsvereinbarungen des Vereins und das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen . . . . .	694
11.	Die Haftung des Vereins mit seinem Vermögen; ausnahmsweise Haftungsdurchgriff auf die Vereinsmitglieder . . . . .	695
11.1.	Die Haftung des Vereins mit seinem Vermögen . . . . .	695
11.2.	Der Begriff Haftungsdurchgriff . . . . .	695
11.3.	Grundsätzlich keine Durchgriffshaftung wegen zweckwidriger Überschreitung des Nebenzweckprivilegs . . . . .	696
11.4.	Einzelne Durchgriffsfälle im Kapitalgesellschaftsrecht, kaum beim Verein . . . . .	696
11.4.1.	Haftung wegen existenzgefährdenden Eingriffs . . . . .	696
11.4.2.	Haftung wegen Vermögensvermischung . . . . .	696
11.4.3.	Die Sphärenvermischung . . . . .	697
11.5.	Haftungsdurchgriff im Tarifvertragsrecht . . . . .	697

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>VIII. Der Verein im Insolvenzverfahren . . . . .</b>	<b>698</b>
1. Das Insolvenzverfahren . . . . .	698
1.1. Insolvenzfähigkeit . . . . .	698
1.2. Zuständiges Insolvenzgericht . . . . .	698
1.3. Eröffnungsgründe . . . . .	698
1.3.1.1. Zahlungsunfähigkeit . . . . .	698
1.3.1.2. Zahlungsstockung . . . . .	699
1.3.2. Drohende Zahlungsunfähigkeit . . . . .	699
1.3.3. Überschuldung . . . . .	699
1.4. Antragstellung; Glaubhaftmachung; Anhörungen . . . . .	701
1.4.1. Antragsrecht des Insolvenzgläubigers . . . . .	701
1.4.2. Antragsrecht des Vereins . . . . .	701
1.4.3. Glaubhaftmachung . . . . .	701
1.4.4. Anhörungen . . . . .	702
1.5. Antragsrücknahme . . . . .	702
1.6. Antragsablehnung; Rechtsmittel; keine Registermitteilung; Eintragung in das Schuldnerverzeichnis . . . . .	703
1.7. Verfahrenseröffnung . . . . .	703
1.7.1. Eröffnungsbeschluss . . . . .	703
1.7.2. Bekanntmachungen . . . . .	703
1.7.3. Mitteilung der Verfahrenseröffnung und Registereintragung . . . . .	703
1.7.4. Rechtsmittel; Rechtsfolge der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses . . . . .	704
1.8. Keine Unterbrechung des FG-Verfahrens . . . . .	704
1.9. Weitere Mitteilungen und Eintragungen im Vereinsregister . . . . .	704
2. Rechtliche Besonderheiten des Insolvenzverfahrens beim Verein . . . . .	705
2.1. Zentralverband mit Untergliederungen; Gesamtverein mit Vereinsabteilungen . . . . .	705
2.2. Vereine mit Auslandsberührung . . . . .	705
2.3. Das vom Insolvenzbeschlag erfasste Vermögen des nichtunternehmerischen Vereins . . . . .	706
2.4. Grundsätzlich kein Insolvenzbeschlag der Vereinsmitgliedschaften . . . . .	706
2.5. Die Zugehörigkeit eines Unternehmens des Vereins zur Insolvenzmasse . . . . .	706
2.6. Kein Anfall des Vereinsvermögens an den Fiskus . . . . .	707
2.7. Auflösung des Vereins als Folge des Beschlusses über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens . . . . .	707
2.8. Der Weiterbestand der Vereinsorganisation . . . . .	707
2.8.1. Die Mitgliedschaft . . . . .	707
2.8.2. Der Weiterbestand und die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung . . . . .	708
2.8.3. Die Zuständigkeit des Vorstands . . . . .	709
2.8.3.1. Der insolvenzfreie Bereich . . . . .	709
2.8.3.2. Der Vorstand als Vertreter des Vereins im Insolvenzverfahren . . . . .	710
2.8.3.3. Die Vertretung des Vereins im insolvenzfreien Bereich durch den Vorstand . . . . .	711
2.8.3.4. Entsprechende Geltung dieser Grundsätze für Liquidatoren . . . . .	711
2.8.4. Die Zuständigkeit des Insolvenzverwalters . . . . .	711
2.8.5. Die Verfahrensführungsbefugnis des Insolvenzverwalters . . . . .	712
2.8.6. Das u. U. erforderliche Zusammenwirken von Vorstand und Insolvenzverwalter in sog. Überschneidungsbereichen . . . . .	712
2.8.7. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens . . . . .	713

## Inhaltsverzeichnis

---

2.8.8.	Die Fortsetzung des Vereins (Hinweis) . . . . .	713
2.8.9.	Das Ende des nicht fortgesetzten Vereins mit der Beendigung des Insolvenzverfahrens . . . . .	714
<b>IX.</b>	<b>Das Ende des rechtsfähigen Vereins . . . . .</b>	<b>715</b>
1.	Grundsätzliches zum Erlöschen des Vereins, zur Auflösung und zum Verlust der Rechtsfähigkeit . . . . .	715
1.1.	Das Erlöschen des Vereins . . . . .	715
1.2.	Die Auflösung des Vereins . . . . .	715
1.3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit . . . . .	715
2.	Die Fälle der Auflösung des Vereins . . . . .	716
2.1.	Die Auflösung durch Beschluss der Mitgliederversammlung . . . . .	716
2.1.1.	Das unentziehbare Auflösungsrecht . . . . .	716
2.1.2.	Die zwingende Zuständigkeit der Mitgliederversammlung; zulässige und unzulässige Erschwerungen . . . . .	716
2.1.3.	Beschlussinhalt; Auflösung und Satzungsänderung . . . . .	717
2.1.4.	Die Mehrheiten . . . . .	718
2.1.5.	Wirksamwerden; Aufhebung . . . . .	718
2.1.6.	Die besonderen Rechtsverhältnisse bei den religiösen Vereinen und Weltanschauungsgemeinschaften . . . . .	719
2.1.7.	Anmeldung (nur) der Vereinsauflösung zum Registergericht und Registereintragung . . . . .	720
2.1.8.	Die Anmeldung beim Handelsregistergericht . . . . .	720
2.1.9.	Die Mitteilung an die Konzessionsbehörde . . . . .	720
2.1.10.	Die steuerlichen Anzeigen . . . . .	720
2.2.	Die Auflösung des Vereins infolge Zeitablaufs . . . . .	721
2.2.1.	Der Auflösungstatbestand . . . . .	721
2.2.2.	Die Änderung der Zeitdauer . . . . .	721
2.2.3.	Der Auflösungsbeschluss vor dem Ablauf der Zeitdauer . . . . .	721
2.2.4.	Registeranmelde- und Mitteilungspflichten . . . . .	721
2.3.	Die Auflösung infolge satzungsmäßig bestimmter Voraussetzungen . . . . .	722
2.4.	Die Auflösung wegen Sitzverlegung ins Ausland . . . . .	722
2.4.1.	Der Auflösungstatbestand . . . . .	722
2.4.2.	Registeranmeldungen usw. . . . .	722
2.5.	Die automatische Auflösung durch Wegfall aller Mitglieder; die lange Untätigkeit . . . . .	722
2.5.1.	Der Mitgliederwegfall . . . . .	722
2.5.2.	Die endgültige Aufgabe der Vereinstätigkeit . . . . .	723
2.6.	Ereignisse, die nicht automatisch zur Auflösung des Vereins führen . . . . .	724
2.6.1.	Erreichung oder Unmöglichwerden des Vereinzwecks . . . . .	724
2.6.2.	Vermögenslosigkeit, Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse . . . . .	724
2.6.3.	Handlungsunfähigkeit . . . . .	724
3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit . . . . .	724
3.1.	Allgemeines . . . . .	724
3.2.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit durch die Verwaltungsbehörde . . . . .	725
3.2.1.	Der Entziehungsgrund satzungswidrige Verfolgung eines wirtschaftlichen Zwecks . . . . .	725
3.2.2.	Der Entziehungsgrund satzungswidrige Verfolgung eines anderen Zwecks durch den konzessionierten Verein . . . . .	725

## Inhaltsverzeichnis

---

3.2.3.	Die zuständigen Entziehungsbehörden . . . . .	725
3.2.4.	Verfahren und Rechtsbehelfe . . . . .	728
3.2.5.	Registereintragung; Mitteilungen . . . . .	728
3.2.6.	Fortsetzung des Vereins in nichtrechtsfähiger Form . . . . .	729
3.2.7.	Die Liquidation . . . . .	729
3.3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit durch Widerruf der Verleihung . . . . .	729
3.3.1.	Der Verlusstatbestand . . . . .	729
3.3.2.	Verfahren und Rechtsbehelfe . . . . .	729
3.3.3.	Die Fortsetzung des Vereins . . . . .	729
3.3.4.	Die Liquidation . . . . .	729
3.4.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit eines eingetragenen Vereins durch das Gericht wegen zu geringer Mitgliederzahl . . . . .	729
3.4.1.	Der Entziehungstatbestand . . . . .	729
3.4.2.	Der Antrag des Vorstands . . . . .	730
3.4.3.	Das amtswegige Entziehungsverfahren . . . . .	730
3.4.4.	Die Zurückweisung des Antrags . . . . .	730
3.4.5.	Der Entziehungsbeschluss, seine Anfechtung und seine Rechtskraft . . . . .	730
3.4.6.	Die Fortsetzung oder Neugründung des Vereins . . . . .	731
3.5.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit durch Löschung der Gesamteintragung des Vereins . . . . .	731
3.5.1.	Die Löschung eines Scheinvereins . . . . .	731
3.5.2.	Die Löschung der Gesamteintragung . . . . .	731
3.5.3.	Die Fortsetzung des Vereins oder Liquidation . . . . .	732
3.5.4.	Mitteilungen . . . . .	732
3.6.	Der Verzicht auf die Rechtsfähigkeit . . . . .	732
3.6.1.	Die Zulässigkeit . . . . .	732
3.6.2.	Der Verzichtsbeschluss und die Verzichtserklärung . . . . .	732
3.6.3.	Die Fortsetzung als nichtrechtsfähiger Verein . . . . .	732
3.6.4.	Anmeldung und Registereintragung; Mitteilung an Konzessionsbehörde . . . . .	733
4.	Der Fiskus als Gesamtrechtsnachfolger des Vereinsvermögens . . . . .	733
4.1.	Die Anfallgründe . . . . .	733
4.2.	Vorhandensein von Aktivvermögen als Anfallvoraussetzung . . . . .	734
4.3.	Der zuständige Fiskus . . . . .	734
4.4.	Der Fiskus als Gesamtrechtsnachfolger des Vereinsvermögens; Untergang der Existenz des Vereins . . . . .	734
4.5.	Die beschränkte Schuldenhaftung des Fiskus . . . . .	735
4.6.	Die nachlassgerichtliche Feststellung des Anfallrechts des Fiskus . . . . .	735
4.7.	Die Pflicht zur zweckentsprechenden Vermögensverwendung . . . . .	736
5.	Der Verein im Abwicklungsstadium . . . . .	736
5.1.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	736
5.1.1.	Das Abwicklungsziel . . . . .	736
5.1.2.	Die zur Liquidation führenden Tatbestände . . . . .	737
5.1.3.	Das Erfordernis verwertbaren Vereinsvermögens . . . . .	737
5.2.	Der Liquidationsverein . . . . .	737
5.2.1.	Die Identität zwischen dem »werbenden« Verein und dem Liquidationsverein . . . . .	737
5.2.2.	Die uneingeschränkte Rechtsfähigkeit des Liquidationsvereins . . . . .	738
5.2.3.	Verfahrensrechtliche Fragen . . . . .	738
5.2.4.	Der Einfluss des Liquidationszwecks auf den korporationsrechtlichen Vereinsinnenbereich sowie auf die Vertretung . . . . .	739

5.2.4.1.	Satzung und Nebenordnungen . . . . .	739
5.2.4.2.	Zum Weiterbestand der Vereinsordnungsgewalt . . . . .	740
5.2.4.3.	Satzungsänderungen; Abbau der Vereinsorganisation . . . . .	740
5.2.4.4.	Nichtkorporationsrechtlicher Vereinsbereich . . . . .	741
5.2.5.	Weiterbestand des Liquidationsvereins bei Wegfall sämtlicher Mitglieder . . . . .	741
5.3.	Die Liquidatoren . . . . .	741
5.3.1.	Allgemeines zur Funktion der Liquidatoren . . . . .	741
5.3.2.	Die Mitglieder des amtierenden Vorstands als »geborene« Liquidatoren . . . . .	741
5.3.3.	Satzungsmäßig bestellte andere Liquidatoren . . . . .	742
5.3.3.1.	Amtsfähigkeit . . . . .	742
5.3.3.2.	Satzungsbestimmungen . . . . .	742
5.3.4.	Die Bestellung von »gekorenen« Liquidatoren durch ein Vereinsorgan . . . . .	743
5.3.5.	Liquidatorenwechsel . . . . .	743
5.3.6.	Die Bestellung eines Notliquidators . . . . .	743
5.3.7.	Das mit Liquidatoren bestehende Auftrags- oder Anstellungsverhältnis . . . . .	744
5.3.8.	Abberufung und Amtsiederlegung der Liquidatoren . . . . .	744
5.4.	Die Beschlussfassung der Liquidatoren und die Vertretung des Liquidationsvereins durch die Liquidatoren . . . . .	745
5.4.1.	Die Beschlussfassung . . . . .	745
5.4.2.	Die Vertretung durch mehrere Liquidatoren . . . . .	745
5.4.3.	Der Umfang der Vertretungsbefugnis der Liquidatoren . . . . .	746
5.5.	Die auf die Liquidatoren sich beziehenden Registeranmeldungen und Mitteilungen . . . . .	746
5.5.1.	Anmeldung der ersten Liquidatoren . . . . .	746
5.5.2.	Anmeldung der späteren Liquidatoren . . . . .	747
5.5.3.	Anmeldung einer nicht einstimmigen Beschlussfassung . . . . .	747
5.5.4.	Anmeldung einer Beschränkung der Vertretungsmacht . . . . .	748
5.5.5.	Anmeldung der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB . . . . .	748
5.5.6.	Die Registereintragungen . . . . .	748
5.5.7.	Der Registerzwang und der registerrechtliche Vertrauensschutz . . . . .	748
5.5.8.	Die Mitteilungen an die Konzessionsbehörde . . . . .	749
5.5.9.	Anmeldungen zum Handelsregister . . . . .	749
5.6.	Die satzungrechtliche und gesetzliche Geschäftsführung der Liquidatoren . . . . .	749
5.6.1.	Die satzungrechtliche Geschäftsführung . . . . .	749
5.6.2.	Die gesetzliche Geschäftsführung . . . . .	749
5.6.2.1.	Die Bekanntmachung der Auflösung usw. und der Gläubigeraufruf; Zweck und Erfordernis . . . . .	749
5.6.2.2.	Die Form der öffentlichen Bekanntmachung . . . . .	750
5.6.2.3.	Der Zeitpunkt der Veröffentlichung . . . . .	750
5.6.2.4.	Der Inhalt der Bekanntmachung . . . . .	750
5.6.2.5.	Zeitpunkt der Bewirkung der Veröffentlichung . . . . .	751
5.6.2.6.	Die besondere Aufforderung bekannter Gläubiger . . . . .	751
5.6.2.7.	Rechtsfolgen ordnungsgemäßer, unterlassener oder mangelhafter Bekanntmachung . . . . .	752
5.6.3.	Zur organschaftlichen Pflicht, eine Eröffnungsbilanz erstellen zu lassen . . . . .	752
5.6.4.	Die Abwicklung laufender Geschäfte . . . . .	752

## Inhaltsverzeichnis

---

5.6.4.1.	Allgemeines zu den gesetzlich beschriebenen Aufgaben der Liquidatoren . . . . .	752
5.6.4.2.	Die vorübergehende Fortführung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes . . . . .	753
5.6.4.3.	Grundsätze für die Beendigung laufender Geschäfte . . . . .	753
5.6.5.	Die Einziehung der Forderungen des Vereins . . . . .	754
5.6.5.1.	Der Grundsatz . . . . .	754
5.6.5.2.	Die Ausnahmen . . . . .	754
5.6.6.	Die Erfüllung bekannter, fälliger und unstreitiger Vereinsverbindlichkeiten . . . . .	755
5.6.7.	Die Versilberung des Vereinsvermögens . . . . .	756
5.6.7.1.	Der Grundsatz . . . . .	756
5.6.7.2.	Die Ausnahmen . . . . .	756
5.6.8.	Die Pflicht der Liquidatoren, Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu stellen . . . . .	756
5.6.9.	Die Verpflichtung der Liquidatoren zur Einhaltung des sog. Sperrjahres . . . . .	757
5.6.9.1.	Der Grundsatz . . . . .	757
5.6.9.2.	Die Ausnahmen . . . . .	757
5.6.9.3.	Der mögliche Fortbestand der Verteilungssperre über das Sperrjahr hinaus . . . . .	757
5.6.10.	Die Sicherung bekannter, aber noch befriedigungsfähiger Forderungen vor der Schlussverteilung . . . . .	758
5.6.10.1.	Allgemeines zur Sicherstellungspflicht . . . . .	758
5.6.10.2.	Die Sicherstellung durch Hinterlegung . . . . .	758
5.6.10.3.	Die Sicherheitsleistung bei nicht ausführbarer oder streitiger Verbindlichkeit . . . . .	759
5.7.	Die Verteilung des Liquidationsüberschusses an die Anfallberechtigten . . . . .	759
5.7.1.	Die Aufgabe der Liquidatoren . . . . .	759
5.7.2.	Die Anfallberechtigten . . . . .	760
5.7.2.1.	Die Anfallberechtigten kraft Satzungsanordnung . . . . .	760
5.7.2.2.	Die steuerlich zu beachtende Vermögensbindung . . . . .	760
5.7.2.3.	Die Bestimmung des Anfallberechtigten durch ein Vereinsorgan . . . . .	761
5.7.2.4.	Die Bestimmung des Anfallberechtigten durch die Mitgliederversammlung eines nichtwirtschaftlichen Vereins . . . . .	761
5.7.2.5.	Das hilfsweise gesetzlich bestimmte Anfallrecht der Vereinsmitglieder oder des Fiskus . . . . .	761
5.7.2.6.	Die Änderung des bestehenden Anfallrechts durch den Liquidationsverein . . . . .	762
5.7.3.	Der Anspruch des Anfallberechtigten auf den Liquidationserlös . . . . .	762
5.8.	Die Schlussverteilung . . . . .	763
5.8.1.	Die Durchführung . . . . .	763
5.8.2.	Mängel der Schlussverteilung . . . . .	764
5.9.	Die Schlussrechnung und Entlastung der Liquidatoren . . . . .	764
5.10.	Erlöschen des Vereins nach Abschluss des vereinsrechtlichen Liquidationsverfahrens und nach Abschluss des Insolvenzverfahrens . . . . .	764
5.11.	Das Ende des Amtes des Liquidators . . . . .	764
6.	Die Haftung der Liquidatoren . . . . .	764
6.1.	Die gesetzliche Haftung den Gläubigern des Vereins gegenüber . . . . .	764
6.1.1.	Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	764
6.1.2.	Haftungsumfang . . . . .	765

6.1.3.	Sonstige Fragen im Zusammenhang mit der Gläubigerhaftung . . . . .	765
6.1.4.	Der (vorläufige) Rechtsschutz für den Gläubiger . . . . .	766
6.2.	Die Haftung der Liquidatoren nach § 179 BGB . . . . .	766
6.3.	Die Haftung der Liquidatoren gegenüber dem Verein . . . . .	766
7.	<b>Die Rechtsstellung leer ausgegangener Gläubiger. . . . .</b>	766
7.1.	Kein Anspruch bei ordnungsgemäßer Liquidation . . . . .	766
7.2.	Ansprüche leer ausgegangener Gläubiger bei gesetzwidriger Liquidation . . . . .	767
8.	<b>Steuerrechtlicher Fortbestand des Vereins trotz Löschung seiner Eintragung . . . . .</b>	768
9.	<b>Fortsetzung der Liquidation trotz Löschung der Eintragung des Vereins bei fehlender Vermögenslosigkeit. . . . .</b>	768
10.	<b>Das Ende des rechtsfähigen Vereins . . . . .</b>	770
10.1.	Die Anmeldung der Beendigung der Liquidation durch die Liquidatoren . . . . .	770
10.2.	Erklärung der Beendigung des Liquidatorenamtes . . . . .	770
10.3.	Die Prüfungspflicht des Registergerichts hinsichtlich der Vermögenslosigkeit des Vereins . . . . .	770
10.4.	Die Registereintragung; seine rechtsbekundende Bedeutung . . . . .	770
10.5.	Schließung des Registerblattes ohne Anmeldung . . . . .	771
10.6.	Die u. U. erforderliche Anmeldung zum Handelsregister . . . . .	771
11.	<b>Die Nachtragsliquidation . . . . .</b>	771
11.1.	Entsprechende Anwendung des § 273 Abs. 4 AktG . . . . .	771
11.2.	Verfahrensgrundsätze . . . . .	771
11.3.	Wiederaufleben der Prozess- und Beteiligtenfähigkeit . . . . .	772
11.4.	Verfahrensgrund: Auftauchen von bisher übersehenem Vereinsvermögen . . . . .	772
11.5.	Nichtvermögensrechtlicher nachträglicher Abwicklungsbedarf . . . . .	772
11.6.	Die Vertretungsbefugnis des Nachtragsliquidators . . . . .	772
11.7.	Die Eintragung des Nachtragsliquidators im Vereinsregister . . . . .	773
11.8.	Abberufung von Nachtragsliquidatoren . . . . .	773
11.9.	Durchführung der Nachtragsliquidation grundsätzlich nach Liquidationsvorschriften . . . . .	773
11.10.	Die Wiedereintragung des Vereins im Vereinsregister . . . . .	773
11.11.	Anmeldung das Endes der Nachtragsliquidation . . . . .	773
11.12.	Schließung des Registerblattes . . . . .	773
12.	<b>Die Aufbewahrung der Bücher und Schriften des Vereins . . . . .</b>	774
13.	<b>Funktionsnachfolge keine Rechtsnachfolge . . . . .</b>	774
X.	<b>Die Fortsetzung des Vereins nach Auflösung usw. und nach Entziehung der Rechtsfähigkeit; Rechtsformwechsel; Verschmelzung von Vereinen . . . . .</b>	775
1.	<b>Die Fortsetzung des Vereins . . . . .</b>	775
1.1.	Allgemeines zur Fortsetzung bzw. zur Reaktivierung . . . . .	775
1.2.	Die Fortsetzung des aufgelösten Vereins . . . . .	775
1.2.1.	Kein Liquidationsgebot . . . . .	775
1.2.2.	Die Fortsetzungsfähigkeit . . . . .	776
1.2.3.	Fortsetzung des Vereins auf Grund Satzungsklausel . . . . .	776
1.2.4.	Fortsetzung nach Auflösungsbeschluss . . . . .	776
1.2.5.	Die Fortsetzung des Vereins in der Insolvenz . . . . .	777
1.2.5.1.	Die Fortsetzung als rechtsfähiger Verein . . . . .	777
1.2.5.2.	Fortsetzung als rechtsfähiger Verein trotz satzungsmäßiger Anordnung des Fortbestehens als nichtrechtsfähiger Verein . . . . .	778
1.2.5.3.	Die Fortsetzung des Vereins in nichtrechtsfähiger Form; Pflicht zur Registeranmeldung . . . . .	778

## Inhaltsverzeichnis

---

1.5.4.	Vollmachtnachweis . . . . .	806
1.5.5.	Beistand . . . . .	807
1.5.6.	Akteneinsicht . . . . .	807
1.5.7.	Elektronische Akte; elektronisches Dokument . . . . .	807
1.5.8.	Bekanntgabe von Dokumenten, formlose Mitteilung . . . . .	809
1.5.9.	Fristen . . . . .	809
1.5.10.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	809
1.5.11.	Antrag auf Wiedereinsetzung . . . . .	809
1.5.12.	Entscheidung über die Wiedereinsetzung . . . . .	810
1.5.13.	Verfahrensverbindung . . . . .	810
1.5.14.	Aussetzung des Verfahrens . . . . .	810
1.5.15.	Antragsrücknahme; Beendigungserklärung . . . . .	810
1.6.	Vorschriften für das Verfahren im ersten Rechtszug . . . . .	811
1.6.1.	Verfahrenseinleitender Antrag . . . . .	811
1.6.2.	Anregung des Verfahrens . . . . .	811
1.6.3.	Anträge und Erklärungen zur Niederschrift der Geschäftsstelle . . . . .	811
1.6.4.	Ermittlung von Amts wegen und Mitwirkung der Beteiligten . . . . .	811
1.6.5.	Verfahrensleitung . . . . .	812
1.6.6.	Beweiserhebung . . . . .	812
1.6.7.	Förmliche Beweisaufnahme . . . . .	812
1.6.8.	Glaubhaftmachung . . . . .	812
1.6.9.	Termin . . . . .	813
1.6.10.	Persönliches Erscheinen der Beteiligten . . . . .	813
1.6.11.	Persönliche Anhörung . . . . .	813
1.6.12.	Zwangsmittel . . . . .	813
1.6.13.	Vergleich . . . . .	814
1.6.14.	Grundlage der Entscheidung . . . . .	814
1.6.15.	Entscheidung durch Beschluss . . . . .	814
1.6.16.	Rechtsbehelfsbelehrung . . . . .	814
1.6.17.	Wirksamwerden . . . . .	814
1.6.18.	Bekanntgabe des Beschlusses . . . . .	815
1.6.19.	Berichtigung des Beschlusses . . . . .	815
1.6.20.	Ergänzung des Beschlusses . . . . .	815
1.6.21.	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . . . .	815
1.6.22.	Formelle Rechtskraft . . . . .	816
1.6.23.	Rechtskraftzeugnis . . . . .	816
1.6.24.	Abänderung und Wiederaufnahme . . . . .	816
1.7.	Erstbeschwerdeverfahren . . . . .	816
1.7.1.	Vorbemerkung . . . . .	816
1.7.2.	Statthaftigkeit der Beschwerde . . . . .	816
1.7.3.	Beschwerdeberechtigte . . . . .	816
1.7.4.	Beschwerdebewert; Zulassungsbeschwerde . . . . .	817
1.7.5.	Statthaftigkeit der Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache . . . . .	817
1.7.6.	Beschwerdefrist . . . . .	817
1.7.7.	Einlegung der Beschwerde . . . . .	817
1.7.8.	Beschwerdebegründung . . . . .	817
1.7.8.1.	Oberlandesgericht als Beschwerdegericht . . . . .	818
1.7.9.	Anschlussbeschwerde . . . . .	818
1.7.10.	Verzicht auf die Beschwerde; Rücknahme der Beschwerde . . . . .	818
1.7.11.	Gang des Beschwerdeverfahrens . . . . .	818
1.7.12.	Beschwerdeentscheidung . . . . .	819
1.8.	Die Rechtsbeschwerde . . . . .	819
1.8.1.	Vorbemerkung . . . . .	819

1.8.2.	Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde . . . . .	819
1.8.3.	Frist und Form der Rechtsbeschwerde . . . . .	819
1.8.3.1.	Erforderliche Vertretung durch einen beim Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwalt . . . . .	820
1.8.4.	Darlegung der Gründe der Rechtsbeschwerde . . . . .	820
1.8.5.	Mögliche Anschlussrechtsbeschwerde . . . . .	820
1.8.6.	Entscheidung über die Rechtsbeschwerde . . . . .	820
1.8.7.	Zurückweisungsbeschluss . . . . .	821
1.8.8.	Sprungrechtsbeschwerde . . . . .	821
1.9.	Das Amtslöschungsverfahren . . . . .	821
1.9.1.	Vorbemerkung und löschungsfähige Eintragungen . . . . .	821
1.9.2.	Entbehrllichkeit und Unzulässigkeit eines Amtslöschungsverfahrens . . . . .	822
1.9.2.1.	Entbehrllichkeit . . . . .	822
1.9.2.2.	Unzulässigkeit . . . . .	822
1.9.3.	Ablehnung der Einleitung eines Amtslöschungsverfahrens . . . . .	823
1.9.4.	Mitteilungspflichten öffentlich-rechtlicher Behörden zur Vermeidung unrichtiger oder unterlassener Anmeldungen zum Vereins- und Handelsregister . . . . .	823
1.9.5.	Die Einleitung des Löschungsverfahrens . . . . .	823
1.9.6.	Der Widerspruch . . . . .	823
1.9.7.	Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Amtslöschung . . . . .	824
1.9.7.1.	Formelle Voraussetzungen . . . . .	824
1.9.7.2.	Materielle Löschungsvoraussetzung; Unzulässigkeit der Eintragung . . . . .	824
1.9.7.3.	Kein Löschungsermessen u. a. bei folgenden wesentlichen Eintragungsmängeln . . . . .	825
1.9.7.4.	Die Löschung und ihre Wirkung . . . . .	825
1.9.7.5.	Die mögliche Löschung der Löschung . . . . .	826
1.10.	Das Zwangsgeldverfahren . . . . .	826
1.10.1.	Grundsatz . . . . .	826
1.10.2.	Gesetzliche Fälle der Zwangsandrohung bei vertretungsberechtigten Organpersonen von Vereinen . . . . .	826
1.10.3.	Zwangsgeldandrohungen bei Verschmelzungen, u. a. bei Beteiligungen von Vereinen . . . . .	826
1.10.4.	Erzwingbare Anmeldungen und Erreichungen beim Handelsregistergericht . . . . .	827
1.10.5.	Die dem Zwangsvorfahren unterworfenen Personen . . . . .	827
1.10.6.	Die Pflicht zur Einleitung des Zwangsvorfahrens . . . . .	828
1.10.7.	Die das Zwangsvorfahren einleitende Verfügung . . . . .	828
1.10.8.	Die Pflichterfüllung oder die Zwangsgeldfestsetzung . . . . .	828
1.10.9.	Der Einspruch und seine Verbescheidung . . . . .	829
1.10.10.	Die Verwerfung des Einspruchs und die erneute Zwangsgeldfestsetzung . . . . .	829
1.10.11.	Die nicht gerechtfertigte gerichtliche Inanspruchnahme . . . . .	830
1.10.12.	Die nachträgliche Pflichterfüllung . . . . .	830
1.11.	Erteilung von Bescheinigungen . . . . .	830
1.12.	Registervorschriften im BGB . . . . .	830
1.12.1.	Maßgeblich für die Einsicht in das Vereinsregister ist § 79 BGB, der lautet: . . . . .	830
1.13.	Weitere Registervorschriften . . . . .	831
1.13.1.	Elektronisches Vereinsregister . . . . .	831

## Inhaltsverzeichnis

---

1.13.2.	Ergänzungen des Vereinsregisterrechts durch die Vereinsregisterverordnung . . . . .	832
1.13.2.1.	Vorbemerkung; die Vereinsregisterverordnung . . . . .	832
1.13.2.2.	Die Bestimmungen der VRV . . . . .	832
1.13.3.	Mitteilungspflichten in Vereinsregistersachen . . . . .	841
2.	Zu den Amtspflichten in Registerangelegenheiten (§ 839 BGB) . . . . .	843
3.	Der mit einer Firma im Handelsregister eingetragene Verein . . . . .	844
3.1.	Der rechtsfähige Verein als Träger eines kaufmännischen Unternehmens . . . . .	844
3.1.1.	Der Verein als Kaufmann . . . . .	844
3.1.2.	Der Betrieb eines Gewerbes . . . . .	845
3.1.3.	Der Verein als Istkaufmann nach § 1 HGB . . . . .	846
3.1.4.	Der Verein als Kaufmann kraft Eintragung nach § 2 HGB (sog. Kannkaufmann) . . . . .	846
3.1.5.	Der Verein als Kaufmann kraft freigestellter Eintragung nach § 3 HGB . . . . .	846
3.2.	Die Erstanmeldung zum Handelsregister . . . . .	847
3.2.1.	Die Anmeldung durch sämtliche Vorstandsmitglieder; die Unterschriftenzeichnung . . . . .	847
3.2.2.	Form und Inhalt der Anmeldung und die beizufügenden Unterlagen . . . . .	847
3.2.2.1.	Form der Anmeldungen . . . . .	847
3.2.2.2.	Der Inhalt der Anmeldung . . . . .	848
3.2.3.	Die Anmeldung einer Zweigniederlassung . . . . .	848
3.3.	Die später anzumeldenden Veränderungen . . . . .	849
3.3.1.	Die anmeldepflichtigen Personen . . . . .	849
3.3.2.	Die anmeldepflichtigen Änderungen . . . . .	849
3.4.	Die Prüfungspflicht des Handelsregistergerichts . . . . .	850
3.5.	Die Handelsregistereintragungen und die Bekanntmachungen . . . . .	850
3.5.1.	Die Eintragungen auf Grund Anmeldung . . . . .	850
3.5.2.	Die Eintragungen von Amts wegen . . . . .	851
3.5.3.	Die Bekanntmachungen . . . . .	851
3.6.	Das Zwangsgeldverfahren (Hinweis) . . . . .	851
4.	Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	851
4.1.	Geltungsbereich des Gerichts- und Notarkostengesetzes (= GNotKG) . . . . .	851
4.2.	Kostenschuldner . . . . .	851
4.2.1.	Antrags- und Einreichungsschuldner . . . . .	851
4.2.2.	Auslagenschuldner . . . . .	852
4.2.3.	Kostenschuldner aufgrund gerichtlicher Entscheidung . . . . .	852
4.3.	Gebührenfreie Geschäfte . . . . .	852
4.4.	Gebührenbefreiung aufgrund Landesrechts . . . . .	853
4.5.	Fälligkeit der Gebühren und Auslagen . . . . .	853
4.6.	Kostenansatz; Erinnerung; Beschwerde . . . . .	853
4.7.	Kosten bei »gewöhnlichen« Beschwerden und Rechtsbeschwerden . . . . .	854
4.8.	Kosten der erfolglosen Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör . . . . .	855
4.9.	Der Geschäftswert . . . . .	855
4.10.	Geschäftswert bei mehreren Erklärungen in einer Urkunde . . . . .	856
4.10.1.	Derselbe Beurkundungsgegenstand . . . . .	856
4.10.2.	Verschiedene Beurkundungsgegenstände . . . . .	857
4.11.	Notarkosten und Gerichtskosten bei Anmeldungen zum Vereinsregister . . . . .	857

4.11.1.	Notarkosten bei Beurkundung der Satzung . . . . .	857
4.11.2.	Notarkosten und Gerichtskosten bei Erstanmeldung des Vereins . . . . .	858
4.11.3.	Notarkosten und Gerichtskosten bei späteren Eintragungen in das Vereinsregister . . . . .	858
4.11.3.1.	Löschtung der Gesamteintragung . . . . .	858
4.11.3.2.	Gebührenfreie Eintragungen . . . . .	859
4.12.	Gerichtskosten in sonstigen Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	859
4.12.1.	Zwangsgeldverfahren . . . . .	859
4.12.2.	Das Amtslöschungsverfahren und Widerspruchsverfahren . . . . .	859
4.12.3.	Kosten für Ablichtungen und Ausdrucke . . . . .	859
5.	Gerichtskosten in Handelsregistersachen (Überblick) . . . . .	860
5.1.	Gesetzliche Grundlagen . . . . .	860
5.2.	Geschäftswert . . . . .	860
5.3.	Gebührenhöhe . . . . .	860
6.	Die Notar- und Gerichtskosten bei einer Verschmelzung . . . . .	860
6.1.	Geschäftswert . . . . .	860
6.2.	Notarkosten . . . . .	861
6.2.1.	Beurkundung des Verschmelzungsvertrages . . . . .	861
6.2.2.	Beurkundung der Zustimmungsbeschlüsse der Mitgliederversammlungen . . . . .	861
6.2.3.	Beurkundung von Verzichtserklärungen . . . . .	861
6.2.4.	Anmeldung zum Vereinsregister . . . . .	861
6.3.	Die Gerichtskosten . . . . .	861
7.	Rechtsanwaltskosten bei auftragsgemäßer Tätigkeit für Beteiligte in Vereinsregistersachen oder sonstigen gerichtlichen Vereinssachen in der freiwilligen Gerichtsbarkeit . . . . .	862
7.1.	Kostengrundsätze . . . . .	862
7.2.	Belehrungspflicht des Rechtsanwalts über Wertgebühren . . . . .	862
7.3.	Anwaltschaftliche Mitwirkung bei der Vereinsgründung . . . . .	862
7.4.	Mögliche weitere Aufträge und entstehende Gebühren . . . . .	862
7.5.	Anwaltschaftliche Beratung von Vereinsmitgliedern in der Mitgliederversammlung . . . . .	863
7.6.	Anwaltschaftliche Vertretung bei der (schieds-)gerichtlichen Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung . . . . .	863
7.7.	Anwaltschaftliche Vertretung bei der gerichtlichen Anfechtung einer Vereinsstrafe . . . . .	864
7.8.	Anwaltschaftliche Vertretung einer Partei in einem Verfahren vor dem Vereinsschiedsgericht . . . . .	864
8.	Sonstige Kosten . . . . .	864
8.1.	Gebühren für Registereinsicht . . . . .	864
8.2.	Auslagen . . . . .	865
8.3.	Notarkosten . . . . .	865
8.3.1.	Registeranmeldungen . . . . .	865
8.3.2.	Fertigung des Entwurfs einer Satzung . . . . .	865
8.3.3.	Entwurf einer Satzung . . . . .	865
9.	Der im Handelsregister eingetragene Verein . . . . .	865
9.1.	Die Registereintragungspflicht . . . . .	865
9.2.	Unterstützung der Registergerichte zur Vermeidung u. a. unrichtiger Eintragungen . . . . .	866
9.2.1.	Mitteilungspflichten der Behörden . . . . .	866
9.2.2.	Beteiligung der berufsständigen Organe und deren Beschwerderecht . . . . .	866

## Inhaltsverzeichnis

---

10.	Form und Inhalt der Erstanmeldung zum Handelsregister . . . . .	866
10.1.	Anzumeldender Vorstand und Inhalt der Anmeldeerklärung . . . . .	866
10.2.	Anmeldung von Änderungen . . . . .	867
10.3.	Verpflichtung zur Einhaltung von zwingenden Angaben in Geschäftsbüchern . . . . .	867
10.4.	Amtswegige Eintragungen bei Insolvenzverfahren . . . . .	867
11.	Die Gerichts- und Notarkosten bei einer Verschmelzung . . . . .	867
11.1.	Geschäftswert . . . . .	867
11.2.	Notarkosten . . . . .	867
11.2.1.	Beurkundung des Verschmelzungsvertrages . . . . .	867
11.2.2.	Beurkundung der Zustimmungsbeschlüsse der Mitgliederversammlungen . . . . .	868
11.2.3.	Beurkundung von Verzichtserklärungen . . . . .	868
11.2.4.	Anmeldung zum Vereinsregister . . . . .	868
11.3.	Die Gerichtskosten . . . . .	868
XII.	<b>Der nichtrechtsfähige Verein . . . . .</b>	869
1.	Begriff und Erscheinungsformen; gesetzlich verschlossene Berechtigungen bzw. Zulassungen . . . . .	869
1.1.	Begriff . . . . .	869
1.2.	Erscheinungsformen . . . . .	869
1.3.	Dem nichtrechtsfähigen Verein verschlossene Betätigungen bzw. Berechtigungen . . . . .	871
2.	Die Teilrechtsfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins . . . . .	872
2.1.	Die Unterstellung des nichtrechtsfähigen Vereins unter das Recht der bürgerlichen Gesellschaft . . . . .	872
2.2.	Die heute weitgehend entsprechende Geltung des Rechts des rechtsfähigen Vereins . . . . .	872
2.3.	Die Anerkennung des nichtrechtsfähigen Vereins als selbstständiges Rechtssubjekt (Rechtsträger) . . . . .	872
2.3.1.	Gründe für die Anerkennung . . . . .	872
2.3.2.	Der nichtrechtsfähige Verein im Arbeitsrecht . . . . .	873
2.3.3.	Der nichtrechtsfähige Verein im öffentlichen Recht – ausgenommen Straf- und Prozessrecht . . . . .	873
2.3.4.	Die Beteiligfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins nach Verwaltungsverfahrensgesetzen . . . . .	874
2.3.5.	Die Beteiligfähigkeit in Verwaltungsprozessen . . . . .	874
2.3.6.	Die Beteiligfähigkeit im Strafprozess und im OWi-Verfahren . . . . .	874
2.3.6.1.	Die Beteiligung in einem Strafverfahren als Verletzter . . . . .	874
2.3.6.2.	Die Nebenbeteiligung in einem Strafverfahren . . . . .	875
2.3.6.3.	Die Beteiligung des Vereins an einem OWi-Verfahren . . . . .	875
2.3.7.	Die aktive Parteifähigkeit im Zivilprozess . . . . .	875
2.3.8.	Die aktive Parteifähigkeit von Koalitionen im arbeitsgerichtlichen Urteils- und Beschlussverfahren . . . . .	875
2.3.8.1.	Urteilsverfahren . . . . .	875
2.3.8.2.	Beteiligfähigkeit im Beschlussverfahren . . . . .	876
2.3.9.	Die passive Parteifähigkeit im Zivilprozess . . . . .	876
2.3.10.	Der nichtrechtsfähige Verein in der ZPO-Zwangsvollstreckung . . . . .	877
2.3.10.1.	Die uneingeschränkte Parteifähigkeit . . . . .	877

2.3.10.2.	Der gegen den Verein oder gegen Vereinsmitglieder gerichtete Vollstreckungstitel . . . . .	877
2.3.10.3.	Die entsprechende Anwendung des § 735 ZPO. . . . .	878
2.3.11.	Die Insolvenzverfahrensfähigkeit . . . . .	878
2.4.	Weitere Rechtspositionen des nichtrechtsfähigen Vereins . . . . .	879
2.4.1.	Die Kaufmannseigenschaft. . . . .	879
2.4.2.	Firmenfähigkeit . . . . .	879
2.4.3.	Markenrechtsfähigkeit . . . . .	879
2.4.4.	Erbfähigkeit . . . . .	879
2.4.5.	Grundbuchfähigkeit. . . . .	880
2.4.5.	Kontofähigkeit. . . . .	880
2.4.6.	Wechsel- und Scheckfähigkeit . . . . .	880
3.	Die Abgrenzung des nichtrechtsfähigen Vereins von der Gesellschaft des bürgerlichen Rechts sowie Mischformen . . . . .	881
3.1.	Die notwendige körperschaftliche Organisation. . . . .	881
3.2.	Die Abgrenzung zur Gesellschaft des bürgerlichen Rechts . . . . .	881
3.3.	Mischformen . . . . .	882
3.4.	Umdeutung . . . . .	882
3.5.	Länger dauerndes Auftreten als Verein . . . . .	883
4.	Die grundsätzliche Gleichbehandlung des nichtrechtsfähigen Vereins mit dem rechtsfähigen Verein. . . . .	883
4.1.	Der Grundsatz der gleichen Behandlung beider Vereinsarten. . . . .	883
4.2.	Die Entstehung des nichtrechtsfähigen Dauervereins durch Gründung und Rechtsformwechsel . . . . .	883
4.3.	Das verbindliche Vereinsrecht . . . . .	884
4.3.1.	Die Vereinsverfassung und -satzung . . . . .	884
4.3.2.	Satzungsauslegung; revisionserichtliche Nachprüfung. . . . .	884
4.3.3.	Das satzungsnachrangige Vereinsrecht . . . . .	884
4.3.4.	Das Vereinsgewohnheitsrecht und die ständige Übung. . . . .	885
4.4.	Der Vorstand . . . . .	885
4.4.1.	Die notwendige Bestellung. . . . .	885
4.4.2.	Das Vorstandamt . . . . .	885
4.4.3.	Die gerichtliche Vorstandsbestellung . . . . .	885
4.4.4.	Die Vertretungsmacht . . . . .	886
4.4.5.	Keine aus der Satzung herzuleitende Befugnis des Vorstands zur Vertretung von Vereinsmitgliedern . . . . .	886
4.4.6.	Die Willensbildung des Vorstands . . . . .	887
4.4.7.	Geschäftsführung und Entlastung . . . . .	887
4.4.8.	Die Haftung des Vorstands gegenüber dem Verein . . . . .	887
4.5.	Die Mitgliederversammlung und die weiteren Vereinsorgane . . . . .	887
4.5.1.	Die Notwendigkeit und die Zuständigkeit . . . . .	887
4.5.2.	Die Pflicht zur Einberufung . . . . .	888
4.5.3.	Die gerichtliche Einberufungsermächtigung. . . . .	888
4.5.4.	Das im Übrigen entsprechend geltende Recht des rechtsfähigen Vereins . . . . .	888
4.5.5.	Die Mehrheiten bei Satzungs- und Zweckänderungen sowie bei der Vereinsauflösung. . . . .	889
4.5.6.	Die weiteren Vereinsorgane . . . . .	889
4.6.	Die Mitgliedschaft . . . . .	890
4.6.1.	Die Mitgliedsfähigkeit . . . . .	890
4.6.2.	Der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft . . . . .	890
4.6.3.	Der Inhalt der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten. . . . .	891
4.6.4.	Die Ordnungsgewalt des Vereins . . . . .	891

## Inhaltsverzeichnis

---

4.7.	Die Vermögensverhältnisse . . . . .	891
4.7.1.	Die Vermögensbildung . . . . .	891
4.7.2.	Der nichtrechtsfähige Verein als Träger des Vermögens; Haftung . . . . .	891
4.7.3.	Die Trennung des Vereinsvermögens vom Vermögen der Mitglieder . . . . .	892
4.7.4.	Die Verwaltung und die Verfügungsbefugnis . . . . .	892
4.8.	Die Haftung für Vereinsverbindlichkeiten . . . . .	892
4.8.1.	Die auf das Vereinsvermögen beschränkte Haftung der Mitglieder . . . . .	892
4.8.2.	Der Verein als Schuldner . . . . .	893
4.8.3.	Persönliche Haftung der Mitglieder nur bei besonderem Verpflichtungsgrund . . . . .	893
4.8.4.	Die Haftung der Mitglieder eines wirtschaftlich tätigen Vereins . . . . .	894
4.9.	Die Haftung des für den (Dauer-)Verein Handelnden . . . . .	894
4.9.1.	Gesetzliche Regelung und Regelungsinhalt . . . . .	894
4.9.2.	Beschränkung der Haftung auf den rechtsgeschäftlichen Vereinsaußenbereich . . . . .	894
4.9.3.	Erforderliches Handeln gegenüber Dritten . . . . .	895
4.9.4.	Der Handelnde . . . . .	895
4.9.5.	Das erforderliche Handeln für einen nichtrechtsfähigen Verein . . . . .	896
4.9.6.	Haftung nur bei Gültigkeit des Geschäfts . . . . .	897
4.9.7.	Inhalt und Umfang der Haftung . . . . .	897
4.9.8.	Das Verhältnis der Haftung des Handelnden zur Haftung des Vereins . . . . .	897
4.9.7.	Beweislast und Haftungsausschluss . . . . .	898
4.9.8.	Haftung mehrerer Handelnder . . . . .	898
4.9.9.	Die Befreiungs- und Regressansprüche . . . . .	899
4.9.10.	Keine Handelndenhaftung bei politischen Parteien und Parlamentsfraktionen . . . . .	899
4.9.11.	Rechtsscheinhaftung des für den rechtsfähigen Verein Handelnden bei Fortlassung des Rechtsformzusatzes . . . . .	899
4.10.	Die steuerliche Haftung . . . . .	900
4.10.1.	Die steuerliche Pflichterfüllung . . . . .	900
4.10.2.	Die Haftung . . . . .	900
5.	Das Ende des Vereins . . . . .	900
5.1.	Die Auflösung und die Beendigung . . . . .	900
5.2.	Der Fiskus als Erwerber des Vereinsvermögens . . . . .	901
5.3.	Die Liquidation . . . . .	901
5.4.	Die Fortsetzung des Vereins . . . . .	902
XIII.	<b>Das Vereinsschiedsgericht . . . . .</b>	903
1.	Voraussetzungen für die Anerkennung einer Vereinsschiedsgerichtsbarkeit . . . . .	903
1.1.	Die Abgrenzung Vereinsschiedsgericht zum Vereinsgericht als Vereinsorgan . . . . .	903
1.2.	Erstmalige Verhängung einer Vereinsstrafe durch ein unechtes Schiedsgericht als Vereinsorgan . . . . .	904
1.3.	Zur Schiedsgerichtsbarkeit politischer Parteien . . . . .	905
2.	Das ständige Schiedsgericht und das Gelegenheitsschiedsgericht . . . . .	906
2.1.	Das institutionelle Schiedsgericht . . . . .	906
2.2.	Das Gelegenheitsschiedsgericht . . . . .	907
3.	Die Bildung des Schiedsgerichts auf Grund der Satzung . . . . .	907
3.1.	Die Schiedsgerichtsanordnung in der Gründungssatzung . . . . .	907

3.2.	Verbindlichkeit einer Schiedsklausel in einer Schiedsgerichtsordnung .....	908
3.3.	Die Anordnung oder Abschaffung der Schiedsgerichtsbarkeit durch Satzungsänderung .....	908
4.	Satzungsregelungen zur Schiedsgerichtsbarkeit .....	908
4.1.	Beschränkung auf Gegenstände satzungsmäßiger Bindung .....	908
4.2.	Die Schiedsverfahrensordnung als notwendiger Satzungsbestandteil .....	909
4.3.	Die Schiedsfähigkeit .....	909
4.3.1.	Die objektive Schiedsfähigkeit .....	909
4.3.2.	Insbesondere: Objektive Schiedsfähigkeit bei Streitigkeiten betreffend die Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung und sonstiger Vereinsorgane .....	910
4.3.3.	Kein Ausschluss kartellrechtlicher Streitigkeiten .....	910
4.3.4.	Die subjektive Schiedsfähigkeit .....	911
4.3.5.	Der Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs und die Beachtung des Bestimmtheitsgrundsatzes .....	911
4.3.6.	Fakultativer Inhalt der Schiedsklausel: materielle Rechtsanwendung, Rechtsgestaltung .....	912
4.4.	Die persönliche Geltung der Schiedsklausel .....	912
4.4.1.	Beginn und Ende der Bindung der Vereinsmitglieder und Organmitglieder .....	912
4.4.2.	Rechtsnachfolge .....	913
4.4.3.	Die Verbindlichkeit der Schiedsklausel für den Insolvenzverwalter .....	913
4.4.5.	Keine Verbindlichkeit der Schiedsklausel für Vereinsangestellte .....	913
4.4.6.	Zur Verbindlichkeit von Schiedsklauseln eines übergeordneten Vereinsverbandes .....	913
4.4.7.	Die Anerkennung der satzungsmäßigen Schiedsgerichtsbarkeit durch Vertrag .....	913
4.5.	Zuständigkeit des Schiedsgerichts trotz fehlender oder nichtiger Schiedsklausel .....	914
5.	Die Schiedsvereinbarung .....	914
5.1.	Begriff, Rechtsnatur und Notwendigkeit .....	914
5.2.	Form der Schiedsvereinbarung .....	915
5.3.	Schiedsvereinbarung unter Verbraucherbeteiligung .....	915
5.4.	Heilung eines Formmangels durch rügelose Einlassung .....	915
5.5.	Inhalt der Schiedsvereinbarung .....	916
5.6.	Die Verweisung auf eine Schiedsgerichtsordnung .....	916
5.7.	Persönlicher Geltungsbereich der Schiedsvereinbarung .....	916
6.	Gesetzlicher Inhalt der Schiedsvereinbarung bzw. einer satzungsmäßigen Schiedsklausel: Befugnis zur Kompetenz-Kompetenz-Entscheidung .....	917
6.1.	Kompetenz-Kompetenz .....	917
6.2.	Verfahren bei Rüge der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts und der Kompetenzüberschreitung .....	917
7.	Rechtliche Wirkungen der satzungsmäßigen Schiedsklausel bzw. der Schiedsvereinbarung .....	918
7.1.	Materiellrechtliche Wirkungen .....	918
7.2.	Verfahrensrechtliche Wirkungen .....	918
8.	Der Grundsatz der Überparteilichkeit .....	919
8.1.	Bedeutung des Grundsatzes .....	919
8.2.	Das Schiedsgericht als Einrichtung des Vereins .....	919
9.	Die Bildung des Schiedsgerichts (kraft Satzungsanordnung und kraft Individualvereinbarung) .....	920

## Inhaltsverzeichnis

---

9.1.	Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts . . . . .	920
9.2.	Die Bestellung der Schiedsrichter beim vereinbarten Schiedsgericht . . . . .	920
9.2.1.	Die Verfahrensfreiheit . . . . .	920
9.2.2.	Die Schiedsrichterbestellung bei Fehlen einer Verfahrensvereinbarung beim vereinbarten Schiedsgericht . . . . .	920
9.2.3.	Gerichtliche Bestellung im Falle einer Übermachtstellung einer Partei bei der Schiedsrichterernennung . . . . .	920
9.2.4.	Gerichtliche Ersatzbestellung der Schiedsrichter . . . . .	921
9.2.5.	Schiedsrichterbestellung durch Dritte . . . . .	921
9.3.	Zur Wirksamkeit der Schiedsrichterbestellung durch Wahl . . . . .	922
9.4.	Die Schiedsrichterfähigkeit . . . . .	923
9.4.1.	Allgemeine Grundsätze . . . . .	923
9.4.2.	Schiedsrichterfähigkeit von Vereinsmitgliedern nur bei ausdrücklichem Einverständnis der Schiedsparteien . . . . .	923
9.5.	Der Schiedsrichtervertrag . . . . .	924
9.5.1.	Wesen und Rechtsnatur . . . . .	924
9.5.2.	Die Partner des Schiedsrichtervertrages . . . . .	925
9.5.3.	Der Abschluss des Schiedsrichtervertrages . . . . .	925
9.5.4.	Die Rechte der Schiedsrichter . . . . .	925
9.5.4.1.	Der Vergütungsanspruch . . . . .	925
9.5.4.1.1.	Der Anspruch auf Auslagenersatz . . . . .	926
9.5.4.1.2.	Der Anspruch auf Zahlung eines Vorschusses und die Folgen der Nichtzahlung . . . . .	926
9.5.4.2.	Sonstige Befugnisse der Schiedsrichter . . . . .	927
9.5.5.	Die Pflichten der Schiedsrichter . . . . .	927
9.5.5.1.	Die Mitwirkung bei der Ernennung des Vorsitzenden Schiedsrichters . . . . .	927
9.5.5.2.	Die Verfahrensförderungspflicht . . . . .	927
9.5.5.3.	Die Befolgung von Weisungen beider Parteien . . . . .	928
9.5.5.4.	Die Verschwiegenheitspflicht . . . . .	928
9.5.5.5.	Auskunftserteilung und Rechnungslegung . . . . .	928
9.5.5.6.	Mitwirkung bei der Beratung und beim Schiedsspruch . . . . .	928
9.5.6.	Die Haftung des Schiedsrichters . . . . .	929
9.5.7.	Die Beendigung des Schiedsrichtervertrages . . . . .	929
10.	Grundzüge des schiedsgerichtlichen Verfahrens . . . . .	930
10.1.	Partei- und Prozessfähigkeit . . . . .	930
10.2.	Rechtsanwälte und sonstige Personen als Verfahrensbewilligte . . . . .	930
10.3.	Die Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens . . . . .	930
10.3.1.	Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Parteien . . . . .	930
10.3.2.	Der Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs . . . . .	931
10.3.3.	Aktive Mitwirkungspflicht zur Gehörsgewährung . . . . .	933
10.3.4.	Die Freiheit der Parteien bzw. des Satzungsgabers zur Verfahrensgestaltung . . . . .	933
10.3.5.	Der Schiedsort . . . . .	933
10.3.6.	Die Verfahrenseinleitung durch den Schiedsantrag . . . . .	933
10.3.7.	Die Schiedsklage . . . . .	934
10.3.7.1.	Mögliche Schiedsklagen . . . . .	934
10.3.7.2.	Mindestinhalt der Schiedsklage . . . . .	934
10.3.7.3.	Bekanntmachung der Schiedsklage und Klageerwiderung . . . . .	935
10.3.7.4.	Klagänderung, Klagergänzung, Widerklage, Aufrechnung . . . . .	935
10.4.	Die Ablehnung eines Schiedsrichters . . . . .	935

10.4.1.	Offenbarungspflicht der Schiedsrichter .....	935
10.4.2.	Ablehnungsgründe .....	935
10.4.3.	Das Ablehnungsverfahren .....	936
10.4.3.1.	Die Behandlung der Ablehnung durch das Schiedsgericht .....	936
10.4.3.2.	Die Anrufung des staatlichen Gerichts und dessen Entscheidung .....	936
10.4.3.3.	Fortsetzung des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei nicht erledigter Ablehnung .....	937
10.5.	Weitere Grundsätze des schiedsrichterlichen Verfahrens .....	938
10.5.1.	Allgemeines .....	938
10.5.2.	Aktenbildung und Aufbewahrung .....	938
10.5.3.	Akteneinsicht .....	938
10.5.4.	Anerkenntnis und Verzicht .....	938
10.5.5.	Antragstellung .....	938
10.5.6.	Prozesskostenhilfe .....	939
10.5.7.	Aussetzung .....	939
10.5.8.	Beiladung .....	939
10.5.9.	Beratungsgeheimnis .....	939
10.5.10.	Beteiligung Dritter am Schiedsverfahren .....	939
10.5.11.	Beweissicherung .....	940
10.5.12.	Eidesstattliche Versicherung .....	940
10.5.13.	Fristen .....	940
10.5.14.	Förderpflicht .....	941
10.5.15.	Hausrecht/Ordnungsstörungen .....	941
10.5.16.	Heilung von Mängeln des Verfahrens/Verlust des Rügerechts .....	941
10.5.17.	Klageänderung .....	942
10.5.18.	Klagerücknahme .....	942
10.5.19.	Das Insolvenzverfahren .....	942
10.5.20.	Kostenvorschuss .....	942
10.5.21.	Ladung .....	942
10.5.22.	Mündliche Verhandlung/schriftliches Verfahren .....	943
10.5.23.	Nichtöffentlichkeit .....	943
10.5.24.	Protokoll .....	944
10.5.25.	Verfahrensvollmacht .....	944
10.5.26.	Rechtsmittelverfahren .....	944
10.5.27.	Säumnis .....	944
10.5.28.	Schiedshängigkeit .....	945
10.5.29.	Streitwert des schiedsrichterlichen Verfahrens; Festsetzung und Vereinbarung .....	945
10.5.30.	Wahrheitspflicht .....	946
10.5.31.	Wiedereinsetzung .....	946
10.6.	Staatsgerichtliche Zuständigkeiten während des schiedsrichterlichen Verfahrens .....	946
10.6.1.	Amtsgerichtliche Zuständigkeit .....	946
10.6.2.	Zuständigkeit der Oberlandesgerichte .....	947
10.7.	Die Beendigung des schiedsrichterlichen Verfahrens .....	947
10.7.1.	Verfahrensbeendigung infolge außergerichtlicher Einigung .....	947
10.7.2.	Weitere, durch Beschluss festzustellende Verfahrensbeendigungen .....	948
10.7.3.	Beendigung des Amtes des Schiedsrichters .....	948
10.7.4.	Der Schiedsvergleich .....	948
10.7.4.1.	Erfordernisse eines Schiedsvergleichs .....	948
10.7.4.2.	Der Schiedsspruch mit vereinbartem Inhalt .....	949

## Inhaltsverzeichnis

---

10.7.4.3.	Rechtskraftwirkung . . . . .	949
10.7.4.4.	Formersetzung entsprechend § 127a BGB; Frage des Erfordernisses der Vollstreckbarerklärung . . . . .	949
10.7.4.5.	Vollstreckbarerklärung durch einen Notar . . . . .	949
10.8.	Der Schiedsspruch . . . . .	950
10.8.1.	Entscheidungsfindung . . . . .	950
10.8.2.	Form und Inhalt des Schiedsspruchs . . . . .	950
10.8.3.	Bekanntmachung des Schiedsspruchs an die Parteien; keine Niederlegung . . . . .	951
10.8.4.	Abweichende Meinung . . . . .	952
10.9.	Die Kostenentscheidung . . . . .	952
10.9.1.	Die Kostenentscheidung im Schiedsspruch . . . . .	952
10.9.2.	Die Festsetzung des Gegenstandswertes . . . . .	954
10.9.3.	Die Kostenentscheidung in einem gesonderten Schiedsspruch . . . . .	954
10.10.	Die Rechtskraft des Schiedsspruchs . . . . .	955
10.10.1.	Allgemeines . . . . .	955
10.10.2.	Formelle Rechtskraft . . . . .	955
10.10.3.	Materielle Rechtskraft . . . . .	955
10.10.4.	Einschränkungen der materiellen Rechtskraft beim Schiedsspruch . . . . .	956
10.11.	Berichtigung, Auslegung und Ergänzung des Schiedsspruchs . . . . .	956
10.11.1.	Berichtigung . . . . .	956
10.11.2.	Auslegung . . . . .	956
10.11.3.	Ergänzung . . . . .	956
10.11.4.	Formen und Fristen . . . . .	957
10.12.	Die staatsgerichtliche Aufhebung des Schiedsspruchs . . . . .	957
10.12.1.	Amtswegige Prüfung des Vorliegens eines Schiedsspruchs . . . . .	957
10.12.2.	Aufhebungsgründe . . . . .	957
10.12.2.1.	Allgemeines . . . . .	957
10.12.2.2.	Fehlen der subjektiven oder der objektiven Schiedsfähigkeit und mangelnde Schiedsbindung . . . . .	957
10.12.2.3.	Behinderung in Angriffs- und Verteidigungsmitteln . . . . .	958
10.12.2.4.	Überschreiten der Grenzen der Schiedsvereinbarung oder der satzungsmäßigen Schiedsklausel . . . . .	958
10.12.2.5.	Verstoß gegen bestimmte Verfahrensvorschriften . . . . .	958
10.12.2.6.	Mangelnde objektive Schiedsfähigkeit nach deutschem Recht . . . . .	959
10.12.2.7.	Ordre public . . . . .	959
10.12.3.	Gerichtliches Verfahren . . . . .	959
10.12.3.1.	Unzulässigkeit bei Vollstreckbarerklärung . . . . .	959
10.12.3.2.	Antragsbefugnis und Antragsfrist . . . . .	960
10.12.3.3.	Gerichtszuständigkeit und -verfahren . . . . .	960
10.12.3.4.	Entscheidung des Oberlandesgerichts . . . . .	960
10.12.3.5.	Rechtsbeschwerde . . . . .	960
10.12.3.6.	Wirkung der Aufhebung . . . . .	961
10.12.3.7.	Mögliche Neubildung des Schiedsgerichts . . . . .	961
10.13.	Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs . . . . .	961
10.13.1.	Notwendigkeit der Vollstreckbarerklärung im Vereinsbereich . . . . .	961
10.13.2.	Zulässige und unzulässige Verfahrensgegenstände . . . . .	962
10.13.3.	Verfahren auf Vollstreckbarerklärung . . . . .	962
10.13.4.	Ablehnung der Vollstreckbarerklärung bei bestimmten Aufhebungsgründen; Präklusion . . . . .	963
10.13.5.	Zu berücksichtigende Einwendungen . . . . .	963
10.13.6.	Prüfungskompetenz des Gerichts . . . . .	963

10.13.7.	Entscheidung des Gerichts . . . . .	964
10.13.8.	Rechtsbeschwerde . . . . .	964
<b>XIV.</b>	<b>Das Recht der in privatrechtlicher Form bestehenden Verbände . . . . .</b>	<b>965</b>
<b>1. Abschnitt. Allgemeines Verbandsrecht. . . . .</b>	<b>965</b>	
1.	Begriffsbestimmungen. . . . .	965
1.1.	Der heutige Verbandsbegriff . . . . .	965
1.2.	Der Begriff Vereinsverband . . . . .	966
1.3.	Der Zentralverein (Gesamtverein) bzw. Zentralverband . . . . .	966
1.3.1.	Die Verbandsstruktur . . . . .	966
1.3.2.	Die Untergliederung als Zweigverein des Zentralvereins . . . . .	967
1.3.2.1.	Das Entstehen eines Zentralvereins (Zentralverbands) mit Zweigvereinen . . . . .	967
1.3.2.2.	Voraussetzungen für die Anerkennung einer Untergliederung als Zweigverein . . . . .	967
1.3.2.3.	Die Mehrfachmitgliedschaft . . . . .	969
1.3.2.4.	Die Vermögensverhältnisse des Zweigvereins . . . . .	970
1.3.2.5.	Zustimmung eines übergeordneten Organs zur Vorstandsbestellung von Untergliederungen . . . . .	971
1.3.2.6.	Weitere besondere Rechtsverhältnisse beim Zweigverein, insbesondere Vertretung, Haftung . . . . .	971
1.3.3.	Auflösungen und Ausschluss von Untergliederungen durch den Zentralverband; Schicksal der Mitglieder solcher Unterorganisationen, Selbstauflösungsrecht von Untergliederungen . . . . .	972
1.3.4.	Die Beachtung der Autonomie des Unterverbandes durch den Oberverband . . . . .	972
1.3.5.	Die unselbstständige Untergliederung . . . . .	973
1.4.	Spitzenverbände . . . . .	975
2.	Die Funktionen der Verbände; Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Zentralvereinen und Vereinsverbänden . . . . .	975
2.1.	Die Funktion der Verbände . . . . .	975
2.2.	Die Gemeinsamkeiten bei Zentralvereinen und Vereinsverbänden . . . . .	975
2.3.	Die Unterschiede . . . . .	976
3.	Besondere Rechtsverhältnisse der Vereinsverbände. . . . .	976
3.1.	Die Gründung . . . . .	976
3.2.	Die Verfassung des Vereinsverbandes . . . . .	977
3.3.	Die Mitgliedschaft im Vereinsverband . . . . .	978
3.4.	Geltung von Verbandsrecht, insbesondere der Strafgewalt für Einzelmitglieder der Anschlussvereine . . . . .	978
4.	Die Delegiertenversammlung bei Zentralverbänden, Großvereinen und – selten – bei Vereinsverbänden . . . . .	978
4.1.	Delegiertenversammlungen keine Vertreterversammlungen . . . . .	978
4.2.	Verbände bzw. Vereine mit Delegierten . . . . .	979
4.3.	Einführung einer Delegiertenversammlung; Satzungsänderung . . . . .	979
4.4.	Satzungserfordernisse . . . . .	980
4.4.1.	Der Delegiertenschlüssel . . . . .	980
4.4.2.	Die Festlegung der Zahl der Delegierten bei Vereinsverbänden mit »geborenen« Mitgliedern der Verbandsversammlung . . . . .	980
4.4.3.	Die u. U. erforderliche Festlegung eines Mehrstimmrechts von Delegierten . . . . .	981
4.4.4.	Die Festlegung der Amtsduauer der Delegierten . . . . .	981

## Inhaltsverzeichnis

---

5.	Die Wahl der Delegierten .....	982
5.1.	Das Vorschlagsrecht .....	982
5.2.	Wahlsysteme; Satzungserfordernisse .....	982
5.2.1.	Verweisung hinsichtlich der Wahlarten auf diejenigen bei Vorstandswahlen .....	982
6.	Die Rechtsstellung der Mitglieder bei Delegiertenversammlungen .....	982
6.1.	Das Minderheitsrecht gemäß § 37 BGB .....	982
6.2.	Die Unterrichtung der Mitglieder bei Lohnsteuerhilfvereinen ..	983
6.3.	Kein Teilnahmerecht der Mitglieder; zum Teilnahmerecht von Vorstandsmitgliedern von Verbandsuntergliederungen .....	983
7.	Rechte und Pflichten der Delegierten in der Delegiertenversammlung .....	983
7.1.	Teilnahmepflicht .....	983
7.2.	Ausübung der Teilnahmerechte .....	983
7.3.	Keine gespaltene Stimmabgabe bei Mehrstimmrechten .....	983
7.4.	Beachtung der Interessen des Verbandes (Großvereins) bei der Stimmabgabe .....	984
7.5.	Keine Stimmvollmacht .....	984
7.6.	Die Pflicht zur Stimmenthaltung bei Interessenkollision .....	984
8.	Die Rechte und Pflichten eines Delegierten im Übrigen .....	984
8.1.	Informationspflicht .....	984
8.2.	Aufwendungersatz .....	984
8.3.	Recht zur Anfechtung von Beschlüssen der Delegiertenversammlung .....	984
9.	Die Haftung der Delegierten .....	985
10.	Das Ende des Delegiertenamtes .....	985
11.	Die Urabstimmung .....	985
12.	Besondere Rechtsverhältnisse bei Sportverbänden .....	985
12.1.	Der deutsche Sportverband als Mitglied eines internationalen Sportverbands .....	985
12.2.	Beschäftigung im Sport: arbeitsvertragliche oder mitgliedschaftliche Pflicht .....	986
12.2.1.	Die Begriffe Arbeits- bzw. Beschäftigungsverhältnis .....	986
12.2.1.1.	Kein einheitlicher Begriff .....	986
12.2.1.2.	Der arbeitsrechtliche Begriff Arbeitnehmer .....	986
12.2.1.3.	Der steuerrechtliche Begriff Arbeitnehmer .....	986
12.2.1.4.	Der sozialversicherungsrechtliche Begriff Beschäftigter .....	986
12.2.2.	Sport-Arbeitnehmer und vereinsrechtliche Beschäftigung als Sportamateure .....	987
12.2.2.1.	Sportarbeitsverhältnisse im Sportdachverband; Spieler der Nationalmannschaft und (Feld-)Schiedsrichter .....	987
12.2.2.2.	Berufssportler und weitere im Sportbereich beschäftigte Personen als Arbeitnehmer .....	988
12.2.2.3.	So genannte Nicht-Amateure als Sportarbeitnehmer .....	988
12.2.2.4.	Vereinsangehörige Sport-Amateure keine Arbeitnehmer .....	989
12.2.3.	Mehrfache arbeitsvertragliche Bindung .....	990
12.2.4.	Beschäftigung arbeitnehmerähnlicher Personen .....	990
12.3.	Haftung von sporttreibenden Vereinsmitgliedern bei Schädigung anderer Sportler .....	990
12.3.1.	Allgemeines .....	990
12.3.2.	Spielregeln und Fairnessgebot .....	991
12.3.2.1.	Bedeutung der Sportregeln .....	991
12.3.2.2.	Der Geltungsbereich von Sportregeln .....	992
12.3.2.3.	Haftungsmaßstab bei Fehlen von Sportregeln .....	992

12.3.3.	Haftung bei Körperverletzungen im Mannschaftssport . . . . .	993
12.3.3.1.	Mannschaftssportarten . . . . .	993
12.3.3.2.	Haftung nur bei Vorsatz bei versichertem Beschäftigungsverhältnis bei Verletzung eines Spielers der gleichen Mannschaft . . . . .	993
12.3.3.3.	Auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkte Haftung des schädigenden Sportlers unter Orientierung des Haftungsmaßstabes an verletzten Sportregeln. . . . .	993
12.3.4.	Haftung bei Sport nebeneinander – parallel ausgeübte Sportarten . . . . .	995
12.3.4.1.	In Betracht kommende Sportarten . . . . .	995
12.3.4.2.	Haftungsmaßstab . . . . .	995
12.3.5.	Beweisfragen . . . . .	996
12.3.6.	Haftung bei gefährlichen (Extrem-)Sportarten . . . . .	996
12.3.6.1.	In Betracht kommende Sportarten . . . . .	996
12.3.6.2.	Grundsätzlicher Haftungsausschluss, aber nicht bei Versicherungsschutz . . . . .	997
12.3.7.	Keine Haftungsbegrenzung bei Sportverletzungen durch überlegenen zum Nachteil eines wenig geübten Sportlers . . . . .	997
12.4.	Die Haftung des Sportvereins wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht . . . . .	997
12.4.1.	Haftung wegen eines Organisationsmangels . . . . .	997
12.4.2.	Haftender Verein, haftender Vorstand und insbesondere des Vorstandsvorsitzenden . . . . .	998
12.4.3.	Haftung des Sportvereins als Sportveranstalter oder Betreiber einer Sportanlage . . . . .	998
12.4.3.1.	Der Begriff des haftenden Sportveranstalters . . . . .	998
12.4.3.2.	Verkehrssicherungspflichten des Sportvereins im Einzelnen . . . . .	999
12.4.3.3.	Einzelfälle . . . . .	1000
12.4.4.	Zur Delegierung von Verkehrspflichten . . . . .	1002
12.4.5.	Insbesondere: Pflicht des Sportvereins zur möglichen Verhinderung von Zuschauerausschreitungen; mögliche Sanktionen des Sportverbandes gegen den Sportverein bei Verletzung dieser Pflicht; Ansprüche des Vereins gegen gewalttätige Zuschauer . . . . .	1003
12.4.5.1.	Die Pflicht des Sportvereins als Veranstalter oder Ausrichter zur Sicherung gegen Zuschauerausschreitungen . . . . .	1003
12.4.5.2.	Strafen des Sportverbandes gegen korporative Mitglieder wegen Zuschauerausschreitungen; Ansprüche des Vereins gegen gewalttätige Zuschauer . . . . .	1004
12.4.5.3.	Schadensersatzpflicht des Störers dem veranstaltenden Sportverein gegenüber . . . . .	1006
12.5.	Die Haftung des Vereins als Tierhalter oder -hüter . . . . .	1006
12.5.1.	Die Begriffe Tierhalter und Tierhüter . . . . .	1006
12.5.2.	Die Gefährdungshaftung für sog. Luxustiere . . . . .	1006
12.5.3.	Die Haftung aus vermutetem Verschulden bei Haltung eines sog. Nutztiere . . . . .	1007
12.5.4.	Die von einem Vereinsmitglied oder von einem Verein gehaltenen Tiere als Nutz- oder Luxustiere . . . . .	1007
12.5.5.	Haftung als Tieraufseher . . . . .	1008
12.5.6.	Haftungsausschlüsse . . . . .	1008
12.5.6.1.	Handeln auf eigene Gefahr . . . . .	1008
12.5.6.2.	Haftungsausschluss wegen Treuwidrigkeit . . . . .	1008
12.5.6.3.	Ausdrücklicher Haftungsausschluss zwischen dem (Reiter-)Verein und dem Mitglied . . . . .	1009

## Inhaltsverzeichnis

---

12.5.6.4.	Ausnahmsweise: stillschweigender Haftungsausschluss . . . . .	1009
12.6.	Rechtsfragen aus Anlass eines Spielertransfers . . . . .	1009
12.6.1.	Der Begriff Transfer . . . . .	1009
12.6.2.	Der Transfervertrag . . . . .	1010
12.6.3.	Die Aus- und Weiterbildungs- bzw. Transferentschädigung . . . . .	1011
12.7.	Sponsoring . . . . .	1013
12.8.	Sportlizenzen im Bereich des Profimannschaftssports . . . . .	1013
12.8.1.	Vorbemerkung . . . . .	1013
12.8.2.	Arten und Träger von Sportlizenzen . . . . .	1013
12.8.3.	Rechtsgrundlagen der Lizenzierung . . . . .	1014
12.8.3.1.	Lizenzordnung . . . . .	1014
12.8.3.2.	Der Lizenzvertrag sowie die Schiedsvereinbarung . . . . .	1015
12.8.3.2.1.	Bedeutung des Lizenzvertrages . . . . .	1015
12.8.3.2.2.	Wesentlicher Inhalt des Lizenzvertrages . . . . .	1015
12.8.3.2.3.	Kündigung des Lizenzvertrages . . . . .	1016
12.8.3.2.4.	Schiedsvereinbarung . . . . .	1016
12.8.4.	Die Vereinslizenz als Mitgliedschaftsrecht . . . . .	1016
12.8.4.1.	Die Lizenz als Benutzungsrecht im vereinsrechtlichen Bereich . . . . .	1016
12.8.4.2.	Die Lizenz als Mitgliedschaftsrecht eigener Art im gesellschaftsrechtlichen Bereich . . . . .	1016
12.8.4.3.	Zur Übertragbarkeit der Vereinslizenz . . . . .	1017
12.8.4.3.1.	Vereinsrechtlicher Bereich . . . . .	1017
5.8.4.3.2.	Gesellschaftsrechtlicher Bereich . . . . .	1018
12.8.4.4.	Der Verlust der Vereinslizenz . . . . .	1018
12.8.4.4.1.	Vereinsrechtlicher Bereich . . . . .	1018
12.8.4.4.2.	Gesellschaftsrechtlicher Bereich . . . . .	1019
12.8.5.	Kartellrecht . . . . .	1020
12.8.6.	Das Lizenzierungsverfahren . . . . .	1021
12.8.6.1.	Zweck . . . . .	1021
12.8.6.2.	Zweistufige Regelung . . . . .	1021
12.8.6.3.	Grundzüge des materiellen Prüfungsverfahrens . . . . .	1022
12.8.6.4.	Verbandsinterne Rechtsmittel . . . . .	1023
12.8.7.	Gerichtlicher oder schiedsrichterlicher Rechtsschutz . . . . .	1023
12.8.7.1.	Verbandsinternes Vorschaltverfahren . . . . .	1023
12.8.7.2.	Einstweiliger Rechtsschutz . . . . .	1023
12.8.7.3.	Hauptsacheklage . . . . .	1024
12.8.7.4.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast . . . . .	1025
12.8.8.	Haftung bei fehlerhafter Lizenzierung . . . . .	1026
12.8.8.1.	Allgemeines . . . . .	1026
12.8.8.2.	Haftungsgrundlagen . . . . .	1026
12.8.8.3.	Zum Vertretenmüssen der Mitglieder des Prüfungsgremiums . . . . .	1027
12.9.	Einstweilige Verfügungen durch das Staatsgericht im Sportbereich . . . . .	1028
12.9.1.	Hinweis . . . . .	1028
12.9.2.	Allgemeines . . . . .	1028
12.9.3.	Verfügungsbegehren im Einzelnen . . . . .	1028
2. Abschnitt. Die Koalitionen (Berufsverbände) . . . . .	1030	
1.	Vereine und Verbände mit besonderer verfassungsrechtlicher Privilegierung . . . . .	1030
2.	Der Begriff Koalition . . . . .	1030
3.	Einzelne Merkmale einer Koalition . . . . .	1031
3.1.	Freie und auf Dauer angelegte Vereinigungen . . . . .	1031
3.2.	Das innerverbandliche Demokratieverdernis . . . . .	1032

3.3.	Das Erfordernis der Gegnerfreiheit und sonstigen Unabhängigkeit . . . . .	1032
3.4.	Die Tarifwilligkeit . . . . .	1033
3.5.	Die Anerkennung des geltenden Tarif-, Schlichtungs- und Arbeitskampfrechts . . . . .	1034
3.6.	Die Leistungsfähigkeit und die Mächtigkeit . . . . .	1034
4.	<b>Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit . . . . .</b>	<b>1034</b>
4.1.	Überlagerung des Vereinsrechts für Koalitionen durch Art. 9 Abs. 3 GG . . . . .	1034
4.2.	Das Verhältnis der Koalitionsfreiheit zur Vereinigungsfreiheit . . . . .	1034
4.3.	Die positive Koalitionsfreiheit . . . . .	1035
4.4.	Die negative Koalitionsfreiheit . . . . .	1035
4.5.	Das kollektive Grundrecht der Koalition . . . . .	1036
5.	<b>Einzelne Rechtsverhältnisse . . . . .</b>	<b>1036</b>
5.1.	Der mögliche Aufnahmefzwang . . . . .	1036
5.2.	Der Ausschluss aus einer Koalition . . . . .	1036
5.3.	Der Austritt . . . . .	1037
5.4.	Die Austrittsaufforderung . . . . .	1038
5.5.	Die freie Meinungsäußerung . . . . .	1038
5.6.	Die Mitgliedschaft in einem Koalitionsverein und die Tarifbindung . . . . .	1038
5.7.	Die Personalvertretung . . . . .	1039
5.8.	Die Werbung von Mitgliedern und die Information über die Tätigkeit des Koalitionsvereins . . . . .	1040
5.9.	Haftungsfragen bei Rechtsberatung und bei Streik . . . . .	1041
5.10.	Unterlassungsklage bei Störung der koalitionsmäßigen Betätigung . . . . .	1042
5.11.	Prozessfragen . . . . .	1042
6.	<b>Beendigung einer Koalition . . . . .</b>	<b>1043</b>
a)	Zivilprozess . . . . .	1042
b)	Arbeitsgerichtliches Verfahren . . . . .	1042
<b>3. Abschnitt. Die politischen Parteien . . . . .</b>	<b>1043</b>	
1.	Die Funktion . . . . .	1043
2.	<b>Der Begriff politische Partei . . . . .</b>	<b>1044</b>
2.1.	Die gesetzliche Definition . . . . .	1044
2.2.	Die Partei als Verein mit ausschließlich natürlichen Personen als Mitglieder . . . . .	1044
2.3.	Die erforderliche Einflussnahme auf die politische Willensbildung . . . . .	1045
2.4.	Keine Anerkennung von Ausländer- und Exterritorialparteien . . . . .	1046
2.5.	Einzelfälle . . . . .	1047
2.5.1.	Territoriale Untergliederungen von Parteien fallen unter den Parteibegriff . . . . .	1047
2.5.2.	Keine Parteien: Nebenorganisationen, Tarnorganisationen, Ersatzorganisationen, parteinahe Stiftungen . . . . .	1047
3.	Die Rechtsquellen für die innere Ordnung der Parteien (Übersicht) . . . . .	1047
4.	Die Freiheit der Gründung einer Partei, deren Bestandsschutz sowie das Demokratiegebot . . . . .	1048
4.1.	Art. 21 GG als vorrangige Quelle des Parteienrechts . . . . .	1048
4.2.	Die Gründungsfreiheit . . . . .	1049
4.3.	Der Gründungsakt . . . . .	1049
4.4.	Keine Handelndenhaftung; die Organhaftung . . . . .	1049

## Inhaltsverzeichnis

---

4.5.	Prüfungsumfang des Registergerichts bei erstrebter Eintragung des Vereins . . . . .	1049
4.6.	Der verfassungsrechtlich garantie Bestandsschutz. . . . .	1049
4.7.	Das Demokratiegebot . . . . .	1050
4.8.	Nach Art. 21 Abs. 1 GG zu beurteilende Sachverhalte bzw. Rechtsverhältnisse . . . . .	1050
5.	Die Gliederung der Partei . . . . .	1051
5.1.	Die erforderliche Satzungsregelung . . . . .	1051
5.2.	Die gebotene gebietliche Gliederung . . . . .	1051
5.3.	Der territorial gegliederte Parteiverband (Gebietsverband) als Rechtsgebilde zwischen dem Großverein und dem Vereinsverband. . . . .	1051
5.4.	Die Privilegierung des Gebietsverbandes der höchsten Stufe. . . . .	1052
5.5.	Die Beschränkung der Organisation auf Stadtstaaten . . . . .	1052
5.6.	Die Umbildung, die Auflösung und der Austritt von Gebietsverbänden . . . . .	1052
5.7.	Das Verhältnis zwischen der Gesamtpartei und den nachgeordneten Parteiverbänden . . . . .	1053
5.8.	Die Gebietsverbände als nichtrechtsfähige und ausnahmsweise als rechtsfähige Vereine. . . . .	1054
6.	Die Parteisatzung . . . . .	1054
6.1.	Allgemeines; Grundsatz der Satzungsgestaltungsfreiheit . . . . .	1054
6.2.	Die Schriftlichkeit . . . . .	1055
6.3.	Die Mindestregelungen der Parteisatzung . . . . .	1055
6.4.	Der Name der Gesamtpartei und ihrer Gebietsverbände sowie der Namensschutz . . . . .	1056
6.5.	Der Sitz und das Tätigkeitsgebiet der Partei . . . . .	1057
6.6.	Der Zweck der Partei . . . . .	1057
6.7.	Das Parteiprogramm . . . . .	1057
6.8.	Die Aufnahme von Mitgliedern . . . . .	1058
6.9.	Der Verlust der Parteimitgliedschaft sowie der Austritt . . . . .	1059
6.10.	Die Rechte und Pflichten der Mitglieder . . . . .	1059
7.	Die Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen . . . . .	1060
7.1.	Die Organnotwendigkeit . . . . .	1060
7.2.	Die Bildung von Mitglieder- oder Vertreterversammlungen; der Parteitag und die Hauptversammlung . . . . .	1060
7.3.	Die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen . . . . .	1060
7.4.	Die Zuständigkeiten . . . . .	1061
7.5.	Die Einberufungsformalitäten . . . . .	1062
7.6.	Der Ablauf der Mitglieder- oder Vertreterversammlung . . . . .	1062
7.7.	Die Beurkundung der Beschlüsse . . . . .	1062
7.8.	Die Urabstimmung . . . . .	1063
7.9.	Parteiinterne Wahlen . . . . .	1063
7.9.1.	Rechtsgrundlagen . . . . .	1063
7.9.2.	Wahlgrundsätze . . . . .	1063
7.9.2.1.	Allgemeine Wahl . . . . .	1063
7.9.2.2.	Unmittelbarkeit . . . . .	1064
7.9.2.3.	Freie Wahl . . . . .	1064
7.9.2.4.	Wahlgleichheit . . . . .	1064
7.9.2.5.	Geheime Wahl . . . . .	1064
7.9.3.	Wahlvorbereitung, Wahlvorschläge . . . . .	1065
7.9.4.	Wahlsystem . . . . .	1065
7.9.5.	Mehrheiten . . . . .	1065

7.9.6.	Die Anfechtung von Parteiwahlen .....	1065
7.9.6.1.	Parteiinterne Anfechtung .....	1065
7.9.6.2.	Gerichtliche Anfechtung .....	1066
8.	Der Parteivorstand .....	1067
8.1.	Begriff und Funktionen .....	1067
8.2.	Zusammensetzung .....	1068
8.3.	Die Bestellung der Vorstandsmitglieder und deren Amtsdauer ..	1068
8.3.1.	Bestellung durch Wahl .....	1068
8.3.2.	Bestellung kraft Satzungsermächtigung .....	1068
8.3.3.	Ergänzung; keine Kooptation .....	1068
8.3.4.	Bestellung durch Gericht .....	1068
8.3.5.	Bestelldauer .....	1069
8.3.6.	Abwahl, Amtsende .....	1069
8.4.	Willensbildung .....	1069
8.5.	Der (Gesamt-)Vorstand als Leitungsorgan .....	1069
8.6.	Der geschäftsführende Vorstand (Präsidium) .....	1070
8.7.	Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung .....	1070
9.	Der allgemeine Parteiausschuss .....	1071
10.	Das Parteischiedsgericht .....	1071
10.1.	Die notwendige Bildung .....	1071
10.2.	Die Zuständigkeit .....	1072
10.3.	Die Schiedsrichterfähigkeit und die Bestellung der Schiedsrichter .....	1072
10.4.	Das paritätische Parteischiedsgericht .....	1072
10.5.	Die Unabhängigkeit der Schiedsrichter .....	1072
10.6.	Die notwendige Parteischiedsgerichtsordnung .....	1073
10.7.	Das Parteioberschiedsgericht .....	1073
10.8.	Parteischiedsgerichte im Regelfall keine Schiedsgerichte im Sinne der ZPO .....	1073
11.	Die Ordnungsmaßnahmen der Partei und der Gebietsverbände gegen Mitglieder .....	1073
11.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Verankerung .....	1073
11.2.	Die zulässigen Ordnungsmaßnahmen; Verfahrensgrundsätze .....	1074
11.3.	Der Ausschluss aus der Partei .....	1074
11.3.1.	Satzungsregelungen .....	1074
11.3.2.	Satzungsverstoß .....	1075
11.3.3.	Verstoß gegen Parteidatumsätze .....	1075
11.3.4.	Verstoß gegen Parteordinnung .....	1075
11.3.5.	Verschulden .....	1076
11.3.6.	Zufügung eines schweren Schadens .....	1076
11.3.7.	Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung; Ausschlussermessungen .....	1077
11.3.8.	Ausschlussverfahren .....	1077
11.3.8.1.	Rechtsgrundlagen .....	1077
11.3.8.2.	Antragstellung .....	1078
11.3.8.3.	Anwaltsvertretung .....	1078
11.4.	Die Beachtung des Grundsatzes »ne bis in idem« .....	1079
11.5.	Die zeitliche Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten als vorläufige Maßnahme gegen ein auszuschließendes Mitglied .....	1080
11.6.	Automatischer Verlust der Mitgliedschaft durch Streichung aus der Mitgliederliste .....	1081
12.	Die Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände .....	1081
13.	Die Rechtsstreitigkeiten in Angelegenheiten der inneren Parteiordnung .....	1082

## Inhaltsverzeichnis

---

13.1.	Der Rechtsweg . . . . .	1082
13.2.	Die aktive und passive Parteifähigkeit sowie die Grundbuchfähigkeit . . . . .	1082
13.3.	Zur Befugnis von Parteimitgliedern zur gerichtlichen Anfechtung von Beschlüssen der Parteiorgane . . . . .	1083
13.4.	Die staatsgerichtliche Überprüfung von Ordnungsmaßnahmen der politischen Parteien . . . . .	1083
14.	Das für politische Parteien im Übrigen geltende bürgerliche Vereinsrecht . . . . .	1084
15.	Publizität der Rechtsverhältnisse einer politischen Partei . . . . .	1086
16.	Rechtsweg bei Streitigkeiten unter Beteiligung von Fraktionen . . . . .	1086
16.1.	Rechtsstatus der Fraktionen . . . . .	1086
16.2.	Rechtsweg bei Streitigkeiten unter Beteiligung von Fraktionen bzw. Fraktionsmitgliedern . . . . .	1087
16.3.	Zivilgerichtliche Zuständigkeit . . . . .	1087
17.	Der Ausschluss aus Parlaments- und Ratsfraktionen . . . . .	1087
17.1.	Allgemeines . . . . .	1087
17.2.	Der erforderliche wichtige Grund . . . . .	1087
17.3.	Verfahrensgrundsätze . . . . .	1087
17.4.	Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten . . . . .	1087
XV.	<b>Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie die religiösen Vereine . . . . .</b>	1089
1.	Begriffsbestimmungen . . . . .	1089
1.1.	Die verfassungsrechtlichen Begriffe Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie religiöse Vereine . . . . .	1089
1.2.	Der Begriff Religionsgemeinschaft . . . . .	1089
1.3.	Bestehende Religionsgemeinschaften . . . . .	1089
1.4.	Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf mit Kirchen oder Religionsgemeinschaften eng verbundenen Einrichtungen bzw. Organisationen, insbesondere auf kirchliche bzw. religiöse Vereine; zur Fähigkeit eines Vereinsverbandes (eines Dachverbandes) eine Religionsgemeinschaft zu sein . . . . .	1091
1.5.	Abspaltungen als Religionsgemeinschaften . . . . .	1092
1.6.	Die Weltanschauungsgemeinschaften . . . . .	1092
2.	Das Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes . . . . .	1093
2.1.	Der maßgebliche Verfassungsschutz . . . . .	1093
2.2.	Das originäre Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht in inneren Angelegenheiten . . . . .	1093
2.3.	Die Beachtung des für alle geltenden Gesetzes . . . . .	1096
2.4.	Die Beachtung des »für alle geltenden Gesetzes« bei der Erlangung der Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister sowie die Verbindlichkeit zwingender Vereinsrechts für alle Religionsgemeinschaften, auch wenn sie nichtrechtsfähige Vereine sind . . . . .	1098
2.4.1.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit . . . . .	1098
2.4.2.	Die Verbindlichkeit zwingender vereinsrechtlicher BGB-Vorschriften und allgemeiner nicht kodifizierter Vereinsgrundsätze auch für die in nichtrechtsfähiger Rechtsform bestehenden Religionsgemeinschaften . . . . .	1099
2.5.	Keine Aushilfe staatlicher Gerichte nach §§ 29, 37 Abs. 2 BGB . . . . .	1100

3.	Rechtsstreitigkeiten vor staatlichen Gerichten unter Beteiligung einer verfassungsrechtlich privilegierten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft oder religiösen Vereinen . . . . .	1100
3.1.	Die zulässige Prüfung der verfassungsrechtlichen Privilegierung . . . . .	1100
3.2.	Bisherige Rechtsgrundsätze . . . . .	1100
3.2.1.	Grundsätzlich keine Zuständigkeit staatlicher Gerichte in den eigenen Angelegenheiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften . . . . .	1100
3.2.2.	Zuständigkeit staatlicher Gerichte bei der erforderlichen Beurteilung von Rechtsfragen nach staatlichem Recht . . . . .	1102
3.2.3.	Die Beachtung des innerreligionsgemeinschaftlichen Rechts durch das staatliche Gericht . . . . .	1103
3.3.	Neuere Rechtsentwicklung . . . . .	1104
3.3.1.	Die bisher freiwillige Inanspruchnahme der staatlichen Gerichtsbarkeit durch die Religionsgemeinschaften . . . . .	1104
3.3.2.	Nunmehr: Eingeschränkte Zuständigkeit staatlicher Gerichte . . . . .	1104
4.	Grundzüge des kirchlichen Vereinigungsrechts . . . . .	1105
4.1.	Das Vereinigungsrecht der katholischen Kirche . . . . .	1105
4.1.1.	Die kirchliche Vereinigungsfreiheit und die kirchlichen Vereinigungsformen . . . . .	1105
4.1.2.	Die für alle Vereine geltenden Vorschriften des CIC/1983 . . . . .	1106
4.1.2.1.	Vereinsgründung . . . . .	1106
4.1.2.2.	Die kirchenamtliche Überprüfung der Statuten als Voraussetzung der Anerkennung als nichtrechtsfähige Vereinigung . . . . .	1107
4.1.2.3.	Die Mitgliedschaft . . . . .	1107
4.1.2.4.	Das Selbstbestimmungsrecht . . . . .	1108
4.1.2.5.	Aufsicht . . . . .	1108
4.1.3.	Die nichtrechtsfähigen privaten Vereinigungen . . . . .	1108
4.1.3.1.	Entstehung . . . . .	1108
4.1.3.2.	Rechtsnatur . . . . .	1108
4.1.3.3.	Satzungsautonomie . . . . .	1108
4.1.3.4.	Aufsicht und Leitungsgewalt . . . . .	1108
4.1.3.5.	Auflösung und Vermögensverwendung . . . . .	1109
4.1.4.	Die rechtsfähigen privaten Vereinigungen . . . . .	1109
4.1.4.1.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit . . . . .	1109
4.1.4.2.	Aufsicht . . . . .	1109
4.1.4.3.	Grundsätzlich keine Auswirkung der kirchlichen Rechtsfähigkeit im staatlichen Bereich . . . . .	1109
4.1.5.	Die öffentlichen Vereinigungen . . . . .	1110
4.1.5.1.	Die amtliche Errichtung . . . . .	1110
4.1.5.2.	Vereinigungszwecke (can. 301 § 1) . . . . .	1110
4.1.5.3.	Kirchengutseigenschaft des Vermögens öffentlicher Vereinigungen . . . . .	1110
4.1.5.4.	Die besondere Unterstellung unter die kirchliche Hierarchie . . . . .	1110
4.2.	Hinweise zum Vereinigungsrecht der Evangelischen Kirche . . . . .	1110
XVI.	<b>Die altrechtlichen Vereine . . . . .</b>	1112
1.	Begriff und kurzer historischer Rückblick . . . . .	1112
2.	Die Rechtsfähigkeit und die Parteifähigkeit . . . . .	1112
2.1.	Das grundsätzlich maßgebende Landesrecht . . . . .	1112
2.2.	Rechtsfähigkeit nach gemeinrechtlicher Auffassung . . . . .	1113
2.3.	Rechtsfähigkeit auf Grund staatlichen Privilegiums . . . . .	1113
2.4.	Rechtsfähigkeit auf Grund staatlicher Vorschriften . . . . .	1113

## Inhaltsverzeichnis

---

2.5.	Die Partefähigkeit .....	1114
2.6.	Altrechtliche Vereine mit Rechtsfähigkeit aus zwei Rechtsquellen.....	1114
2.7.	Die Bereinigung der zweifelhaften Rechtsfähigkeit älterer Vereine durch das Landesrecht.....	1114
3.	Der Vorbehalt des Art. 82 EGBGB hinsichtlich der Verfassung altrechtlicher Vereine.....	1115
4.	Die Verfassung altrechtlicher Vereine i. S. d. Art. 163 AGBGB .....	1117
5.	Die Genehmigung von Satzungsänderungen privilegierter altrechtlicher Vereine .....	1117
5.1.	Der Verlust durch Gesetz in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz .....	1117
5.2.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit nach § 43 BGB .....	1118
6.	Die Rechtsbereinigung in Bayern .....	1118
6.1.	Die anerkannten Vereine .....	1118
6.2.	Sonstige nichtwirtschaftliche privatrechtliche Vereinigungen .....	1118
7.	Die nichtrechtsfähigen Vereine .....	1118
<b>XVII.</b>	<b>Das Vereinsrecht in den neuen Bundesländern .....</b>	<b>1120</b>
1.	Die Rechtslage in der früheren DDR bis zum 20.2.1990.....	1120
2.	Das Gesetz über Vereinigungen vom 21.2.1990 .....	1121
3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit wegen unterlassenen Antrags auf Registrierung.....	1121
4.	Der Bestandsschutz bei der Überführung der DDR-Vereine in das Recht der Bundesrepublik Deutschland.....	1121
5.	Die Überleitung der Orgahaftung .....	1122
<b>B.</b>	<b>Das öffentliche Vereinsrecht.....</b>	<b>1123</b>
<b>I.</b>	<b>Die allgemeine Vereinigungsfreiheit .....</b>	<b>1123</b>
1.	Der Vereinsbegriff im Sinne des Art. 9 GG und des Vereinsgesetzes.....	1123
1.1.	Die Definitionen des Gesetzgebers und des Bundesgerichtshofs ..	1123
1.2.	Der Geltungsbereich des öffentlich-rechtlichen Vereinsbegriffs und sein Verhältnis zu dem des bürgerlichen Rechts.....	1123
1.3.	Die Unmaßgeblichkeit der Rechtsform der Vereinigung.....	1124
1.4.	Die Vereinigung einer Mehrheit natürlicher oder juristischer Personen .....	1124
1.5.	Der für längere Zeit beabsichtigte freiwillige Personenzusammenschluss .....	1124
1.6.	Die Unterwerfung unter eine organisierte Willensbildung zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks .....	1125
2.	Die vom Vereinsbegriff ausgenommenen politischen Parteien und Fraktionen; Verbot von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.....	1125
2.1.	Die vom Vereinsverbot ausgenommenen politischen Parteien und Parlamentsfraktionen.....	1125
2.2.	Zum Verbot von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften .....	1127
3.	Die allgemeine und die besondere Vereinigungsfreiheit .....	1127
4.	Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit.....	1128
4.1.	Grundrechtsnorm .....	1128
4.2.	Die Beschränkung des Grundrechts auf Deutsche und Unionsbürger .....	1128
4.3.	Der wesentliche verfassungsrechtliche Schutz für den Verein .....	1129
4.4.	Gesetzliche Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit.....	1129

4.5.	Unzulässige Beeinträchtigung der Vereinstätigkeit . . . . .	1130
4.6.	Kein Schutz des Vereins nach Art. 9 Abs. 1 GG bei Jedermann-Tätigkeit . . . . .	1130
<b>II.</b>	<b>Die ein Vereinsverbot rechtfertigenden Tatbestände . . . . .</b>	<b>1131</b>
1.	Die Beschränkung der Vereinigungsfreiheit durch Art. 9 Abs. 2 GG . . . . .	1131
2.	Zum Betätigungsverbot an Stelle eines Vereinsverbots: Verhältnismäßigkeit auf Rechtsfolgenseite? . . . . .	1131
3.	Das Verbot von Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen . . . . .	1132
3.1.	Die Zurechnung . . . . .	1132
3.2.	Der Verstoß gegen Strafgesetze . . . . .	1134
4.	Das Verbot von Vereinen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten . . . . .	1134
4.1.	Die geschützte verfassungsmäßige Ordnung . . . . .	1134
4.2.	Die aggressive Bekämpfung der verfassungsmäßigen Ordnung . . . . .	1134
5.	Das Verbot von Vereinen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten . . . . .	1135
5.1.	Der Verbotstatbestand . . . . .	1135
5.2.	Die Zielverwirklichung bzw. subjektive Seite des Verbotstatbestands . . . . .	1136
<b>III.</b>	<b>Das Verbotsverfahren . . . . .</b>	<b>1138</b>
1.	Die Behördenzuständigkeit . . . . .	1138
1.1.	Die Verbotsbehörden . . . . .	1138
1.2.	Die Verbotsbehörden als Ermittlungsbehörden und die zur Hilfe verpflichteten Behörden . . . . .	1138
2.	Die Einleitung und die Durchführung des Ermittlungsverfahrens . . . . .	1139
2.1.	Die behördinternen Ermittlungen . . . . .	1139
2.2.	Das förmliche Ermittlungsverfahren . . . . .	1139
2.3.	Die Einschaltung des Verwaltungsgerichts zur Durchführung richterlicher Ermittlungshandlungen – Zeugenvernehmung, Anordnung der Beschlagnahme oder Durchsuchung . . . . .	1140
3.	Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens . . . . .	1142
4.	Die Verbotsverfügung . . . . .	1142
4.1.	Zum Erfordernis einer vorherigen Anhörung . . . . .	1142
4.2.	Die Verbotsverfügung gegen Vereine ohne Untergliederungen und ohne Neben- oder Hilfsorganisationen . . . . .	1142
4.3.	Das Verbot von Vereinen mit Teilorganisationen sowie von Vereinen mit Neben- oder Hilfsorganisationen . . . . .	1143
4.4.	Die Rechtsbeiefsbelehrung und die Bekanntmachung der Verbotsverfügung . . . . .	1145
5.	Die Wirksamkeit, Vollziehbarkeit und Unanfechtbarkeit der Verbotsverfügung und die Wirkungen im zivil- und strafrechtlichen Bereich . . . . .	1145
5.1.	Die Wirksamkeit . . . . .	1145
5.2.	Die Vollziehbarkeit . . . . .	1146
5.3.	Die Unanfechtbarkeit (Bestandskraft) des Vereinsverbots . . . . .	1146
6.	Die Anfechtungsklage gegen das Vereinsverbot . . . . .	1147
6.1.	Die Klageberechtigten . . . . .	1147
6.2.	Die Klagefrist . . . . .	1147
6.3.	Die Gerichtszuständigkeit . . . . .	1148
6.4.	Zusammentreffen von Klagen in Vereissachen; Aussetzung und Benachrichtigung . . . . .	1148

## Inhaltsverzeichnis

---

6.5.	Die Aussetzung der Vollziehung des Vereinsverbots; der Erfolg der Klage . . . . .	1149
7.	Das Kennzeichenenverbot . . . . .	1149
8.	Das Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen . . . . .	1151
8.1.	Der Begriff Ersatzorganisation . . . . .	1151
8.2.	Das Verbot der Fortsetzung bestehender Organisationen als Ersatzorganisation . . . . .	1152
8.3.	Das Feststellungsverfahren . . . . .	1152
8.3.1.	Das vereinfachte Ermittlungsverfahren . . . . .	1152
8.3.2.	Die Feststellungsverfügung bei Ersatzorganisationen von verbotenen Vereinen . . . . .	1153
8.3.3.	Die Feststellungsverfügung bei Ersatzorganisationen von verbotenen politischen Parteien . . . . .	1153
8.4.	Keine aufschiebende Wirkung einer Anfechtungsklage . . . . .	1153
8.5.	Vorläufige Maßnahmen gegen Ersatzorganisationen . . . . .	1153
8.6.	Die Strafbarkeit . . . . .	1154
8.7.	Ermittlungsbefugnisse der Verbotsbehörde nach § 4 VereinsG auch nach der Verfügung eines Vereinsverbots . . . . .	1154
IV.	<b>Der Vollzug des Vereinsverbots . . . . .</b>	1155
1.	Die Behördenzuständigkeit beim Vollzug . . . . .	1155
1.1.	Die Zuständigkeit der Verbotsbehörde . . . . .	1155
1.2.	Die Zuständigkeit der Vollzugsbehörde . . . . .	1155
2.	Die Register- und Grundbucheintragungen . . . . .	1156
2.1.	Die Eintragungen in öffentlichen Registern . . . . .	1156
2.2.	Die Eintragungen im Grundbuch (Schiffs-, Schiffsbauregister) . . . . .	1156
3.	Die Vermögensbeschlagnahme . . . . .	1157
3.1.	Der Umfang der Beschlagnahme . . . . .	1157
3.2.	Das durch die Beschlagnahme eingetretene Veräußerungsverbot . . . . .	1157
3.3.	Der Gutgläubenschutz . . . . .	1157
3.4.	Die Auskunfts- und Versicherungspflicht des Vorstands . . . . .	1157
3.5.	Die Sicherstellung von im Vereinsgewahrsam befindlichen Sachen sowie von Sachen des Vereinsvermögens im Gewahrsam Dritter; die Aufhebung der Sicherstellung . . . . .	1158
3.6.	Die Beschlagnahme von Forderungen und anderen Vermögensrechten . . . . .	1159
3.7.	Die Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens . . . . .	1159
3.8.	Das Ende der Beschlagnahme . . . . .	1160
4.	Die grundsätzlich durchzuführende Einziehung des Vermögens des Vereins . . . . .	1160
4.1.	Das Absehen von der Vermögenseinziehung . . . . .	1160
4.2.	Die Durchführung des Einziehungsverfahrens . . . . .	1161
4.3.	Die Mitteilung des Rechtsübergangs sowie die Grundbucheintragungen . . . . .	1162
5.	Die mögliche Einziehung von Gegenständen Dritter . . . . .	1162
5.1.	Der Zweck der Regelung in § 12 VereinsG . . . . .	1162
5.2.	Die Prüfung der Forderungen der Vereinsgläubiger . . . . .	1163
5.3.	Die einziehbaren »Kollaborationsforderungen« . . . . .	1163
5.4.	Die einziehbaren Umgehungsforderungen . . . . .	1164
5.5.	Der Gutgläubenschutz . . . . .	1164
5.6.	Die Einziehung von Sachen Dritter . . . . .	1164
5.7.	Die Behandlung beschränkt-dinglicher Rechte und anderer Rechte Dritter an den eingezogenen Gegenständen . . . . .	1164

5.8.	Die Einziehung wegen relativer Unwirksamkeit von Umgehungsgeschäften des Vereins . . . . .	1165
5.9.	Die besondere Einziehungsverfügung; der Rechtsübergang auf den Einziehungsbegünstigten . . . . .	1166
6.	Die endgültige Abwicklung der Vermögensverhältnisse des nunmehr nicht mehr bestehenden Vereins . . . . .	1166
6.1.	Übersicht . . . . .	1166
6.2.	Die Anmeldung der Forderungen . . . . .	1166
6.3.	Die Feststellung der Aktiva und Passiva . . . . .	1167
6.4.	Die vorzeitige Befriedigung von Forderungen . . . . .	1167
6.5.	Die Gläubigerbefriedigung sowie die Verwendung des Überschusses . . . . .	1167
6.6.	Das Insolvenzverfahren über die besondere Vermögensmasse . . . . .	1167
6.7.	Der Ausgleich unbilliger Härten . . . . .	1168
6.8.	Das Erlöschen des Vereins; beim eingetragenen Verein Schließung des Registerblattes . . . . .	1168
7.	Die verwaltungsgerichtliche Anfechtung von Maßnahmen des Verbotsvollzugs . . . . .	1168
7.1.	Die anfechtbaren Vollzugsmaßnahmen . . . . .	1168
7.2.	Das Widerspruchsverfahren . . . . .	1169
7.3.	Die Anfechtungsklage . . . . .	1169
7.4.	Die Aussetzung des Verfahrens durch das Verwaltungsgericht. . . . .	1169
<b>V.</b>	<b>Das Verbot von Koalitionen . . . . .</b>	<b>1170</b>
1.	Das ILO-Übereinkommen Nr. 87 . . . . .	1170
2.	Das Verbotsverfahren . . . . .	1170
2.1.	Die Bestätigung des Verbots oder der Verfügung nach § 8 Abs. 2 Satz 1 VereinsG durch ein Oberverwaltungsgericht bzw. durch das Bundesverwaltungsgericht . . . . .	1170
2.2.	Die Versagung der Bestätigung . . . . .	1171
2.3.	Einstweilige Anordnungen . . . . .	1171
<b>VI.</b>	<b>Die besonderen Vorschriften für Ausländervereine und für ausländische Vereine . . . . .</b>	<b>1172</b>
1.	Keine Geltung des Art. 9 Abs. 1 GG . . . . .	1172
2.	Die Begriffe »Ausländerverein« und »ausländischer Verein« . . . . .	1172
3.	Die Anmelde- und Auskunftspflichten . . . . .	1173
3.1.	Ausländervereine . . . . .	1173
3.2.	Ausländische Vereine . . . . .	1174
3.3.	Die Mitteilungen an das Bundesverwaltungsamt sowie die Ahndung von Zuwiderhandlungen . . . . .	1174
4.	Das Verbot eines Ausländervereins . . . . .	1174
4.1.	Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) . . . . .	1174
4.2.	Die allgemeinen und die erweiterten Verbotsgründe . . . . .	1175
4.3.	Das Verbotsverfahren . . . . .	1177
4.4.	Die Betätigungsverbote für Mitglieder und Ausländervereine . . . . .	1177
4.5.	Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen eines verbotenen Ausländervereins . . . . .	1178
5.	Das Organisations- und Betätigungsverbot gegen einen ausländischen Verein . . . . .	1178
5.1.	Das Organisationsverbot gegen einen ausländischen Verein . . . . .	1178
5.1.1.	Das Organisationsverbot entsprechend § 14 VereinsG . . . . .	1178
5.1.2.	Das Betätigungsverbot gegen einen ausländischen Verein und das Organisationsverbot gegen dessen inländische Teilorganisation . . . . .	1178

## Inhaltsverzeichnis

---

5.2.	Das Verbot ausländischer Vereine, deren Mitglieder und Leiter sämtlich oder überwiegend Deutsche oder ausländische Unionsbürger sind . . . . .	1179
5.3.	Verbot von Wirtschaftsvereinigungen . . . . .	1179
6.	Die Berichtspflichten der Ausländerbehörden . . . . .	1180
7.	Der räumliche Geltungsbereich von Vereinsverboten . . . . .	1180
VII.	<b>Die Grundrechtsfähigkeit von Vereinen sowie deren Befugnis zur Verfassungsbeschwerde . . . . .</b>	1182
1.	1. Der rechtsfähige Verein . . . . .	1182
	2. Der nichtrechtsfähige Verein . . . . .	1183
	3. Zur Parteifähigkeit nach der Vereinsauflösung . . . . .	1183
	4. Die Beschwerdebefugnis . . . . .	1183
I.	<b>Der rechtsfähige Verein im internationalen Privatrecht . . . . .</b>	1185
1.	1. Das Personalstatut . . . . .	1185
	2. Das Verbandsstatut nach dem Recht des Gründungsstaates oder nach dem des Sitzstaates . . . . .	1185
	2.1. Deutscher Ausgangspunkt (»Sitztheorie«): Maßgeblichkeit des Rechts des Sitzstaates . . . . .	1186
	2.2. Der effektive Verwaltungssitz . . . . .	1186
	2.3. Gründungstheorie: Maßgeblichkeit des Rechts des Gründungsstaates . . . . .	1186
	2.4. Status quo: Sitztheorie zurechtgestutzt durch EuGH . . . . .	1186
	3. Der inhaltliche Geltungsbereich des Verbandsstatuts . . . . .	1187
	3.1. Der Verbandsstatut regelt für den Verein sämtliche vereinsrechtliche Fragen, vom Beginn des Vereins bis zu dessen Ende: . . . . .	1187
	3.1.1. Nicht- oder Nichtalleinverbindlichkeit des Verbandsstatuts . . . . .	1187
	3.2.1. Verbandsstatut und Insolvenzstatut . . . . .	1187
	3.2.2. Maßgeblichkeit des Vollmachtsstatuts . . . . .	1188
	3.2.3. Statut bei unerlaubter Handlung (Deliktsstatut) . . . . .	1188
	4. Der Verein im Internationalen Umwandlungsrecht . . . . .	1188
	5. Registerrecht . . . . .	1189
	5.1. Eintragung der Verlegung des Sitzes eines (deutschen) Vereins in das Ausland . . . . .	1189
	5.2. Eintragung eines im Ausland gegründeten ausländischen Vereins in das deutsche Vereinsregister . . . . .	1189
II.	<b>Der nichtrechtsfähige Verein im internationalen Privatrecht . . . . .</b>	1189
III.	<b>Die Geltung des Rechts von deutschen Spitzenverbänden übergeordneten Fachverbänden im innerdeutschen Rechtsbereich; internationales Sportverbandsrecht, insbesondere bei Doping . . . . .</b>	1189
1.	1. Vorbemerkung . . . . .	1189
	2. Die Verbindlichkeit des Regelwerkes sog. internationaler Verbände für die Einzelmitglieder ihrer korporativen Mitglieder; Verbindlichkeit des World-Anti-Doping-Codes . . . . .	1191
	3. Verpflichtung zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung zu Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen dem Sportspitzenverband und dem Athleten vor allem in Doping, aber auch in sonstigen Streitigkeiten, auch zwischen Verbänden . . . . .	1192
	4. Zur Verbindlichkeit ausländischer Schiedsgerichtsentscheidungen . . . . .	1192

D.	<b>Die Besteuerung von Vereinen und Verbänden . . . . .</b>	1195
I.	<b>Steuerbefreiungen und steuerliche Ermäßigungen. . . . .</b>	1195
II.	<b>Körperschaften . . . . .</b>	1196
1.	Der Verein. . . . .	1196
2.	Gemeinnützigkeit von Körperschaften . . . . .	1197
3.	Besonderheiten . . . . .	1197
3.1.	Funktionale Untergliederungen . . . . .	1197
3.2.	Regionale Untergliederungen. . . . .	1198
III.	<b>Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit . . . . .</b>	1198
1.	1. Gemeinnützige Zwecke i. S. d. § 52 AO . . . . .	1198
1.1.	Wissenschaft und Forschung (§ 52 Abs. 2 Nr. 1) . . . . .	1199
1.2.	Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (Nr. 7) . . . . .	1199
1.3.	Kunst und Kultur (kulturelle Zwecke, Nr. 5) . . . . .	1199
1.4.	Religion (Nr. 2) . . . . .	1200
1.5.	Internationale Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens (Nr. 13) . . . . .	1201
1.6.	Entwicklungs zusammenarbeit (Nr. 15) . . . . .	1201
1.7.	Naturschutz und Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, Umweltschutz, Küstenschutz und Hochwasserschutz (Nr. 8) . . . . .	1202
1.8.	Heimatpflege und Heimatkunde (Nr. 22) . . . . .	1202
1.9.	Jugend- und Altenhilfe (Nr. 4) . . . . .	1202
1.10.	Öffentliches Gesundheitswesen und öffentliche Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des § 67 der Abgabenordnung und von Tierseuchen (Nr. 3) . . . . .	1203
1.11.	Wohlfahrtswesen, insbesondere Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege (§ 23 der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung), ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten (Nr. 9) . . . . .	1204
1.12.	Sport (Schach gilt als Sport, Nr. 21). . . . .	1204
1.13.	Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatsbürgerlicher Art verfolgen oder die auf dem kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind (Nr. 24), . . . . .	1206
1.14.	Tier- und Pflanzenzucht, Kleingärtnerie, traditionelles Brauchtum einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings, der Soldaten- und Reservistenbetreuung, des Amateurfunkens, des Modellfluges und des Hundesports (Nr. 23) . . . . .	1207
1.15.	Kriminalprävention (Nr. 20) . . . . .	1209
1.16.	Sonstige förderungswürdige Zwecke. . . . .	1209
1.17.	Ausschluss extremistischer Vereinigungen von der Anerkennung der Gemeinnützigkeit, § 51 Abs. 3 AO . . . . .	1210
2.	Mildtätige Zwecke. . . . .	1210
3.	Kirchliche Zwecke (§ 64 AO) . . . . .	1213
4.	Die allgemeinen Merkmale der Gemeinnützigkeit im Einzelnen . . . . .	1213
4.1.	Förderung der Allgemeinheit . . . . .	1213
4.1.1.	Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Umlagen. . . . .	1214
4.1.2.	Investitionsumlagen. . . . .	1215

## Inhaltsverzeichnis

---

4.1.3.	Durchschnittsberechnung .....	1215
4.1.4.	Spenden .....	1216
4.1.5	Förderung der Allgemeinheit durch Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke im Ausland .....	1218
4.2.	Selbstlosigkeit (§ 55 AO) .....	1219
4.2.1.	Begriff .....	1219
4.2.2.	Eigenwirtschaftliche Zwecke .....	1219
4.2.3.	Ausschließliche Mittelverwendung für satzungsgemäße Zwecke .....	1220
4.2.4.	Gewährung von Darlehen .....	1222
4.2.5.	Verluste im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb oder im Bereich der Vermögensverwaltung .....	1223
4.2.6.	Keine Rückzahlung von Vereinsvermögen bei Ausscheiden aus dem Verein oder bei Vereinsauflösung .....	1225
4.2.7.	Unverhältnismäßig hohe Vergütungen .....	1225
4.2.8.	Verwendung von Mitteln für die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft .....	1226
4.2.9.	Vermögensbindung .....	1227
4.3.	Ausschließlichkeit (§ 56 AO) .....	1227
4.4.	Unmittelbarkeit (§ 57 AO) .....	1228
4.4.1.	Einschaltung von Hilfspersonen .....	1229
4.4.2.	Mittelbeschaffungsvereine .....	1229
4.4.3.	Weiterleitung von Mitteln .....	1231
4.4.4.	Überlassung von Arbeitskräften .....	1231
4.4.5.	Überlassung von Räumen .....	1231
4.4.6.	Gesellige Veranstaltungen .....	1231
5.	Bildung von Rücklagen .....	1232
5.1.	Freie Rücklagen .....	1232
5.2.	Gebundene Rücklagen .....	1233
6.	Anforderung an die Satzung (§§ 59–61 AO) .....	1234
7.	Mustersatzung für einen gemeinnützigen Verein .....	1236
IV.	<b>Die Tätigkeitsbereiche einer gemeinnützigen Körperschaft .....</b>	1240
1.	Ideeller Bereich .....	1240
1.1.	Einnahmen im ideellen Bereich .....	1240
1.2.	Ausgaben im ideellen Bereich .....	1240
1.3.	Gemischte Aufwendungen .....	1241
2.	Vermögensverwaltung .....	1241
3.	Der steuerbegünstigte Zweckbetrieb .....	1243
4.	Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb .....	1251
5.	Gewinnermittlung beim steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb .....	1255
6.	Berücksichtigung von Verlusten .....	1258
7.	Sonderfälle .....	1260
7.1.	Bandenwerbung .....	1260
7.2.	Werbung auf Fahrzeugen .....	1261
7.3.	Benefiz- und Wohltätigkeitsveranstaltungen .....	1262
8.	Altmaterialsammlung .....	1264
9.	Kommerzielle Werbung und Sponsoring .....	1264
10.	Verfahren, wenn mehrere Vereine gemeinsam einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten .....	1266
11.	Veranlagung bei Vereinsgründungen .....	1266
V.	<b>Spenden .....</b>	1267
1.	Mäzenatentum und Spendenabzug, Fundraising .....	1267
2.	Zuwendungsbegriff, Spenden und Mitgliedsbeiträge .....	1267

2.1.	Freiwilligkeit . . . . .	1268
2.2.	Unentgeltlichkeit . . . . .	1269
3.	Spendenempfänger und begünstigte Zwecke . . . . .	1270
4.	Gegenstand der Spende . . . . .	1272
4.1.	Geldzuwendungen . . . . .	1272
4.2.	Sachzuwendungen . . . . .	1272
4.3.	Bewertung von Spenden . . . . .	1272
4.4.	Sachspenden aus Privatvermögen . . . . .	1272
4.5.	Sachspenden aus dem Betriebsvermögen . . . . .	1273
4.6.	Aufwandsspenden, Verzicht auf Erstattungsansprüche . . . . .	1274
4.7.	Verwendung der Spenden . . . . .	1274
4.8.	Zuwendungsbestätigung . . . . .	1275
4.10.	Höhe des Spendenabzugs . . . . .	1276
4.11.	Großspendenregelung . . . . .	1276
4.12.	Spendenabzugsverfahren . . . . .	1276
4.13.	Spendenabzug bei Personengesellschaften . . . . .	1277
5.	Haftung und Vertrauensschutz . . . . .	1277
6.	Gewerbesteuer und Spenden . . . . .	1279
<b>VI.</b>	<b>Andere Steuern . . . . .</b>	<b>1280</b>
1.	Umsatzsteuer . . . . .	1280
1.1.	Allgemeines . . . . .	1280
1.2.	Der Verein als Unternehmer . . . . .	1280
1.3.	Steuerbefreiungen . . . . .	1282
1.4.	Steuersätze . . . . .	1284
1.5.	Berechnung der Umsatzsteuer . . . . .	1285
1.6.	Vorsteuer . . . . .	1286
1.7.	Durchschnittssatz für abziehbare Vorsteuern . . . . .	1286
1.8.	Kleinunternehmerbesteuerung . . . . .	1287
1.9.	Regelbesteuerung . . . . .	1287
1.10.	Umsatzsteuererklärung . . . . .	1287
1.11.	Aufzeichnungen . . . . .	1288
2.	Gewerbesteuer . . . . .	1288
3.	Kapitalertragsteuer . . . . .	1289
4.	Grundsteuer und Grunderwerbsteuer . . . . .	1289
5.	Erbschaft- und Schenkungsteuer . . . . .	1290
6.	Kraftfahrzeugsteuer . . . . .	1290
7.	Lotteriesteuer . . . . .	1290
8.	Steuerabzug für ausländische Künstler und Sportler . . . . .	1291
9.	Steuerabzug bei Bauleistungen . . . . .	1291
<b>E.</b>	<b>Lohnsteuerrecht im Verein . . . . .</b>	<b>1293</b>
<b>I.</b>	<b>Allgemeines . . . . .</b>	<b>1293</b>
1.	Einführung . . . . .	1293
1.1.	Arbeitsrechtliche Grundsätze . . . . .	1293
1.2.	Lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Zuschläge . . . . .	1294
<b>II.</b>	<b>Einführung in die Systematik . . . . .</b>	<b>1294</b>
1.	Arbeitsrechtliche Bestimmungen . . . . .	1294
1.1.	Schutzbestimmung nach dem Arbeitszeitgesetz . . . . .	1294
1.2.	Sonn- und Feiertagsarbeit . . . . .	1294
1.3.	Nachtarbeit . . . . .	1295
2.	Voraussetzungen des § 3b EStG . . . . .	1295

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>III.</b>	<b>Erläuterung des Begriffes »Zuschläge« . . . . .</b>	1295
1.	Das geltende Zuschlagsprinzip . . . . .	1295
2.	Zuschläge nur für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit . . . . .	1296
3.	Pauschal gezahlte Lohnzuschläge . . . . .	1296
4.	Aufzeichnungspflicht. . . . .	1296
<b>IV.</b>	<b>Definition des Begriffes »Grundlohn« in § 3 b EStG . . . . .</b>	1297
1.	Grundlohn . . . . .	1297
2.	Daher zählen zum Grundlohn: . . . . .	1298
3.	Nicht zum Grundlohn zählen: . . . . .	1298
<b>V.</b>	<b>Ermittlung des Grundlohnes und die Umrechnung in einen Stundenlohn . . . . .</b>	1299
1.	Ermittlung des Grundlohnes . . . . .	1299
2.	Umrechnung des Grundlohnes/Grundgehaltes in einen Stundenlohn . . . . .	1299
3.	Berechnungsbeispiele (H 3 b »Grundlohn« LStR entnommen) . . . . .	1299
<b>VI.</b>	<b>Zusammentreffen von Mehrarbeitszuschlägen und zu gewährenden Zuschlägen nach § 3b EStG . . . . .</b>	1301
<b>VII.</b>	<b>Pauschale Abschlagszahlungen (R 3 b Abs. 7 LStR) . . . . .</b>	1301
<b>VIII.</b>	<b>Der jeweilige Umfang der Steuerfreiheit . . . . .</b>	1302
1.	Nachtarbeit . . . . .	1302
2.	Sonntagsarbeit. . . . .	1302
3.	Feiertagsarbeit . . . . .	1302
<b>IX.</b>	<b>Möglichkeiten der Lohnsteueroptimierung . . . . .</b>	1303
1.	Steuerfreie Arbeitgeberleistungen nach §§ 3, 3 b EStG Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei Gesellschaftergeschäftsführern . . . . .	1303
2.	Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit bei Geschäftsführern einer GmbH und Regellarbeitszeit . . . . .	1303
3.	Reisekostenpauschalen und Verpflegungsmehraufwendungen . . . . .	1303
5.	Entfernungspauschalen . . . . .	1304
<b>X.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei Berufssportlern . . . . .</b>	1305
1.	Art der Einkünfte . . . . .	1305
2.	Werbeeinnahmen des Sportlers . . . . .	1305
2.1.	Auffassung der Finanzverwaltung . . . . .	1305
2.2.	Sonstige Zahlungen an Berufssportler . . . . .	1306
2.4.	Steuerliche Gegebenheiten bei der Beschäftigung von ausländischen Sportlern . . . . .	1306
2.4.1.	Beschränkte und unbeschränkte Steuerpflicht . . . . .	1306
2.4.2.	Behandlung von Einkünften aus nicht selbstständiger Tätigkeit eines ausländischen Sportlers. . . . .	1306
2.4.3.	Behandlung von Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit eines Sportlers/Künstlers . . . . .	1306
2.4.4.	Steuerfreie Einnahmen. . . . .	1307
2.4.5.	Vornahme des Steuerabzuges und Haftung . . . . .	1308
2.4.6.	Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	1308
<b>XI.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei Amateursportlern. . . . .</b>	1309
<b>XII.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei Trainern . . . . .</b>	1310
<b>XIII.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei Preisgeldern . . . . .</b>	1311

<b>XIV.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei Sportbekleidung und Ausrüstung (Berufskleidung) . . . . .</b>	1311
1.	Typische Berufskleidung . . . . .	1311
2.	Freizeitbekleidung oder Bekleidung mit Sponsorenaufdruck zum Tragen nach den Veranstaltungen oder beim Training . . . . .	1312
<b>XV.</b>	<b>Steuerliche Gegebenheiten bei der Nutzung vom Verein zur Verfügung gestellter Personenwagen . . . . .</b>	1312
1.	Allgemeines . . . . .	1312
2.	1 %-Regel . . . . .	1312
2.1.	Listenpreis . . . . .	1312
2.2.	Privatfahrten . . . . .	1312
2.3.	Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte . . . . .	1313
2.4.	Die (maßgebende) Entfernung . . . . .	1313
2.5.	Werbungskosten . . . . .	1313
2.6.	Begrenzung der pauschalen Nutzungswertbesteuerung . . . . .	1313
2.7.	Durch Arbeitnehmer gezahltes Nutzungsentgelt . . . . .	1313
3.	Individueller Nutzungswert . . . . .	1313
3.1.	Fahrtenbuch . . . . .	1314
4.	Zahlung eines Nutzungsentgeltes . . . . .	1314
5.	Wechsel zwischen 1 %-Methode und individueller Versteuerung . . . . .	1314
<b>XVI.</b>	<b>Aushilfstätigkeit/Minijobs, steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung . . . . .</b>	1314
<b>F.</b>	<b>Typische Hinterziehungshandlungen bei Sportvereinen . . . . .</b>	1317
1.	Manipulation der Einnahmen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb . . . . .	1317
2.	Manipulation der Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten bei (Sport-)Veranstaltungen . . . . .	1317
3.	Erlöse aus dem Verkauf von Spielern . . . . .	1318
4.	Werbeeinnahmen . . . . .	1318
5.	Manipulationen im Lohnsteuerbereich . . . . .	1318
5.1.	Pauschalzahlungen an Spieler . . . . .	1318
5.2.	Zahlungen an Trainer und Übungsleiter . . . . .	1319
5.3.	Steuerstrafrechtliche Auswirkungen . . . . .	1319
5.3.1.	So genannte »Schwarzgeldabreden« . . . . .	1320
5.3.2.	Scheingeschäfte . . . . .	1321
5.3.3.	Außenprüfung . . . . .	1321
5.3.4.	Haftungsinanspruchnahme . . . . .	1322
5.3.5.	Reaktionsmöglichkeiten in der Praxis . . . . .	1322
6.	Manipulation bei Spenden . . . . .	1323
6.1.	Erstellung von Spendenquittungen für die Bezahlung von Trainerstunden . . . . .	1323
6.2.	Spenden zum Eintritt in den Sportverein . . . . .	1324
6.3.	Auslandssachverhalte . . . . .	1325
6.4.	Steuerstrafrechtliche Auswirkungen . . . . .	1325
7.	Fazit . . . . .	1325